

109. Sitzung (Sondersitzung)

Potsdam, Donnerstag, 27. Juni 2024

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen der Präsidentin.....	2	Herr Abg. Vida (BVB/FW Gruppe)	19
		Herr Abg. Raschke (B90/GRÜNE).....	22
1. Auswertung des Urteils des Landesverfassungsgerichtes im Verfahren zum Brandenburg-Paket (VfGBbg 22/23).....	2	2. Aussprache des Landtages über die Ergebnisse der Beratungen der Regierungschefs der Länder vom 20. Juni 2024 und der Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder vom 19. bis zum 21. Juni 2024.....	25
Entschließungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Entschließungsantrag der AfD-Fraktion	
Drucksache 7/9856		Drucksache 7/9859	
Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke		Ministerpräsident Dr. Woidke	25
Drucksache 7/9858		Minister des Innern und für Kommunales Stübgen	27
in Verbindung damit:		Herr Abg. Dr. Berndt (AfD)	28
Konsequenzen aus der verfassungswidrigen Politik von Landesregierung und Koalition ziehen - Finanzministerium neu besetzen		Frau Abg. Fischer (SPD)	30
Selbstständiger Entschließungsantrag der AfD-Fraktion		Herr Abg. Hohlloch (AfD) - Kurzintervention	32
Drucksache 7/9850		Frau Abg. Fischer (SPD)	33
Ministerin der Finanzen und für Europa Lange.....	2	Herr Abg. Walter (Die Linke)	33
Herr Abg. Dr. Zeschmann (AfD) - Kurzintervention	5	Herr Abg. Dr. Redmann (CDU)	36
Ministerin der Finanzen und für Europa Lange.....	6	Herr Abg. Stefke (BVB/FW Gruppe)	37
Herr Abg. Dr. Berndt (AfD)	6	Frau Abg. Schäffer (B90/GRÜNE)	39
Herr Abg. Keller (SPD).....	8	Herr Abg. Dr. Berndt (AfD)	41
Herr Abg. Dr. Berndt (AfD) - Kurzintervention.....	12	Anlagen	
Herr Abg. Keller (SPD).....	13	Gefasster Beschluss.....	42
Herr Abg. Walter (Die Linke)	13	Anwesenheitsliste.....	43
Herr Abg. Dr. Redmann (CDU)	16	Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind von der Rednerin oder vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Meine sehr verehrten Damen und Herren - so schnell kann man sich wiedersehen -, ich begrüße Sie herzlich zur 109. Sitzung des Landtages Brandenburg. Unter uns hat jemand Geburtstag: Bettina Fortunato, ganz herzlichen Glückwunsch! Alles, alles Gute!

(Der Abgeordneten Fortunato [Die Linke] werden unter allgemeinem Beifall Blumen überreicht.)

Meine Damen und Herren, die heutige Sondersitzung des Landtages Brandenburg findet gemäß Art. 64 Abs. 1 der Landesverfassung und § 17 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtages statt, und zwar auf Verlangen von 35 Mitgliedern der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu dem Beratungsgegenstand „Auswertung des Urteils des Landesverfassungsgerichtes im Verfahren zum Brandenburg-Paket (VfGBbg 22/23)“ sowie auf Verlangen von 22 Mitgliedern der AfD-Fraktion zu dem Beratungsgegenstand „Aussprache des Landtages über die Ergebnisse der Beratungen der Regierungschefs der Länder vom 20. Juni 2024 und der Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder vom 19. bis zum 21. Juni 2024“.

Gibt es Ihrerseits Bemerkungen zum Entwurf der Tagesordnung? - Das sehe ich nicht, dann darf ich um Abstimmung bitten. Wer der Tagesordnung zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit wurde die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

Für die heutige Sitzung wurde die Abwesenheit von Frau Ministerin Nonnemacher sowie der Damen und Herren Abgeordneten Block, Kalbitz, Schaller, Prof. Dr. Schierack, Senftleben, Stohn und Vandré angezeigt.

Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf.

TOP 1: Auswertung des Urteils des Landesverfassungsgerichtes im Verfahren zum Brandenburg-Paket (VfGBbg 22/23)

Entschließungsantrag
der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 7/9856](#)

Entschließungsantrag
der Fraktion Die Linke

[Drucksache 7/9858](#)

in Verbindung damit:

Konsequenzen aus der verfassungswidrigen Politik von Landesregierung und Koalition ziehen - Finanzministerium neu besetzen

Selbstständiger Entschließungsantrag
der AfD-Fraktion

[Drucksache 7/9850](#)

Der Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke befindet sich noch im Druck und wird Ihnen gleich vorliegen.

Ich eröffne die Aussprache, und als erste Rednerin erhält Frau Ministerin Lange das Wort. Sie spricht für die Landesregierung. Bitte schön.

(Beifall SPD und B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)

Ministerin der Finanzen und für Europa Lange:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Verfassungsgericht hat in der vergangenen Woche über das Brandenburg-Paket geurteilt, und die Folgen dieses Urteils sind weitreichend - sowohl aktuell als auch auf mittlere und weitere Sicht. Als Finanzministerin nehme ich dieses Urteil mit dem gebotenen Respekt vor dem Verfassungsgericht zur Kenntnis, also mit genau jenem Respekt, den die klageführende Fraktion in der Vergangenheit so oft hat vermissen lassen.

(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE und Die Linke - Zuruf des Abgeordneten Hohloch [AfD])

Dass ich das Urteil rundheraus begrüße, kann ich indes nicht behaupten; ich hätte mir ein anderes Urteil gewünscht, aber das tut jetzt nichts zur Sache - es ist jetzt, wie es ist. Nun geht es darum, mit den Folgen des in der Tat wegweisenden Urteils umzugehen, denn dass das Urteil des Verfassungsgerichtes keine Rückabwicklungspflichten enthält, heißt umgekehrt nicht, dass es nicht weitreichende Auswirkungen haben kann und wird.

Die Konsequenz aus dem Urteil lautet jedenfalls nicht „Weiter so!“, sondern: „Wir haben verstanden“. - Das gebieten nach meinem Dafürhalten die politische Klugheit und auch der Respekt vor dem Gericht. Hier wird also die Tragweite der Angelegenheit keineswegs verharmlost, wie die rechte Opposition unterstellt. „An ihren Taten sollt ihr sie erkennen“, heißt es bekanntlich, und ich kann Ihnen versichern: Es hatte seinen guten Grund, dass ich bereits am vergangenen Montag eine Bewilligungssperre über das Brandenburg-Paket verhängt habe. Danach sind ab sofort und bis auf Weiteres keine Bewilligungen mehr gegenüber Dritten vorzunehmen; Gleicher gilt für den Abschluss von Verträgen und sonstigen rechtsverbindlichen Zusagen gegenüber Dritten. Diese Maßnahme soll mit sofortiger Wirkung und bis auf Weiteres verhindern, dass weitere Bewilligungen aus dem Brandenburg-Paket erfolgen.

Meine Damen und Herren, diese Bewilligungssperre war nach meiner Einschätzung zwingend erforderlich, denn wir haben am

vergangenen Freitag natürlich mit intensiven Prüfungen des Urteils begonnen. Es hat sich dabei schon am Wochenende die Überzeugung herausgebildet, dass das Urteil auch Konsequenzen für das laufende Haushaltsjahr und den Nachtragshaushalt 2024 haben würde. Diese Konsequenzen ergeben sich zwar eher indirekt, werden aber mit hoher Wahrscheinlichkeit unabsehbar sein. Deswegen besteht jetzt dringender Handlungsbedarf für die Landesregierung und für den Landtag.

Meine Damen und Herren, über das Brandenburg-Paket sollten in den Jahren 2023 und 2024 Unterstützungsleistungen im Umfang von insgesamt bis zu 1,6 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden; das ist der letzte Stand auf der Grundlage des Nachtragshaushalts 2024. Im Jahr 2023 wurden im Rahmen des Brandenburg-Pakets rund 550 Millionen Euro ausgezahlt. Die Finanzierung erfolgte durch eine notlagenbedingte Nettokreditaufnahme. Das Haushaltsjahr 2023 ist unterdessen abgeschlossen, die Bücher sind geschlossen, und das Verfassungsgericht hat auch klargestellt, dass keine Rückabwicklungspflichten für unanfechtbar gewordene Akte der öffentlichen Gewalt bestehen. Für das Jahr 2023 ergeben sich damit aus dem Urteil keine weiteren Auswirkungen. Die im Jahr 2023 notlagenbedingt aufgenommenen Kredite sowie die für die Bewältigung der festgestellten Notlage geleisteten Ausgaben müssen nicht zurückgefordert oder anderweitig rückabgewickelt werden.

Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist, dass ich diesen Sachverhalt für das laufende Haushaltsjahr anders einschätze. Im Jahr 2024 war bislang eine Unterstützung aus dem Brandenburg-Paket im Volumen von bis zu 1,06 Milliarden Euro geplant - ebenfalls finanziert aus notlagenbedingter Kreditaufnahme. Bis zum 21. Juni hat das Finanzministerium im Zusammenwirken mit dem Haushaltausschuss des Landtages in Ausgaben von insgesamt 848 Millionen Euro eingewilligt; das ist also der aktuelle Stand. Davon sind bis zum 31. Mai 2024 rund 225 Millionen Euro tatsächlich abgeflossen. Darin enthalten sind auch die Mittel, die im Rahmen der Richtlinie „Brandenburg-Paket Kommunal“ am 6. Mai an die Kommunen ausgezahlt wurden.

Meine Damen und Herren, aus dem Urteil ergeben sich nun einige offene Fragen, die durch das Urteil selbst nicht direkt beantwortet werden können. Das betrifft insbesondere den Umstand, dass wir uns im zeitlichen Geltungsbereich des Nachtragshaushalts 2024 befinden, und das Gericht selbst weist darauf hin, dass das Nachtragshaushaltsgesetz 2024 nicht Gegenstand des vorliegenden Normenkontrollverfahrens gewesen sei. Es sind nun meines Erachtens zwei Punkte zu bedenken:

Zum einen erkennt auch das Verfassungsgericht an, dass der Nachtragshaushalt gegenüber dem Ursprungshaushalt zu erheblichen Änderungen der Rechtslage geführt hat, die in ihren Wirkungen einer gesetzlichen Neuregelung gleichstehen. Das war auch der Sinn dieses Nachtrags, denn seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes musste man auch auf Landesebene damit rechnen, dass „Anti-Krisen-Pakete“ des Staates von den Verfassungsgerichten kritisch betrachtet werden könnten. Regierung und Koalition sind damals nicht untätig geblieben, sondern haben sich um Abhilfe bemüht. Ich wies im Landtag auf diesen Zusammenhang hin und verband damit die Hoffnung, dass wir damit zusätzliche Sicherheit für unser Brandenburg-Paket schaffen, soweit es eben möglich ist. Was das betrifft, sehen wir nun klarer.

Und das führt mich zum zweiten Punkt, der jetzt sehr ernsthaft zu bedenken ist: Obwohl das Verfassungsgericht nicht über den Nachtragshaushalt 2024 geurteilt hat, unterliegt es nach meinem

Dafür halten keinem Zweifel, dass dessen Bestimmungen ebenfalls anhand der Maßstäbe und Erwägungen zu messen sind, die mit dem Urteil des Gerichts vom 21. Juni aufgestellt wurden. Meine Einschätzung ist nun, dass auch der Nachtragshaushalt diesen Maßstäben des Gerichtes vermutlich kaum standhalten wird; das Risiko ist jedenfalls hoch - meines Erachtens zu hoch. Das hängt wiederum mit zwei Aspekten zusammen:

Der erste Aspekt betrifft die Notlagenerklärung selbst. Das Gericht hat die damalige Notlagenerklärung des Parlaments ausdrücklich anerkannt. Die Tatbestandsvoraussetzungen, die die Landesverfassung dazu normiere, seien erfüllt, heißt es in dem Urteil. Die AfD sah das bekanntlich völlig anders - erst „Sondervermögen Winternothilfe“, dann „Keine Krise, nirgendwo“ - und hat deswegen auch keineswegs auf voller Linie gewonnen, wie sich Herr Hohloch das jetzt zusammenreimt. Diese Einschätzung gilt übrigens auch noch für andere Punkte.

Der Nachtragshaushalt hat als Reaktion auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts auch das Problem der erforderlichen Jährlichkeit der Notlagenerklärung beseitigt.

Nun hat unser Verfassungsgericht darauf hingewiesen, dass die Anforderungen an die Darlegungslasten des Gesetzgebers wachsen, je länger die Krise andauert. Ob die jüngste Notlagenerklärung - von Dezember 2023 - diesen gestiegenen Anforderungen gerecht wird, können wir heute nicht wissen. Aber im Lichte des Urteils sind zumindest Zweifel daran erlaubt. Das Gericht hat die erste Notlagenerklärung vom Dezember 2022 ohne Beanstandung akzeptiert. Ob das auch bei der zweiten Erklärung der Fall sein würde, erscheint mir fraglich.

(Dr. Berndt [AfD]: So ist es!)

Niemand kann es sicher sagen, aber ich rate dazu, das Risiko gar nicht erst einzugehen.

Meine Damen und Herren, dieser Punkt könnte vielleicht sogar hintange stellt werden - wenn da nicht der zweite Punkt wäre, von welchem ich vermute, dass er in der Konsequenz die Verfassungswidrigkeit auch des Nachtragshaushalts bedeuten könnte. Das betrifft den entscheidenden Hinweis auf den notwendigen Veranlassungszusammenhang zwischen der festgestellten Not situation und den geplanten Krisenbewältigungsmaßnahmen. Die Darlegungen dazu waren dem Gericht, kurz gesagt, nicht ausreichend. Das Gericht stellt dazu eine ganze Reihe von Anforderungen auf, die ich jetzt im Einzelnen nicht würdigen möchte, und kommt auch auf die notwendige Abgrenzung der als krisenbedingt angesehenen Maßnahmen von allgemeinpolitisch motivierten Maßnahmen zu sprechen. Dieser Veranlassungszusammenhang ist also der springende Punkt, das A und O in dieser Sache. Der Haushaltsgesetzgeber sei, so sagt es das Gericht, seiner Darlegungslast nicht in dem verfassungsrechtlich gebotenen Umfang gerecht geworden.

Damit, meine Damen und Herren, liegt das Problem nun förmlich auf der Hand; denn an der Darlegung des Veranlassungszusammenhangs der einzelnen Maßnahmen des Brandenburg-Pakts hat auch der Nachtragshaushalt 2024 nichts Wesentliches geändert. In Auswertung des Urteils des Verfassungsgerichts besteht damit meines Erachtens das erhebliche Risiko einer erfolgreichen Klage auch gegen den Nachtragshaushalt; die AfD hat eine solche Klage ja bereits angekündigt.

Auch in diesem Punkt rate ich dazu, dieses Risiko nicht einzugehen. Es ist erstens der Respekt vor dem Verfassungsgericht, der

unverzügliches Handeln erfordert. Zweitens ist es die zu Ende gehende Wahlperiode. Ich sehe es so: Wir haben nach Auffassung des Gerichts diesen Fehler gemacht, und wir sollten ihn dann auch ausbügeln. Drittens wäre es gut, wenn die AfD hier keine zweite Chance bekäme.

(Hohloch [AfD]: O Gott, wer hat denn die Rede geschrieben - der Praktikant? - Zuruf des Abgeordneten Galau [AfD])

In schwieriger Lage könnte das zu erheblicher Verunsicherung im Land führen, bei den Menschen im Mittelstand und bei unseren Gemeinden. Denn auch das will ich hier noch einmal sehr deutlich sagen: Das Brandenburg-Paket ist nicht deswegen erfolgreich beklagt worden, weil seine Maßnahmen schlecht, unsinnig oder wirkungslos gewesen wären. Keineswegs! Denn das sind sie nicht!

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ministerin der Finanzen und für Europa Lange:

Frau Präsidentin, ich lasse heute keine Zwischenfragen zu.

(Hohloch [AfD]: Heute mal nicht!)

Im Gegenteil, ich möchte sagen: Ohne das Brandenburg-Paket stünden Land und Leute heute schlechter da. Auch das steht für mich fest.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE - Hohloch [AfD]: Dann ist Rechtsbruch ja in Ordnung!)

Wegen des Brandenburg-Pakets braucht hier niemand in Sack und Asche zu gehen. Mit dessen Hilfe konnten nämlich zahlreiche sinnvolle Maßnahmen für unser Land umgesetzt werden. Es hat aber die erforderliche tragfähige Begründung vermissen lassen - wie wir jetzt wissen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen daher eine Möglichkeit vorschlagen, die entstandene Lage zu bereinigen. Aus meiner Sicht ist es zugleich die einzige Möglichkeit, die sowohl zügig als auch durchgreifend und rechtssicher zu einer Bereinigung führen kann. Sie besteht darin, eine haushaltrechtliche Situation zu schaffen, in der es auf die Darlegung des Veranlassungszusammenhangs nicht mehr ankommt. Das ist dann der Fall, wenn für die Finanzierung der Maßnahmen des Brandenburg-Pakets im Jahr 2024 grundsätzlich nicht mehr von der notlagenbedingten Kreditermächtigung Gebrauch gemacht wird.

(Zuruf von der AfD: Ach!)

Das bezieht sich auf das gesamte Haushaltsjahr und auf alle Maßnahmen des Pakets, ohne Unterschied. Damit entfällt die Notwendigkeit der Notlagenerklärung vom Dezember 2023, und deren verfassungsrechtliche Haltbarkeit mag dann dahingestellt sein.

Zugleich entsteht die Notwendigkeit, eine andere Finanzierung für die bislang aus dem Paket bewilligten Maßnahmen zu finden. Nach Lage der Dinge kommt dafür nur die Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage infrage; eine andere Möglichkeit sehe ich nicht.

Diese Rücklage umfasst derzeit rund 1,6 Milliarden Euro. Die finanzielle Bewältigung der nun entstandenen Lage ist auf diesem Weg also möglich. Um das haushaltrechtlich sauber abzubilden, ist ein zweiter Nachtragshaushalt 2024 erforderlich, dessen Entwurf sehr kurzfristig erstellt werden kann - mein Haus steht dazu praktisch in den Startlöchern - und den Sie anschließend im geregelten Verfahren hier im Landtag beraten können. Ganz klar: Ohne einen solchen Nachtragshaushalt geht es nicht. - Das ist mein Vorschlag.

(Münschke [AfD]: Tja!)

Meine Damen und Herren, das Verfassungsgericht hat Darlegungsdefizite gerügt. Was es nicht getan hat, ist, sich klar dazu zu äußern, wie denn diese Darlegungsdefizite überzeugend beseitigt werden könnten. In der Entscheidung ist zwar von „relativen sachlichen Grenzen“ die Rede, von der notwendigen „besonderen Sorgfalt“, von „allgemeinpolitischen Maßnahmen“ und „spezifisch notlagenbezogenen Maßnahmen“, von der „Aufgabe der Eignungsprüfung“ und den „Umständen des jeweiligen Einzelfalls“, außerdem noch von der „Vielschichtigkeit von Lösungen zur Krisenüberwindung“.

Ich will darauf an dieser Stelle nicht eingehen, sondern nur feststellen, dass diese Ausführungen des Gerichts in Zukunft jedem Gesetzgeber in einer vergleichbaren Krisensituation und Notlage noch einige Rätsel aufgeben werden. Daran wird absehbar auch jeder Versuch scheitern, die möglichen Darlegungsmängel für das laufende Haushaltsjahr quasi im laufenden Betrieb durch eine nähere Differenzierung der Maßnahmen, etwa nach „allgemeinpolitisch“ und „notlagenbezogen“, oder durch eine ausführliche Begründung im Haushaltsgesetz selbst zu heilen - einmal ganz davon abgesehen, dass ein solches Unterfangen sehr viel Zeit in Anspruch nehmen würde. Denn niemand kann heute mit hinreichender Sicherheit sagen, was denn das Verfassungsgericht als ausreichend ansehen wird und wo die von ihm angeführten „relativen sachlichen Grenzen“ genau verlaufen.

Insoweit bewegt sich jeder Gesetzgeber künftig, vorsichtig tastend, in einer Zone der Ungewissheit und steht praktisch immer mit einem Bein in der Verfassungswidrigkeit. Vielleicht - wir wissen es nicht - würde das Verfassungsgericht die einen Maßnahmen unseres Pakets anerkennen und die anderen nicht. Das würde im Ergebnis trotzdem zur Verfassungswidrigkeit des Nachtragshaushalts. Ich kann zu einem solchen Versuch - von dem ich vermute, dass er mit Blick auf das Urteil vom vergangenen Freitag zu einem schlechten Ende führen würde - nicht raten.

Es kommt noch etwas hinzu: Mit einem solchen Versuch würde man auch dem Klagerisiko nicht ausreichend entgegengetreten. Ein solches Vorgehen würde vermutlich beklagt werden; denn es würde ja weiterhin die Inanspruchnahme von notlagenbedingten Kreditermächtigungen vorsehen.

In dem zu Ende gegangenen Verfahren konnte der Kläger eine einstweilige Anordnung gegen den Haushalt noch nicht durchsetzen, aber mit dem aktuellen Urteil im Rücken könnte es dieses

Mal ganz anders aussehen. Dieses Risiko wird man sicherlich nicht von der Hand weisen können; ich persönlich schätze es als ziemlich hoch ein.

Damit verbunden wären natürlich zahlreiche politische Profilierungsmöglichkeiten der AfD in den kommenden Wochen und Monaten; auch das muss man sehen.

Deshalb rate ich, wie soeben dargestellt, zu der großen Lösung, die die Inanspruchnahme von notlagenbedingten Kreditermächtigungen in diesem Jahr vermeidet, das Klagerisiko dadurch wesentlich vermindert und zugleich die bislang bewilligten Maßnahmen des Brandenburg-Pakets durch Entnahme aus der Rücklage absichert. Denn wir haben damit - das ist meine Überzeugung - in der Krise sehr viel Sinnvolles für Brandenburg und seine Einwohner bewirkt.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Meine Damen und Herren, es stimmt: Ich habe die Entscheidung zum Brandenburg-Paket damals mit gutem Gewissen begleitet, und ich stehe auch heute mit gutem Gewissen vor Ihnen, wenn auch mit etwas zerbeulter Rüstung.

Ja, wir haben einen verfassungsrechtlichen Fehler begangen, den wir ausbügeln werden.

(Frau Bessin [AfD]: Das war nicht der erste!)

Was den politischen Ansatz betrifft, Bürgern, Kommunen und Wirtschaft in einer massiven Krisenlage zu helfen, so stehe ich unverändert voll und ganz dazu.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Zu dem vorliegenden Antrag der AfD-Fraktion, der meine Entlastung fordert, möchte ich Folgendes bemerken: Ich habe Verständnis dafür, dass Sie mich provozieren und zu einer Reaktion verleiten wollen, aber das können Sie sich von Ihrer Backe putzen.

(Heiterkeit - Vereinzelt Beifall SPD)

Ich bin aus der Prignitz; ich lasse mich nicht provozieren - von Ihnen, meine Damen und Herren von der AfD-Fraktion, schon gar nicht.

(Beifall SPD - Oh! bei der AfD)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir abschließend folgende drei Bemerkungen:

Erstens. Ich gehe davon aus, dass wir die finanzwirtschaftlichen Folgen des Urteils gemeinsam erfolgreich bereinigen können - mit einiger Mühe zwar, aber es wird gehen. Für die Zukunft allerdings ist davon auszugehen, dass derartige Unterstützungen von Bürgern, Wirtschaft und Kommunen in besonders angespannten Zeiten nur unter sehr erschwerten Bedingungen oder möglicherweise kaum noch möglich sein werden. Denn das Potsdamer Urteil schränkt die Handlungsmöglichkeiten von Regierung und gewählter Volksvertretung in Krisenzeiten erheblich ein. Das Landesverfassungsgericht steht damit nicht allein, denn die Rechtsprechung zur Schuldenbremse, die 2020 in Kraft getreten ist, entwickelt sich auch an anderer Stelle zügig weiter.

Zweitens. Ich will heute nicht verhehlen, dass ich mich in meiner kritischen Haltung zur Schuldenbremse bestätigt sehe.

(Beifall SPD und Die Linke sowie vereinzelt B90/GRÜNE)

Diese Kritik richtet sich nicht an das Verfassungsgericht. Dessen Urteil ist, wenn man es gründlich liest, im gegebenen Rechtsrahmen gut nachvollziehbar. Vielmehr halte ich die Schuldenbremse selbst für ein Unglück für den Parlamentarismus - ein selbst verschuldetes Unglück. Ich weiß: Dazu gibt es hier im Hause und auch in der Koalition unterschiedliche Auffassungen, aber ich glaube, die Skepsis nimmt in letzter Zeit parteiübergreifend zu und wird nach dem Potsdamer Urteil nicht kleiner werden. Denn die eigentlich neoliberalen Schuldenbremse schränkt die Handlungsmöglichkeiten der gewählten Volksvertreter in Krisensituationen faktisch - wie sich nun zeigt - in einem Maße ein, das man mit guten Gründen als kritisch und kritikwürdig bezeichnen dürfte. Ich meine hingegen: Das Parlament als gewählte Volksvertretung muss diese Möglichkeiten zur politischen Entscheidung haben - erst recht in Krisenzeiten.

(Beifall SPD, B90/GRÜNE, Die Linke sowie vereinzelt CDU)

Die Bürger sprechen dann an der Wahlurne ihr Urteil darüber - so sollte es in der Demokratie sein, und so war es auch viele Jahrzehnte lang. Aber so ist es seit der Föderalismuskommision, die auch noch einigen anderen Unfug beschlossen hat, leider nicht mehr.

Ja, wir haben gegen die geltende Rechtslage verstoßen; das haben wir nun schwarz auf weiß, und wir bringen das auch in Ordnung. Aber ich habe es hier schon einmal gesagt und wiederhole es heute: Die Schuldenbremse hat dafür umgekehrt den Realitätscheck nicht bestanden, und wir werden sehen, was sich daraus in den kommenden Jahren noch ergibt - ich befürchte: wenig Gutes.

Drittens. Ein berühmter amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler sagte einmal: Demokratie ist wie Sex. Ist sie gut, ist sie sehr gut, ist sie nicht so gut, ist sie immer noch ganz gut. - Beim Brandenburg-Paket waren wir leider nicht so gut. Meine Bitte ist jetzt: Unterstützen Sie uns dabei, wieder besser zu werden, und stimmen Sie dem sehr guten Antrag der Koalitionsfraktionen zu. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Es wurde eine Kurzintervention von Herrn Abgeordneten Dr. Zeschmann angemeldet. Bitte.

(Beifall AfD)

Herr Abg. Dr. Zeschmann (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger!

(Walter [Die Linke]: Herr Berndt, was ist los? Nichts im Griff?)

Sie haben hier eben gerade erklärt, Sie wollen keine Notlage mehr erklären. Das ist exakt das, was wir seit Jahren hier fordern - ich seit Herbst 2022, als der Doppelhaushalt damals diskutiert wurde.

Jetzt haben Sie erklärt, Sie müssen das zurücknehmen. Das freut uns; es ist schön, dass wir jetzt nicht wieder auf Grundlagen arbeiten, die gar nicht gegeben sind. Bei 6 % Wirtschaftswachstum eine Notlage zu erklären ist offensichtlich auch ziemlich unsinnig.

Weiterhin haben Sie allerdings behauptet, wir würden hier irgendwelchen Radau veranstalten. Das ist völliger Unsinn.

(Walter [Die Linke]: Haben Sie das Urteil gelesen?)

- Herr Walter, Sie sind jetzt nicht dran, auch wenn Sie versuchen, dagegen anzuschreien.

(Walter [Die Linke]: Haben Sie das Urteil gelesen? Ich stelle eine Frage! - Hohloch [AfD]: Dann melden Sie sich doch!)

Es ging lediglich darum, dass der Haushalt verfassungswidrig war. Das haben wir gesehen; das haben wir hier angemerkt - unter anderem auch wegen der Notlagenerklärung.

Und um mit einem anderen wichtigen Punkt, den man hier gerne verbreitet, aufzuräumen:

(Keller [SPD]: Warum reden Sie vor Herrn Berndt?)

Niemand, Herr Keller, war gegen helfen. Nur müssen Hilfen natürlich aus dem regulären Haushalt finanziert werden, und Hilfen müssen - solange die Schuldenbremse im Grundgesetz und in der Landesverfassung steht - dadurch erzielt werden, dass Sie als Koalition es endlich einmal - ein einziges Mal - geschafft hätten, Prioritäten zu setzen.

(Starker Beifall AfD)

Das haben Sie nämlich nie; dazu sind Sie nicht bereit und nicht in der Lage, weil Sie sich untereinander die Köpfe einschlagen - das ist das Problem. Hilfen wären möglich gewesen, um entsprechend Prioritäten zu setzen, und müssen natürlich aus dem regulären Haushalt kommen.

(Walter [Die Linke]: Und auch das stimmt nicht! - Keller [SPD]: Das ist doch Quatsch! Haben Sie nicht verstanden, dass man Kredite aufnehmen kann? Sie haben es nicht verstanden!)

Noch einmal zum Thema Verfassungswidrigkeit aufgrund des Veranlassungszusammenhangs: Auch dazu haben wir von allen Oppositionsfraktionen nach meiner Erinnerung seit Herbst 2022 immer wieder gesagt, dass wir den Zusammenhang erklärt haben wollen.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Sie müssen bitte zum Ende kommen, Herr Abgeordneter.

Herr Abg. Dr. Zeschmann (AfD):

Ich bin im letzten Satz.

(Keller [SPD]: Abschiedsrede!)

Bei jeder Beschlussfassung im Finanzausschuss haben wir kritisiert, dass Sie die Notlage abfedern wollen mit Investitionen, die erst mittel- oder langfristig wirken. Das haben Sie abprallen lassen, und jetzt haben Sie das Urteil dazu bekommen.

(Beifall AfD)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Frau Ministerin hat die Möglichkeit, zu reagieren.

(Keller [SPD]: Herr Berndt zieht zurück - seine Rede ist schon gehalten! - Vereinzelt Heiterkeit! - Dr. Berndt [AfD]: Gute Sachen kann man mehrmals sagen!)

Ministerin der Finanzen und für Europa Lange:

Frau Präsidentin! Ich glaube, ich habe hier heute alles Notwendige dazu gesagt - Punkt.

(Beifall SPD)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter Dr. Berndt spricht für die AfD. Bitte sehr

(Beifall AfD)

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Hochmut kommt vor dem Fall.

(Beifall AfD)

Das klingt veraltet, aber die letzten Tage haben gezeigt, dass dieses Sprichwort nach wie vor seine Gültigkeit hat. Und natürlich gilt das nicht nur für die Regierung, sondern auch für die Abgeordneten - warum sind hier eigentlich nur 35 Antragsteller, wenn die Koalition doch über 50 Abgeordnete hat? - der Fraktionen, die sich demokratisch nennen, aber alles dafür tun, um die Demokratie einzuschränken, und die als besserwissende Weltverbesserer hier seit Jahren und Jahrzehnten regieren.

(Beifall AfD)

Sie haben, sehr geehrte Damen und Herren, mutwillig und hochmütig alle Warnungen und alle Einwände gegen das Brandenburg-Paket in den Wind geschlagen. Herr Zeschmann hat es schon gesagt, und ich will Sie daran erinnern: Wir als AfD haben bereits Ende 2022 genau auf diesen Punkt des fehlenden Veranlassungszusammenhangs hingewiesen.

(Keller [SPD]: So ein Quatsch! - Walter [Die Linke]: Haben Sie nicht!)

Dass Sie uns nicht ernst nehmen, weiß ich. Aber auch der Ausschuss für Haushalt und Finanzen hat darauf hingewiesen. Ich hatte die Ehre, einmal als Vertretung in diesem Ausschuss anwesend zu sein. Ich habe den fehlenden Veranlassungszusammenhang benannt; Herr Zeschmann hat ihn auch ausgiebig benannt - damals noch für die Fraktion BVB / FREIE WÄHLER.

Sie haben sich über alles hinweggesetzt. Herr Woidke und Frau Lange, wenn man in einer außergewöhnlichen Lage Geld aufnehmen kann, um von der Schuldenbremse abzuweichen, gibt die Gesetzesnorm vor, dass man entsprechend Maßnahmen ergreift, die die Notlage beheben. Es muss einen klaren Zusammenhang geben; das Geld darf nicht für irgendetwas ausgegeben werden.

Schließlich hat der Landesrechnungshof bereits im Oktober 2022 auf den fehlenden Veranlassungszusammenhang hingewiesen.

(Beifall AfD)

Insofern waren Sie gewarnt; es war alles gesagt worden.

Herr Redmann, Sie sind einer von denen, die - wie es auch Frau Lange versucht hat - erzählen, durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom November 2023 sei eine neue Situation entstanden. Das stimmt nicht. Der Veranlassungszusammenhang war eine Forderung für notlagenbedingte Kredite, die längst existiert hat. Das hat der Landesrechnungshof ganz klar gesagt.

(Beifall AfD)

Ihren Hochmut auf den Gipfel getrieben haben Sie dann ein Jahr später mit der erneuten Erklärung einer außergewöhnlichen Notlage - und zwar im Vergleich zu der Situation Ende 2022. Was war? Die Inflation war um die Hälfte zurückgegangen. Die Migration aus der Ukraine war praktisch zum Erliegen gekommen: Wir hatten 2023 26 000 Migranten; 2022 waren es noch 43 000 Migranten. Sie selbst haben sich zeitgleich mit der Ausrufung der außergewöhnlichen Notlage für ein Wirtschaftswachstum von 6 % gefeiert. Dazu gab es die Entscheidung vom Bundesverfassungsgericht, bevor Sie die zweite Notlage beschlossen haben, und es gab auch die Eilentscheidung des Landesverfassungsgerichts. Wir haben diese Eilentscheidung damals verloren, aber das Landesverfassungsgericht hat ganz deutlich gemacht, dass es erhebliche Bedenken in Bezug auf die Verfassungskonformität Ihres Brandenburg-Pakets unter diesen Voraussetzungen gab.

All das waren klare Hinweise darauf, dass eine Notlagenerklärung Ende 2023 verfassungswidrig ist. Sie haben uns ausgelacht - Sie können die Protokolle nachlesen -; Sie waren klüger; Sie wussten es besser, und nun sind Sie Gott sei Dank gegen die Wand gerannt, gegen die Sie gelaufen sind.

(Beifall AfD)

Immerhin erkenne ich an, Frau Lange, dass Sie jetzt Konsequenzen gezogen haben. Sie stellen einen Entschließungsantrag vor, mit dem Sie den Nachtragshaushalt so ändern wollen, dass Sie auf notlagenbedingte Kredite verzichten.

Wir stellen damit fest: Sie geben uns hundertprozentig recht.

(Beifall AfD)

Herr Hohloch hat vollkommen recht, wenn er feststellt, dass wir uns hier komplett durchgesetzt haben. Ich sage das nicht, weil ich besonders stolz darauf bin. Man musste kein Genie sein, um zu sehen, dass das, was Sie machen, verfassungswidrig ist. Das lag auf der Hand.

(Beifall AfD)

Man musste auch kein Genie sein, Herr Woidke, um zu sehen, dass Sie mit den Coronamaßnahmen falschlagen. Man muss kein Genie sein, um zu sehen, dass Sie mit Ihrer Migrationspolitik falschliegen und dass Ihre Energiewende nichts bringt. Man darf bloß nicht so verblendet sein und sich so über die Interessen der Bürger, für die man gewählt ist, hinwegsetzen, wie Sie es tun.

(Beifall AfD)

Damit sind wir beim Hochmut nach dem Fall - bei den Ausreden, Beschwichtigungen, bei der Vermeidung von Verantwortung. Frau Lange, Sie behaupten, dass Sie ein gutes Gewissen haben. Ich kann es mir nicht vorstellen. Nach dieser Geschichte des Brandenburg-Pakets müssen Sie ein schlechtes Gewissen haben, und ich traue Ihnen das schlechte Gewissen auch zu. Ich habe keine so schlechte Meinung von Ihnen, dass ich glauben würde, Sie hätten es ernst gemeint, als Sie sagten: Ich habe ein gutes Gewissen.

Dann sind wir bei demjenigen, der die Verantwortung als Richtliniengeber trägt: dem Ministerpräsidenten, der hier jetzt seine Finanzministerin vorlässt. Herr Woidke, ich an Ihrer Stelle wäre an das Pult getreten und hätte diese verfehlte Politik vertreten - jetzt schicken Sie Frau Lange vor.

(Beifall AfD)

Auch Sie versuchen jetzt unverfroren, Ihren Verfassungsbruch zur Heldentat umzudichten. Sie sagen dem Tagesspiegel: Brandenburg war in einer Krisensituation, deshalb mussten wir schnell handeln;

(Einzelbeifall AfD)

ich würde wieder so handeln - natürlich unter Berücksichtigung der Hinweise des Verfassungsgerichtes, für die ich dankbar bin. - Natürlich sind Sie dankbar dafür.

(Lachen sowie vereinzelt Beifall AfD)

Bleiben wir, Herr Woidke, ausnahmsweise einmal bei den Fakten. Ich weiß, das fällt Ihnen schwer, aber wir rufen Sie wieder auf.

(Ministerpräsident Dr. Woidke: Das ist ja schon immer Ihre Stärke gewesen!)

- Ja. - Erstens. Es gab keine Eile, Herr Woidke, beim Brandenburg-Paket.

(Zuruf)

Seit spätestens Sommer 2022 wurde über die Notlagenerklärung, über Kredite geredet - von Ihnen allen; die Linken fingen an. Es blieb ein halbes Jahr, und Sie hatten jede Zeit der Welt,

einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen. Sie haben es nicht gemacht. Sie hatten alle Möglichkeiten, die Warnungen, die ich vorhin aufgezählt habe, zu berücksichtigen. Sie haben es nicht gemacht, weil Sie einfach zu arrogant sind.

Sie haben sich im Übrigen mit dem Brandenburg-Paket eine Schatulle geschaffen, in die Sie im Wahljahr greifen können, um Leute zufriedenzustellen. Auch das wollen wir einmal nicht vergessen, Herr Woidke.

(Beifall AfD)

Sie wollten im Wahljahr den Weihnachtsmann spielen. Also, lassen Sie das Robin-Hood-Kostüm, es passt Ihnen nicht.

(Heiterkeit und Beifall AfD)

Wir wollen Ihnen und Frau Lange gegenüber eines klarstellen: Es bräuchte kein Brandenburg-Paket, wenn Sie mit dem Steuergeld sorgfältig umgingen und ordentlich Prioritäten setzen!

(Beifall AfD)

Die Steuereinnahmen des Staates betragen im letzten Jahr 916 Milliarden Euro, also knapp eine Billion Euro. Auch in Brandenburg sind die Realsteuern zwischen 2015 und 2022 von 900 Millionen Euro auf 1,5 Milliarden Euro - um zwei Drittel - angestiegen. Sie haben Geld; Sie haben viel zu viel Geld! Geld ist vorhanden, nur geben Sie es in Brandenburg - ebenso wie die Ampel - nicht für die Bürger, sondern für ideologischen Wahn, für Migranten und für Ihre linksextreme Klientel aus.

(Beifall AfD)

Ich nenne Ihnen ein aktuelles Beispiel: Wir haben vor wenigen Tagen, in der vergangenen Woche, die Änderung des Landespflegegeldes, das jetzt Teilhabegeld heißt, beschlossen. Sie haben 2 Millionen Euro für Taube und Blinde, die ein besonders schweres Schicksal haben, aufgewendet - 2 Millionen Euro, mit denen Sie die Beiträge für diese Personen nicht einmal auf den Durchschnitt der Ostländer anheben.

(Zuruf von der AfD: Schämen Sie sich!)

4 Millionen Euro geben Sie für Ihr Umerziehungsprogramm „Tolerantes Brandenburg“ aus.

(Hohloch [AfD]: Pfui!)

Jetzt sage ich Ihnen, was für diese 4 Millionen Euro alles gemacht wird:

Stadt-Land.move - Werkstatt für sozial-ökologischen Wandel, „Festival für ein Weltoffenes Werder“: 7 000 Euro plus 6 000 Euro. Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Kampagne „Schöner Leben ohne Nazis“: 32 000 Euro.

(Beifall SPD, B90/GRÜNE und Die Linke)

Aktion „Laut gegen Rechts“: 6 000 Euro. Studentischer Event- und Kulturverein Cottbus, „Laut gegen Nazis“: 4 000 Euro.

(Beifall SPD, B90/GRÜNE und Die Linke)

DaMOst, „Empowerment und Partizipation von Migrantenorganisationen in Brandenburg“: 158 000 Euro.

(Beifall SPD, B90/GRÜNE und Die Linke)

Frauenzentrum Cottbus, „Demokratie geht durch den Bauch 2.0 - Teilhabe und Toleranz ganz fortgeschritten“: 21 000 Euro.

(Beifall SPD, B90/GRÜNE, Die Linke sowie vereinzelt CDU)

Global New Generation Potsdam/Brandenburg, „Tanzreise durch den Kontinent Afrika“:

(Gelächter bei der AfD)

2 149 Euro.

(Beifall B90/GRÜNE und Die Linke sowie vereinzelt SPD)

Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg, „Interkulturell und welt offen“: 7 942 Euro.

(Beifall B90/GRÜNE und Die Linke sowie vereinzelt SPD und CDU)

Wer für alles offen ist, Herr Walter, kann nicht ganz dicht sein, sagt ein alter polnischer Aphorismus.

(Beifall AfD)

Das sind Ihre Prioritäten. Wenn das Brandenburg-Paket gebraucht wird, zeigt das nur, dass Sie mit Steuergeld nicht umgehen können.

Die Bürger im Land Brandenburg können dankbar sein, dass wir diese Klage geführt und gewonnen haben. Und so, wie Sie Politik betreiben, werden wir nicht nur die Klage gegen Ihr Brandenburg-Paket gewinnen;

(Walter [Die Linke]: Sondern?)

wir werden auch die Wahlen gewinnen.

(Beifall AfD)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter Keller hat das Wort. Er spricht für die Fraktion der SPD. Bitte.

(Beifall SPD sowie vereinzelt B90/GRÜNE)

Herr Abg. Keller (SPD):

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir kommen heute in einer überaus ernsten Angelegenheit zusammen - das sage ich hier ganz klar. Das oberste Gericht unseres Landes hat eine Entscheidung getroffen, die diesen Landtag zum Handeln verpflichtet.

Herr Berndt, ich sage gleich, von Anfang an, dass ich vor diesem Hintergrund Ihre Rede mehr als unangebracht finde.

(Oh! bei der AfD - Hohloch [AfD]: Das glaube ich Ihnen!)

- Ja. - Sie werden der Verantwortung, die Sie hier auch haben, nicht gerecht.

(Dr. Berndt [AfD]: Wer hat hier verfassungswidrig gehandelt
- Sie oder ich?)

Mit Ihren siegestrunkenen Tiraden haben Sie einmal mehr bewiesen, dass es Ihnen eben nicht um Verantwortung für das Land geht. Sie haben bewiesen, dass Sie mit Ihrer Fraktion eben nicht in der Krise helfen wollen. Sie haben bewiesen, dass Sie in der Krise nichts für die Brandenburgerinnen und Brandenburger getan haben. Das unterscheidet Sie von den anderen Fraktionen hier im Plenarsaal.

(Beifall SPD, B90/GRÜNE und Die Linke sowie vereinzelt CDU - Zuruf des Abgeordneten Hünich [AfD])

Herr Berndt, ich wollte es eigentlich erst zu einem späteren Zeitpunkt sagen, aber nun sind Sie so darauf herumgeritten. Rechtsberatung à la Herr Berndt: Man hätte es ja sehen können.

(Dr. Berndt [AfD]: Sehen müssen! Müssen!)

Ich zitiere aus Ihrer gerade gehaltenen Rede: Man muss dazu kein Genie sein. Ausreden und Beschwichtigungen sehen Sie hier.

Ich will aber zu einem Punkt kommen, den Sie in Ihrer Rede komplett zu erwähnen vergessen haben - komplett! Sie haben, bevor Sie das Brandenburg-Paket beklagt haben, selbst einen Antrag auf den Weg gebracht, das Gesetz zu ändern und Kredite in Höhe von 3 Milliarden Euro aufzunehmen.

(Dr. Berndt [AfD]: Ja! - Ministerpräsident Dr. Woidke: Unerhört! - Zurufe von der SPD)

Sie haben selbst gesagt, es solle die Notlage erklärt werden.

Und jetzt kommt es noch viel besser: Was hat denn das Landesverfassungsgericht bemängelt? Es hat den fehlenden Darlegungszusammenhang bemängelt und den Punkt, dass die Einzelmaßnahmen nicht im Gesetz stehen.

(Abgeordneter Dr. Berndt [AfD] tritt an ein Saalmikrofon.)

- Ich würde Sie - gleich - sogar darum bitten, ans Mikrofon zu treten. Lassen Sie mich bitte noch kurz zu dem Punkt ausführen. - Schauen wir uns doch Ihren Antrag an. Schauen wir doch, wo Sie in Ihrem Antrag die Einzelmaßnahmen konkret ins Gesetz geschrieben haben und wo Sie in Ihrem Antrag quasi den Darlegungszusammenhang hergestellt haben.

(Rostock [B90/GRÜNE]: Jetzt bin ich aber gespannt!)

Sie fordern 3 Milliarden Euro. Da würde ich ja jetzt erwarten, dass sich in Ihrem Antrag eine riesige Liste mit den Einzelmaß-

nahmen - wie es sich das Landesverfassungsgericht vorstellt - findet. Sie haben gesagt, man müsse kein Genie sein. Da würde ich ja nun davon ausgehen, dass ich hier einen 10-seitigen Antrag vorfinde mit Rechtfertigungen, warum jede einzelne Maßnahmen dazu geeignet ist, das Risiko irgendwo zu mindern und die Krise zu bewältigen.

Ich sage Ihnen, was bei Ihnen steht: nämlich gerade einmal zwei Punkte.

(Zuruf von der AfD: Was haben Sie denn vorgelegt?)

Erstens: ergänzende Entlastungsmaßnahmen für Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg - 2,4 Milliarden Euro. - Das ist Ihr Darlegungszusammenhang. Das sind die vielen Einzelmaßnahmen, die das Landesverfassungsgericht vorsieht.

Ihr zweiter Punkt:

(Hohloch [AfD]: Weiterreden!)

Maßnahmen zur Aufrechterhaltung öffentlicher Aufgaben, der Funktionsfähigkeit und Aufgabenwahrnehmung der privaten Wirtschaft sowie von Einrichtungen, Institutionen, Vereinen und Verbänden in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport, Gesundheit sowie im Sozialbereich. - Nichts haben Sie begründet! Nichts haben Sie dargelegt!

Ich erwarte, dass Sie jetzt am Mikrofon die Chance ergreifen, ein bisschen demütig zu sein.

(Beifall SPD und B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU - Lachen bei der AfD)

Ihr Antrag wäre krachend gescheitert. Ihr Antrag ist verfassungswidrig. Das lassen Sie weg. Wo ist denn da Ihr Genie? Wo ist es denn? Ich erwarte, dass Sie jetzt ans Mikrofon treten und hier ein bisschen Demut zeigen, dass Sie es damals nicht besser wussten - das gehört doch zur Wahrheit.

(Zuruf von der AfD)

Ich erwarte, dass Sie zu Ihrem eigenen Antrag, zu Ihren eigenen Vorstellungen wirklich Stellung nehmen. Das haben Sie gerade nicht getan. Es ist doch eine völlige Doppelmoral und eine Luftnummer, dass Ihre AfD-Fraktion hier sitzt und etwas bemängelt, was Sie zum damaligen Zeitpunkt nicht besser wussten, sondern - im Gegenteil - noch schlechter gemacht haben. Ich muss sagen: Das ist wirklich eine Luftnummer.

(Beifall SPD und B90/GRÜNE)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Herr Abg. Keller (SPD):

Ja.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Dr. Berndt. Bitte.

(Abgeordneter Dr. Berndt [AfD] setzt sich wieder hin. - Zurufe von der SPD und der Fraktion Die Linke: Ah!)

Herr Abg. Keller (SPD):

Herr Berndt, ich hätte erwartet, dass Sie die Chance jetzt nutzen. Ich hätte erwartet, dass Sie ans Mikrofon treten, demütig sind und sagen, dass Sie es nicht besser wussten. Aber Sie gehen hier nicht einmal auf Ihren eigenen Antrag ein.

Was Sie hier daherschwirbeln - Herr Hohlloch redet in verschiedenen Medien darüber, dass die Notlage nicht anerkannt worden sei -, was Sie bemängeln, entspricht doch gar nicht dem Urteil. Dass ein Herr Zetschmann

(Münschke [AfD]: Herr Zeschmann!)

sich hier hinstellt und sogar noch vor Ihnen spricht - geschenkt! Aber genau das, was er hier behauptet - dass wir nicht die Möglichkeit gehabt hätten, Kredite aufzunehmen, dass wir quasi auf Rücklagen oder Haushaltssmittel hätten zurückgreifen müssen -, hat das Landesverfassungsgericht eben nicht gesagt. Dementsprechend, muss ich sagen, haben Sie es nicht verstanden.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Und darüber, wer hier nicht das Genie ist, darüber, dass vielleicht kein Genie in Ihrer Fraktion sitzt, müssen wir heute nicht reden.

(Abgeordneter Dr. Berndt [AfD] stellt sich wieder an das Saalmikrofon. - Ministerpräsident Dr. Woidke: Unglaublich!)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Jetzt wäre die Zwischenfrage möglich. Herr Keller hat sie schon genehmigt. Herr Dr. Berndt, bitte.

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Vielen Dank, Herr Keller, dass Sie die Frage zulassen. Haben Sie verstanden, dass Ihre Koalition beim Verfassungsgericht verloren hat und wir gewonnen haben? Ist Ihnen das klar geworden?

(Beifall AfD)

Sie sind nicht in der Position, hier anderen Vorwürfe zu machen, sondern Sie haben versagt. Sie haben einen verfassungswidrigen Haushalt aufgestellt. Sie haben vor dem Verfassungsgericht verloren und wir nicht. Wir hatten mit unserer Argumentation vollkommen recht. Das Landesverfassungsgericht hat uns in allen Punkten komplett recht gegeben.

(Zurufe von SPD, CDU, B90/GRÜNE und von der Regierungsbank: Nein! - Zuruf von der SPD: Keine Ahnung!)

Ich frage Sie, Herr Keller: Ist es intellektuelles Unvermögen oder ist es Unwillen, dass Sie den Unterschied zwischen den Notlagenerklärungen von 2022 und 2023 nicht wahrhaben wollen? Ihre Finanzministerin hat es begriffen. Sie hat gesagt: Ich ziehe meinen Haushalt lieber zurück, weil er auf Grundlage dieser Notlagenerklärung keinen Bestand haben wird.

(Beifall AfD - Zuruf des Abgeordneten Scheetz [SPD])

Begreifen Sie es nicht oder wollen Sie es nicht begreifen? Das ist meine Frage an Sie, Herr Keller.

Herr Abg. Keller (SPD):

Herr Dr. Berndt, wir haben heute einen Entschließungsantrag vorgelegt, auf den auch die Finanzministerin hingewiesen hat. Darin schreiben wir, dass wir das Urteil des Landesverfassungsgerichts selbstverständlich akzeptieren und verantwortungsvoll damit umgehen - das ist auch ein Unterschied zwischen der AfD-Fraktion und der Koalition -, um die Maßnahmen, die die Brandenburgerinnen und Brandenburger auch benötigen, auf die sie angewiesen sind, jetzt weiterhin abzusichern,

(Dr. Berndt [AfD]: Was heißt „weiterhin“?)

nämlich aus Finanzen der Rücklage.

Was ich Ihnen vorwerfe, ist, dass Sie hier gerade fast zehn Minuten darauf verwendet haben, zu erklären, warum es die Landesregierung oder auch die Koalition hätte besser wissen müssen.

(Dr. Berndt [AfD]: Ja!)

Die Landesregierung oder auch die Koalition - das haben Sie selbst gesagt - hätte besser wissen müssen, dass die Einzelmaßnahmen ins Gesetz zu schreiben sind und der Darlegungszusammenhang darzustellen ist. Aber darf ich Ihnen etwas sagen? All das haben Sie in Ihrem eigenen Antrag eben nicht gemacht!

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE - Dr. Berndt [AfD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Und dazu sagen Sie weiterhin gar nichts.

Stellen wir uns doch einmal vor, Ihr Antrag wäre in der Fassung, in der ich ihn hier verlesen habe - mit der Möglichkeit der Landesregierung, 3 Milliarden Euro in zwei grobschlächtig hingeschriebenen Kategorien zu nutzen -, angenommen worden. Er wäre für verfassungswidrig und nichtig erklärt worden.

(Vereinzelt Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Und dazu sagen Sie gar nichts.

Sehr geehrte Präsidentin, ich komme jetzt zur eigentlichen Rede

(Hünich [AfD]: Aber die zehn Minuten sind doch schon um!)

und will noch einmal deutlich machen, um was es hier eigentlich geht.

(Zurufe von der AfD)

Herr Berndt, welche Situation haben wir denn 2022 vorgefunden? Welche Situation? Wir hatten folgende Situation: eine hohe Inflation, steigende Energiekosten, eine unsichere Energieversorgung -

(Dr. Zeschmann [AfD]: Ach! Warum?)

und das stellte zum damaligen Zeitpunkt eine enorme Belastung für die Brandenburgerinnen und Brandenburger dar, meine Damen und Herren. Und ich sage noch dazu: Es gab auch hier im Brandenburger Parlament politische Akteure, die einen „Wutwinter“, einen „heißen Herbst“ gefordert haben, die also gar kein Interesse daran hatten, sich an der Bewältigung der Krise zu beteiligen, sondern - im Gegenteil - versucht haben, die Ängste der Menschen für ihr eigenes politisches Kalkül auszunutzen.

Und seien wir doch mal ehrlich: Was waren denn unsere Möglichkeiten?

(Zuruf des Abgeordneten Hünich [AfD])

Unsere Möglichkeiten waren auf der einen Seite, zu entscheiden, dass wir die Brandenburgerinnen und Brandenburger unterstützen. Wir müssen hier auch über den eigentlichen Punkt reden, nämlich darüber, dass wir vor allem unsere Kommunen nicht mit den Herausforderungen wie der Unterbringung der Ukrainerinnen und Ukrainer, die in unser Land gekommen sind, im Stich gelassen haben, dass wir unsere Gemeinden nicht mit den Strompreisen für ihre Schulen und Kitas alleingelassen haben, dass wir unsere Vereine unterstützt und viele weitere Maßnahmen ergriffen haben. Ich halte das auch weiterhin für richtig.

(Zurufe von der AfD)

Herr Berndt, die Alternative, die Sie für Ihre Fraktion gewählt haben, war, nicht zu helfen. Sie hatten kein Interesse daran, Verantwortung zu übernehmen und die Krise für die Brandenburgerinnen und Brandenburger erträglicher zu machen.

Ich sage es hier ganz deutlich, auch mit den Worten unseres Ministerpräsidenten: Es war die richtige Entscheidung, in der Krise zu helfen. Und wenn in Zukunft eine weitere Notlage entstehen sollte, wird es unsere Verantwortung als handlungsfähiger Staat sein, die Brandenburgerinnen und Brandenburger erneut zu unterstützen. Und darauf, finde ich, können wir stolz sein.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Ich bin schon auf die verschiedenen Punkte eingegangen, die Sie ja immer wieder beiseitewischen, und habe erklärt, dass die eigentliche Notlagenklärung vom Landesverfassungsgericht akzeptiert worden ist. Brandenburg befand sich 2023 und 2024 in einer Notlage, und diese Notlage entzog sich der Kontrolle unseres Bundeslandes. Deshalb war auch die Aufnahme von Krediten grundsätzlich zulässig - was Herr Zeschmann nicht versteht.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Zeschmann [AfD])

Auch die Höhe der Kredite erschien dem Landesverfassungsgericht plausibel - auch das versteht Herr Zeschmann nicht.

(Münschke [AfD]: Sie können ja nicht mal den Namen richtig aussprechen!)

Der Landtag kann den Weg einer notlagenbedingten Kreditaufnahme gehen, ohne vorher auf andere Finanzquellen oder Rücklagen zurückzugreifen - auch das wollen Sie einfach nicht wahrhaben und nicht verstehen.

Meine Damen und Herren, auf die Punkte, die hier angesprochen worden sind - der Darlegungszusammenhang und auch die Forderung, die einzelnen Maßnahmen ins Gesetz zu schreiben -, bin ich eingegangen. Damit müssen wir uns auseinandersetzen, und deswegen ist es der richtige Weg - da bin ich der Finanzministerin dankbar -, dass wir die Maßnahmen nun mit Rücklagen absichern und hier sagen können, dass sie auf den Weg gebracht werden können.

(Zuruf des Abgeordneten Münschke [AfD])

Herr Berndt, ich will aber auf noch einen Punkt hinaus, weil Sie sich heute ein bisschen wie im Drehbuch verhalten haben: Machen wir uns doch nichts vor, letztendlich hatten Sie doch schon zwei Videos vorbereitet. In dem Fall, dass die Notlage nicht vom Landesverfassungsgericht genehmigt oder akzeptiert worden wäre, hätten Sie hier folgende Geschichte erzählt - das haben Sie ja heute wieder versucht -: Die Landesregierung beschließt irgendeine Notlage und nimmt irgendwelche Kredite auf, um Geschenke zu verteilen. - Sie sprachen hier vom Weihnachtsmann und Ähnlichem. Ich war schon erstaunt, dass Sie diese Geschichte gebracht haben, obwohl die Notlage akzeptiert worden ist.

Auf der anderen Seite: Für den Fall, dass das Landesverfassungsgericht Ihre Klage abgewiesen hätte, hatten Sie sich doch auch schon ein Tiktok-Video

(Bischoff [SPD]: Na klar! Natürlich! Genau so!)

oder irgendeine Geschichte zurechtgelegt. Sie hätten erzählt, dass das Landesverfassungsgericht nicht unabhängig sei, weil dort kein Richter mit AfD-Parteibuch sitzt, dass es nicht unabhängig agiere. Wer Ihnen in der Pressekonferenz zugehört hat, hat bemerkt, dass Sie diese zweite Geschichte trotzdem noch herausgeholt haben. Doch ich muss sagen: Wir können stolz sein, dass wir ein unabhängiges Landesverfassungsgericht haben, das sich an der Landesverfassung orientiert hat, um ein Urteil zu fällen, und dementsprechend respektieren wir dieses Urteil. Das will ich auch ganz klar und deutlich sagen.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE sowie vereinzelt Die Linke)

Wir könnten jetzt über kurz- oder mittelfristige Maßnahmen diskutieren; ich will aber über langfristige Maßnahmen reden - ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt. Es liegt ja heute auch ein Entschließungsantrag der Linken vor,

(Walter [Die Linke]: Ein sehr guter!)

der im ersten Punkt ein Stück weit etwas Ähnliches wie wir fordern: dass die Maßnahmen aufrechterhalten und anders abgesi-

chert werden. Der zweite Punkt enthält die Aufforderung an die Landesregierung, sich für die Abschaffung oder die Reform der Schuldenbremse einzusetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist ja kein Geheimnis, dass wir uns als SPD-Fraktion diese Reform nicht nur vorstellen können, sondern dass wir sie auf Bundesebene auch für dringend geboten halten. Es ist doch klar, dass für die Zukunftsinvestitionen, die getätigt werden müssen, auch Kreditmittel benötigt werden. Ich blicke in die Reihen der Fraktionen - auch zu einer Fraktion, die sich immer mit einer großen Wirtschaftskompetenz röhmt - und sage ganz klar: Es ist doch klar, dass wir investieren müssen, wenn die Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb mit China und den USA mithalten will.

(Beifall SPD und B90/GRÜNE sowie des Abgeordneten Domres [Die Linke])

Bei der Schuldenbremse geht es um die Generationengerechtigkeit. Und ich frage mich, Herr Dr. Redmann, ob es generationengerecht ist, wenn Brücken und Straßen quasi verfallen

(Zurufe der Abgeordneten Hünich [AfD] und Vida [BVB/FW Gruppe])

und am Ende für noch höhere Beträge saniert werden müssen, oder ob es nicht klüger ist, heute zu investieren, um genau das zu verhindern. Dazu erwarte ich von Ihnen ein Umdenken, und ich muss sagen: Beim Regierenden Bürgermeister von Berlin hat dieses Umdenken stattgefunden.

(Zurufe von der AfD)

Herr Wegner sagte hierzu in dieser Woche:

„Die CDU-geführten Länder gehen einen gemeinsamen Weg und sind mehrheitlich für eine Reform der Schuldenbremse.“

(Vereinzelt Beifall SPD, B90/GRÜNE und Die Linke)

Michael Kretschmer unterstützt das, Hendrik Wüst unterstützt das - Herr Redmann, Sie haben heute die Möglichkeit, hier im Plenum ein sehr deutliches Signal an die Bundesebene zu senden: Wir müssen die Schuldenbremse reformieren. - Das ist die Erwartung, die ich heute an die CDU-Fraktion habe.

Insgesamt muss ich sagen, liebe AfD-Fraktion: Mit Ihrem Antrag, mit dem Umgang mit Ihrer Verantwortung in Bezug auf Urteile des Landesverfassungsgerichts haben Sie sich heute ein Stück weit blamiert.

(Zuruf des Abgeordneten Hünich [AfD] - Weitere Zurufe von der AfD)

Die Koalition, aber auch die anderen Abgeordneten im Parlament tragen eine Verantwortung für dieses Land, doch Sie nehmen diese nicht wahr. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und B90/GRÜNE sowie des Abgeordneten Bretz [CDU])

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Dr. Berndt hat eine Kurzintervention angekündigt. Bitte schön.

(Beifall AfD)

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Keller!

(Der Abgeordnete versucht, die Höheneinstellung des Rednerpults zu ändern.)

- Tiefer geht's nicht, was? Sie haben es schon aufs tiefstmögliche Niveau gebracht.

(Heiterkeit und Beifall des Abgeordneten Hohloch [AfD])

Ich komme darauf zu sprechen, was wir mit unserem Antrag beabsichtigt haben - es war übrigens ein Entschließungsantrag, Herr Keller, und zwar vom 06.09.2022. Das war drei Monate, bevor die Notlage beschlossen wurde, und es gab ja einen Entwicklungsprozess und einen Prozess der Fortschreibung. Also, was wollten wir? Wir wollten tatsächlich ein sogenanntes Sondervermögen in Höhe von 3 Milliarden Euro errichten, um die erhöhten Ausgaben

(Das Rednerpult senkt sich.)

- jetzt geht's doch noch tiefer! -

(Heiterkeit AfD - Zuruf des Abgeordneten Hohloch [AfD] - Zuruf: Also doch!)

über eine Erstattung der Lohn- und Einkommensteuer zu kompensieren. Wir wollten, befristet bis zum 31. Mai 2023, die Lohn- und Einkommensteuern erstatten,

(Beifall AfD)

weil wir Ende 2022 die Gefahren für die Wirtschaft aufgrund der Energieknappheit, aufgrund Ihrer Politik, aufgrund der Inflation und aufgrund des drohenden Winters - wegen Ihrer Energiewende ist ja mittlerweile jeder Winter ein Risiko - abwenden wollten.

(Bretz [CDU]: Sie wissen schon, dass das verfassungswidrig ist?! - Gegenruf von der AfD)

Und wir wollten es dadurch tun, dass wir die Leistungsträger - diejenigen, die arbeiten oder Betriebe haben - direkt unterstützt hätten.

(Vereinzelt Beifall AfD)

Sie sollten befristet unterstützt werden.

(Bretz [CDU]: Das ist verfassungswidrig! Aber so was von!)

Es hätte einen ganz klaren und eindeutigen zeitlichen und inhaltlichen Veranlassungszusammenhang gegeben; das war von vornherein klar.

Das war ja auch der Punkt, den wir an Ihrem Brandenburg-Paket kritisiert haben: Ihre pauschalen Pakete - Dekarbonisierung der Wirtschaft, pauschale Vorsorge, Flüchtlinge. Sie haben nur Pauschalkörbe eingerichtet und jede Konkretisierung vermieden. Wir haben es konkret gemacht,

(Vereinzelt Beifall AfD)

und ich denke schon, dass wir mit einem entsprechenden Gesetzentwurf vorm Verfassungsgericht Bestand gehabt hätten.

(Beifall AfD - Bretz [CDU]: Da haben Sie jetzt inhaltlich einen Bock geschossen, weil das Landesverfassungsgericht das für verfassungswidrig erklärt hat! Das sollten Sie wissen! - Gegenruf des Abgeordneten Hünich [AfD] - Weitere Zurufe von der AfD)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter Keller, Sie haben die Möglichkeit, zu reagieren. Bitte schön.

Herr Abg. Keller (SPD):

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Berndt, jetzt bin ich ein bisschen erstaunt.

(Dr. Berndt [AfD]: Warum?)

Sie haben hier gerade von einem Entschließungsantrag zu einem Sondervermögen von September 2022 geredet. Ich finde es bedauerlich, dass ich Ihre Anträge anscheinend besser kenne als Sie.

(Oh! bei der AfD)

Vielleicht schauen Sie sich den Antrag vom 06.12.2022 mit der Drucksachennummer 7/6690 noch einmal an,

(Zuruf des Abgeordneten Hohloch [AfD])

ein Antrag zur „Feststellung einer außergewöhnlichen Notsituation“. Da geht es nicht um ein Sondervermögen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Berndt [AfD])

Und ich sage hier noch einmal: Da geht es nicht um September 2022, da geht es um den 06.12.2022.

In dem Antrag vom 06.12.2022 fordern sie 3 Milliarden Euro,

(Zuruf von der AfD: Ja, 2022!)

und ich frage Sie jetzt erneut - Sie teilen diese 3 Milliarden Euro grobschlächtig in zwei Kategorien ein ...

(Dr. Berndt [AfD]: Sie haben mir nicht zugehört!)

- Dann sagen Sie doch bitte ...

(Dr. Berndt [AfD]: Habe ich doch eben gesagt! Es geht um Steuererleichterungen!)

- Hier steht nichts von Steuerentlastungen. Soll ich das noch einmal vorlesen?

(Dr. Berndt [AfD]: Habe ich doch vorgelesen!)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Jetzt bitte ich darum, dass Herr Abgeordneter Keller ausreden kann.

Herr Abg. Keller (SPD):

Herr Berndt, ich sage es jetzt einfach erneut. Die einzige Frage, um die es hier geht, ist, ob man das - wie Sie sagen - alles hätte vorhersehen können - und die Antwort darauf sind Sie den Abgeordneten hier erneut schuldig geblieben.

Die einzige Frage, um die es geht, ist, ob Sie davon ausgehen, dass Ihr Antrag mit den Punkten, die auch keinen Darlegungszusammenhang herstellen - der die Einzelmaßnahmen nicht aufliest - verfassungskonform gewesen wäre.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Und wenn Sie ehrlich sind, die Abgeordneten heute nicht belügen wollen und ordentlich mit dem Urteil umgehen, dann ist die einzige Antwort, die Sie hier geben können, dass auch Ihr eigener Antrag zur damaligen Zeit nicht verfassungskonform gewesen wäre. Sie wussten es auch nicht besser. Die Freude, die Sie hier haben, ist überhaupt nicht berechtigt. Das sollten Sie einfach einmal anerkennen.

(Beifall SPD, B90/GRÜNE und Die Linke - Frau Kotré [AfD]: Nur dummes Zeug, Herr Keller!)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter Walter hat das Wort für die Fraktion Die Linke. Bitte.

Herr Abg. Walter (Die Linke):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob wir tatsächlich alle verstanden haben, in welcher Situation wir uns befinden und in welcher Situation sich das Land Brandenburg nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts gerade befindet.

Und ich finde, Herr Berndt, man fängt nicht damit an, sich hinzustellen und zu sagen: „Ich habe recht“.

(Dr. Berndt [AfD]: Habe ich nicht gemacht!)

Es geht darum, dass unter anderem gerade einige Tafeln, die Anträge gestellt hatten, die Nachricht erhalten haben, dass die finanziellen Mittel, die ihnen zugesagt worden sind, vorerst nicht ausgezahlt werden können.

(Dr. Berndt [AfD]: Hätte man anders haben können! Wir haben davor gewarnt!)

Soziale Vereine und Verbände - die soziale Infrastruktur, die die Hilfe, die wir miteinander beschlossen haben, dringend benötigt - haben Befürchtungen, weil sie nicht wissen, wann das Geld kommt.

Vielleicht reden wir heute darüber, wie wir ziemlich schnell - schleunigst - dahin kommen können, die soziale Infrastruktur in diesem Land zu sichern, indem wir die Hilfen, die wir zugesichert haben, auch auszahlen. Das muss doch heute - parteiübergreifend - das erste Thema sein.

(Beifall Die Linke sowie des Abgeordneten Pohle [SPD])

Und wissen Sie - zur AfD komme ich später -, ich will das einmal deutlich sagen: Das Verfassungsgericht hat ja nicht nur das Brandenburg-Paket für null und nichtig erklärt - übrigens nicht die Notlage und auch nicht die Hilfszahlungen an sich, aber das kann man Ihnen von der AfD zehnmal erklären; das passiert halt, wenn sich Verfassungsfeinde um die Verfassung kümmern wollen: Da zeigen Sie eben, dass Sie keine Ahnung haben, das zeigen Sie auch in dieser Debatte - ...

(Frau Kotré [AfD]: Das haben wir ja gerade gesehen!)

Was ich aber sagen will: Das Verfassungsgericht hat nicht kritisiert, dass wir helfen, sondern das Verfassungsgericht hat die Art und Weise - die Art und Weise -, wie dieses Gesetz, das Brandenburg-Paket, hier durchgebracht worden ist, kritisiert und hat Ihnen auch für Ihren Politikstil ein klares Stoppsignal gesendet.

Sie haben dieses Brandenburg-Paket nämlich gegen die Hinweise meiner Fraktion, meines Kollegen Ronny Kretschmer und des Landesrechnungshofes - und auch die Freien Wähler haben am Ende etwas gesagt, glaube ich - einfach durchgedrückt. Sie haben es nach dem Prinzip „Augen zu und durch, wir kriegen das schon alles hin“ durchgedrückt - und jetzt haben wir den Salat, sehr geehrte Damen und Herren!

(Beifall Die Linke)

Sie sind dafür verantwortlich, und deshalb ist es auch ein bisschen wohlfeil, wenn Sie dann erzählen: „Wir respektieren das Ergebnis des Verfassungsgerichts.“ - Also, sehr geehrte Damen und Herren, wo kämen wir denn hin, wenn der Landtag nicht einmal das Urteil des Verfassungsgerichts respektieren würde?

Und deshalb frage ich Sie ganz ehrlich: Haben Sie denn tatsächlich verstanden, was das Verfassungsgericht Ihnen gesagt hat?

(Beifall des Abgeordneten Dr. Zeschmann [AfD])

Denn Sie haben sich im RBB hingestellt, Frau Ministerin, und gesagt, es sei im Prinzip alles richtig gewesen, aber - ich zitiere wörtlich -: Da haben wir geschludert. - „Geschludert“!

(Lachen der Abgeordneten Dannenberg [Die Linke] und Dr. Zeschmann [AfD])

Frau Ministerin, Sie haben nicht geschludert, sondern ganz bewusst so gehandelt. Sie haben uns ganz bewusst ein halbes Jahr lang erklärt, wir hätten keine Notlage, wir bräuchten keine Hilfspakete - wir bräuchten das alles nicht.

Tatsächlich hätten wir dieses halbe Jahr nutzen können, um miteinander ein ordentliches Gesetz auf die Schiene zu bringen und den Menschen in diesem Land durchgehend zu helfen. Das wollten Sie nicht.

(Beifall Die Linke)

Deshalb sage ich Ihnen auch: Indem Sie monatlang gesagt haben: „Brauchen wir nicht, geht nicht; brauchen wir nicht, geht nicht“, haben Sie damals nach Gutsherrenart durchregieren wollen. Dann haben Sie gesagt: „Brauchen wir doch“, haben drei, vier Töpfe benannt - und dann haben wir gesagt: „Ja, was heißt das denn? Wir brauchen doch konkrete Maßnahmen.“

Was dann passiert ist, ist typisch für die Kenia-Koalition: Man setzt sich im Koalitionsausschuss zusammen und mit einem Mal - bums! - gibt es eine Pressemitteilung: 77 Maßnahmen

(Frau Dannenberg [Die Linke]: Genau! - Zuruf von der AfD: Wünsch dir was!)

ohne wirkliche Begründung. Und als wir sogar noch versucht haben, Ihnen mit unseren Anträgen beim Nachtragshaushalt dabei zu helfen, Begründungen zu finden, haben Sie uns erklärt: „Brauchen wir nicht - können wir alles alleine.“

Das Verfassungsgericht hat Ihnen nicht nur ein Stoppsignal gesendet, sondern Ihnen auch klargemacht: Schluss mit diesem Politikstil der Kenia-Koalition in Brandenburg!

(Beifall Die Linke sowie des Abgeordneten Dr. Zeschmann [AfD])

Und ja, mit Ihrer Selbstgefälligkeit riskieren Sie den sozialen Zusammenhalt. Sie riskieren Sicherheit, und Sie schaffen Chaos.

Sie haben mit dieser Auszahlungssperre bei einigen sozialen Trägern natürlich für Chaos gesorgt, und deshalb schlagen wir als Linksfaktion vor, dass wir zumindest versuchen, alles haushaltrechtlich Mögliche zu prüfen, um die Auszahlungssperre zumindest für die sozialen Träger - insbesondere die Tafeln - aufzuheben, damit wenigstens die möglichst schnell das Geld bekommen, denn die brauchen es eher gestern als morgen.

(Beifall Die Linke)

Jetzt geht es natürlich darum, dass wir versuchen, dieses Problem miteinander zu lösen. Wir haben unseren Entschließungsantrag vorgelegt - ja, der geht in eine ähnliche Richtung wie der der Koalition, das stimmt -, aber lassen Sie uns das jetzt bitte anders machen als vorher.

Denn was brauchen Sie außer einem Verfassungsgerichtsurteil denn noch, um zu verstehen, dass Sie politisch anders handeln müssen - dass Sie das Parlament also nicht zum Grüßenkel degradieren und wir im Finanzausschuss nicht die Situation haben dürfen, dass Koalitionsanträge von Mitarbeitern des Finanzministeriums erklärt werden müssen, weil die Koalitionäre nicht dazu in der Lage sind.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Zeschmann [AfD])

Also, lassen Sie uns dafür sorgen, dass es ein ordentliches Anhörungsverfahren gibt. Lassen Sie uns dafür sorgen, dass wir verfassungsrechtlich auf der sicheren Seite sind und zum Beispiel endlich einmal auf den Landesrechnungshof hören, anstatt einfach über ihn hinwegzugehen - denn nur weil Sie Mehrheiten haben, haben Sie noch lange nicht immer recht, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall Die Linke)

Zum zweiten Teil: Hier hat die Finanzministerin sehr viel Richtiges gesagt, muss ich sagen, denn der Grund, warum wir hier stehen, ist die Schuldenbremse - und das prägt ja auch die ganze Debatte.

Ich habe mich gerade gewundert, Herr Keller, was mit der SPD los ist - und dann habe ich kurz auf den Kalender geschaut und mir gedacht: Okay, es sind ja nur noch elf Wochen bis zur Wahl. Auf einmal entdeckt die Sozialdemokratie ihr sozialdemokratisches Herz wieder und will die Schuldenbremse abschaffen.

(Zurufe der Abgeordneten Keller und Scheetz [SPD])

- Also, wissen Sie, Herr Keller, wir haben das hier dreimal, viermal beantragt, und jedes Mal haben Sie uns erklärt: „Geht nicht, brauchen wir nicht, können wir nicht.“ Jetzt, kurz vor den Wahlen ...

(Keller [SPD]: Das stimmt nicht!)

- Na, dann beweisen Sie es doch. Dann können Sie unserem Entschließungsantrag doch völlig selbstverständlich zustimmen.

(Beifall Die Linke)

Und, wissen Sie, das gilt ja für die gesamte Kenia-Koalition: Auf der einen Seite erklären Sie - SPD und Grüne -, wir bräuchten keine Schuldenbremse mehr, wir müssten Sie zumindest reformieren, tun aber nichts; auf der anderen Seite sagt die CDU, dass wir die Schuldenbremse dringend brauchen.

Was Sie aber alle drei eint, ist, dass Sie seit Beginn dieser Koalition beweisen, dass die Schuldenbremse den Realitätstest nicht besteht, denn Sie tragen eine Landesregierung, die die Schuldenregeln von Beginn an jedes Mal umgangen hat. Sie beweisen also, dass diese Schuldenbremse abgeschafft werden muss.

Der Investitionsstau, den wir in diesem Land haben, liegt allein auf der Ebene des Bundes bei 1,3 Billionen Euro - und bei den Kommunen alleine bei 149 Milliarden Euro. Dabei geht es nicht darum, dass wir Schulden machen wollen, um - was weiß ich - goldene Laternen zu haben oder Milch und Honig fließen zu lassen, sondern es geht darum, dass es ordentlichen Wohnungsbau gibt, es geht darum, dass wir ordentlichen Bahnverkehr haben, es geht darum, dass wir eine ordentliche Infrastruktur in diesem Land haben, und es geht um Schulen und Kitas - und wir sehen, dass wir das mit dem jetzigen finanziellen Spielraum nicht angehen können und damit unsere Zukunft gefährden.

Deshalb lassen Sie uns heute endlich das Signal aussenden, dass diese Landesregierung handelt, dass dieser Landtag han-

delt und sich dafür einsetzen wird, diese Schuldenbremse abzuschaffen! Denn sie ist eine Gefahr für die Zukunft des Landes Brandenburg, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall Die Linke)

Wissen Sie, wenn Sie nicht auf mich hören, dann hören Sie auf Philipp Lahm!

(Heiterkeit)

In einer Zeit, in der selbst Philipp Lahm feststellt - jetzt im Zuge der Europameisterschaft, weil die Züge nicht pünktlich kommen -, dass es vielleicht einen Zusammenhang zwischen dem Sparen im Infrastrukturbereich und den zu späten Zügen gibt, in der mittlerweile auf allen möglichen Social-Media-Kanälen österreichische Fans immer wieder darüber reden, wie schlimm die Deutsche Bahn ist, und komische Lieder singen, wozu gestern noch die Nachricht hinzukam, dass die Deutsche Bahn Fernstrecken einstellen will, gerade im Osten Deutschlands, muss ich sagen: Da sehen wir, wohin diese Schuldenbremse führt.

Die Schuldenbremse ist auch eine Gefahr für die Demokratie, weil kein Mensch mehr versteht, dass einem jeden Tag, wenn es um Schulen geht, wenn es um die Deutsche Bahn geht, um Infrastruktur geht, jemand sagt: Wir haben kein Geld. - Doch am nächsten Tag hört man in den Nachrichten: 8,5 Milliarden Euro für Panzermunition, 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung über Nacht. - Das versteht doch kein Mensch mehr. Die Frage, wer das bezahlen soll, wird immer nur dann gestellt, wenn es um gute Infrastruktur geht, wenn es um gute Politik für die Menschen in diesem Land geht.

(Abgeordnete Spring-Räumschüssel [AfD] tritt an ein Saal-mikrofon.)

Deshalb muss die Schuldenbremse abgeschafft werden. So gewinnen wir auch wieder bei den Menschen in diesem Land Vertrauen zurück.

(Beifall Die Linke)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Herr Abg. Walter (Die Linke):

Nein. Zu Ihnen komme ich nämlich jetzt noch: Herr Berndt, ich weiß nicht, warum Sie sich hier eigentlich so mutig hinstellen, denn Sie könnten Herrn Kellers Fragen nicht an einer einzigen Stelle beantworten.

(Dr. Berndt [AfD]: Ich habe sie doch beantwortet!)

- Sie haben geredet, aber Sie haben die Fragen nicht beantwortet.

(Zuruf: Sie haben ihm nicht zugehört!)

Doch einen Punkt finde ich wirklich spannend: Sie sagen, wir hätten mit dem Brandenburg-Paket eine linksextreme Klientel gefördert. Das haben Sie gesagt.

(Dr. Berndt [AfD]: Nein, das habe ich nicht gesagt!)

Eine linksextreme Klientel.

(Zuruf von der Fraktion Die Linke: Natürlich! - Weitere Zurufe)

Dazu sage ich Ihnen: Wissen Sie, was völlig richtig war, unter anderem, erst über das Brandenburg-Paket, jetzt über den normalen Haushalt? - Dass wir die Kitagebühren gedeckelt haben. Wir hätten sie gern ganz abgeschafft. Das ist jetzt aber gar nicht der Rede wert. Wissen Sie, wenn das Ihre linksextreme Klientel ist, wenn es also schon linksextrem ist, dass wir gemeinsam Eltern entlasten wollen, wenn es linksextrem ist, zu wollen, dass gute Bildung kostenfrei ist,

(Hohloch [AfD]: Was hat denn das damit zu tun?!)

wenn es also linksextrem ist, wenn kleine Kinder mit drei, vier, fünf Jahren gemeinsam auf dem Spielplatz spielen und von Kita-betreuern betreut werden,

(Zuruf des Abgeordneten Hohloch [AfD])

dann, finde ich, sagt das deutlich mehr über Sie aus als über uns.

(Beifall Die Linke, SPD und B90/GRÜNE)

Es war richtig, dass dieses Land Menschen unterstützt hat. Da Sie über die Toleranzprojekte redeten, Herr Berndt, empfehle ich Ihnen dringend, mal an bestimmten Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen und sich nicht nur mit Ihrem Kubitschek-Kumpel oder Benedikt Kaiser oder wie die alle heißen zu beschäftigen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Berndt [AfD])

Tatsächlich empfehle ich Ihnen dringend, sich mal davon frei zu machen und auch mal kulturelle Angebote anzunehmen, denn dann würden Sie verstehen, Herr Berndt: Hass macht hässlich. - Das, was Sie brauchen, ist Solidarität, das, was Sie brauchen, ist Offenheit,

(Hohloch [AfD]: Das, was Sie brauchen, sind Wählerstimmen!)

das, was Sie brauchen, ist tatsächlich deutlich mehr Menschlichkeit.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Berndt [AfD])

Denn dann würden Sie hier ganz anders auftreten, Herr Dr. Berndt. Sie versuchen, Fake News zu verbreiten - das haben Sie heute mehrfach getan. Sie haben keine Ahnung von der Verfassung. Sie können anscheinend nicht einmal ein Verfassungsgerichtsurteil lesen - auch das haben Sie bewiesen.

(Dr. Berndt [AfD]: Natürlich nicht!)

Uns als Linken geht es darum,

(Beifall Die Linke, SPD und B90/GRÜNE)

jetzt gemeinsam mit der Koalition dafür zu sorgen, dass die versprochenen Mittel möglichst schnell ausgereicht werden können, möglichst schnell zu den Menschen kommen und dass es tatsächlich zu einer ordentlichen Entlastung kommt. Dafür braucht es aber einen anderen Politikstil. Dazu sind wir als Linke bereit - ich hoffe, Sie als Koalition endlich auch. - Vielen Dank.

(Beifall Die Linke sowie vereinzelt SPD)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Herr Abgeordneter Dr. Redmann hat das Wort für die CDU-Fraktion. Bitte.

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Walter, Ihre Kritik wäre ein ganzes Stückchen glaubwürdiger, wenn Sie die Größe besessen hätten, auch darauf hinzuweisen, dass Sie selbst mit Ihren Vorschlägen zur Krisenbewältigung grob neben der Rechtsprechung des Landesverfassungsgerichts lagen.

Mir ist der Gesetzentwurf der Linken noch einmal in die Hände gefallen, in dem Sie Coronamittel umwidmen wollten, Kreditlinien, die für eine ganz andere Krise bereitgestellt worden waren, um etwas gegen die Auswirkungen der Ukrainekrise zu tun. Es gab erst gestern ein Urteil des Landesverfassungsgerichtes in Thüringen, das sich auf einer ähnlichen Linie wie das Urteil in Brandenburg bewegt, sich aber mit den Coronamitteln beschäftigt. Sie wären krachend gescheitert. Das zumindest anzusprechen und einzugehen, hätte Ihre Kritik an der Koalition glaubwürdiger gemacht.

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE - Zuruf der Abgeordneten Dannenberg [Die Linke])

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter?

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Gern.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter Walter, bitte.

Herr Abg. Walter (Die Linke):

Herr Dr. Redmann, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zu lassen. Ich habe gerade ein Déjà-vu, denn Sie haben genau diese Debatte in diesem Landtag an anderer Stelle schon einmal geführt, und ich will Sie daran erinnern oder noch einmal wiederholen, was ich damals gesagt habe.

Erstens: Ja, wir haben im Nachhinein - das war ja einer der allerersten Anträge,

(Zuruf von der AfD: Ach!)

die wir dazu gestellt haben - feststellen müssen, dass unser Ansatz falsch war. Das haben wir auch hier, in diesem Saal, gesagt; ich persönlich habe das mindestens zweimal gesagt. Können Sie nichtsdestotrotz Ihrerseits vielleicht feststellen, dass Die Linke - anscheinend im Gegensatz zur Koalition - vor dem Beschluss des Brandenburg-Pakets einen anderen Vorschlag eingebracht hat? Nämlich kein Sondervermögen aufzunehmen und keine Coronamittel zu nutzen, sondern - ähnlich, wie es die Koalition dann gemacht hat - hier ein Paket zu schnüren, um tatsächlich zu helfen. Denn wir haben im Gegensatz zur Koalition auf Hinweise von VerfassungsrechtlerInnen und von Ihnen, Herr Dr. Redmann, gehört. Warum haben Sie das dann eigentlich selbst nicht umgesetzt? - Vielen Dank.

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Vielen Dank, dass Sie die Gelegenheit genutzt haben, Herr Kollege Walter, noch einmal klarzustellen, dass auch Ihr Ansatz, mit dem Gesetzentwurf die Coronamittel zweckzuentfremden, fehlgegangen wäre.

(Walter [Die Linke]: Der erste!)

Das hätte auch nicht funktioniert. Ich glaube, in dieser Debatte gehört das zumindest zur Aufklärung, wenn wir hier den ganzen Prozess der Gesetzgebung mit aufarbeiten.

(Zuruf der Abgeordneten Dannenberg [Die Linke])

Bei anderer Gelegenheit können Sie gern noch auf das Finanzministerium zugehen - mit dem Hinweis darauf, welche Tafeln genau angeblich seit dem Urteil des Verfassungsgerichtes auf dem Trockenen sitzen. So etwas ist dem Finanzministerium nämlich laut der Antwort auf meine Rückfrage nicht bekannt.

(Beifall CDU und SPD sowie vereinzelt B90/GRÜNE)

Meine Damen und Herren, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hatte und hat erhebliche Auswirkungen auf Brandenburg, insbesondere auf die Energieversorgung, auf die Energiepreise, aber natürlich auch in Bezug auf die Unterbringung von vielen Flüchtlingen, die zum Großteil immer noch in Brandenburg und in Deutschland sind.

Wir mussten Kommunen unterstützen, Krankenhäuser, Schulen, Unternehmen, Vereine. In vielen Bereichen wurde Unterstützung gefordert, und wir haben mit dem Brandenburg-Paket reagiert. Zwei Milliarden Euro Entlastungsvolumen sind nicht wenig, aber die Folgen des Ukrainekriegs - auch für Brandenburg - waren auch nicht gering. Auch wenn die Ziele richtig waren, der Weg war es nicht. Wir haben Gutes gewollt, aber Fehler bei der Umsetzung gemacht. Jetzt ist es wichtig, die richtigen Schlüsse und Konsequenzen aus dem Urteil zu ziehen.

Erstens: das Urteil zu akzeptieren, es anzuerkennen - ohne Wenn und Aber.

(Beifall CDU und SPD - Zuruf der Abgeordneten Dannenberg [Die Linke])

Und nein, wir würden es nicht wieder genauso machen. Denn das Verfassungsgericht hat uns klar ins Stammbuch geschrieben, dass der Veranlassungszusammenhang ins Gesetz gehört, wenn man Notlagenkredite aufnimmt. Dieser Veranlassungszusammenhang ist auch hergestellt worden, zum Beispiel im Zusammenhang mit den Bewilligungsbeschlüssen des Haushaltsausschusses. Bei jeder einzelnen Maßnahme musste begründet werden, warum sie aufgrund der Notlage erforderlich ist, aber es stand nicht im Gesetz und war somit nicht vom Verfassungsgericht überprüfbar. Das wurde uns ins Stammbuch geschrieben und ist für die Zukunft zu berücksichtigen.

Ich will an dieser Stelle auch sagen, ich teile Katrin Langes Einschätzung nicht ganz. Ich glaube, dass wir auch künftig in der Lage sein werden, den Anforderungen des Verfassungsgerichts, insbesondere was die Darstellung der Geeignetheit von Maßnahmen angeht, gesetzgeberisch gerecht zu werden, wenn es notwendig ist. Es bedeutet aber mehr Arbeit für diesen Landtag, es bedeutet mehr Aufwand unter großem Druck in einer Krisenlage - das ist vollkommen klar. Aber wir werden das hinkriegen, wenn es denn nötig werden sollte. Ich hoffe sehr, dass die Notwendigkeit nicht bestehen wird.

Zweitens: Wir müssen reagieren. Uns liegt heute ein Entschließungsantrag vor, und dieser Entschließungsantrag enthält einen klaren Auftrag an die Landesregierung, Fehler zu beheben und einen Nachtragshaushalt aufzustellen. Darin wird natürlich sichergestellt, dass die schon bewilligten Maßnahmen letztendlich auch ausfinanziert werden.

Drittens: Wir müssen uns, gerade was die Zukunft angeht, konzentrieren. Wir müssen klare Prioritäten setzen, denn was Brandenburg jetzt wirklich braucht, sind Dynamik und Wachstum.

Wir haben eine neue Realität: Wir haben eine andere wirtschaftliche Lage - insbesondere auch wegen der Politik der Ampel im Bund. Unser Wirtschaftswachstum stagniert gegenwärtig. Die Stimmung bei den Unternehmen im Land ist sehr schlecht. Wer sich in diesen Tagen einmal erkundigt, wird hören, dass immer mehr Unternehmen abwandern wollen.

(Dr. Zeschmann [AfD]: Ach!)

Der BDI hat kürzlich eine Studie vorgelegt - 30 % aller Mittelstandsunternehmen wollen ihre Produktion oder ihre Arbeitsplätze zum Teil ins Ausland verlagern. Die Zahl der Insolvenzen ist gestiegen - im Jahr 2023 um 17 % und in den ersten sechs Monaten des Jahres 2024 sogar um 30 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Das ist die wirtschaftliche Realität, und die wird natürlich Auswirkungen haben, denn wenn man Geld ausgeben will, muss man es zunächst einnehmen. Einnahmen sind Steuereinnahmen, die umso höher ausfallen, je höher das Wirtschaftswachstum in einem Land ist. Dass wir in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten hier im Hause Steuermehreinnahmen verteilen konnten, liegt daran, dass sich die Wirtschaft in Brandenburg in der Vergangenheit gut entwickelt hat.

Wenn wir auch in Zukunft für all die Sachen, die uns wichtig sind, Geld haben wollen, müssen wir zuallererst dafür sorgen, dass das Wirtschaftswachstum in diesem Land angekurbelt wird!

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Bitte.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Bitte, Herr Dr. Zeschmann.

Herr Abg. Dr. Zeschmann (AfD):

Vielen Dank, Herr Dr. Redmann, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Sie haben es eben aufgezählt und bestätigt: In der Regierungszeit Ihrer Kenia-Koalition ist die Zahl der Insolvenzen gestiegen, die Abwanderungen sind mehr geworden und die Arbeitslosigkeit ist jetzt höher. Das alles haben Sie aufgeführt. Deswegen frage ich Sie vorsichtshalber, wer denn in den letzten fünf Jahren hier regiert hat und für diese Veränderungen die Verantwortung trägt.

(Vereinzelt Beifall AfD - Unmut bei der CDU)

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Ihnen ist bestimmt nicht entgangen, dass Brandenburg ein deutsches Bundesland ist - und ich glaube, es trägt zur Erhellung bei, wenn man die verschiedenen Bundesländer vergleicht. Brandenburg hat sich im Vergleich sicherlich nicht schlecht geschlagen. Sie wissen, dass wir gemeinsam einige große Ansiedlungen ermöglicht haben.

Die negativen Auswirkungen, die wir gegenwärtig haben, sind primär auf veränderte Rahmenbedingungen zurückzuführen. Das hat vor allem die Ampelregierung im Bund zu verantworten.

(Hohloch [AfD]: Ja ja, und Merkel - nicht zu vergessen!)

Meine Damen und Herren, ich finde es falsch, an dieser Stelle über eine Aufhebung der Schuldenbremse zu diskutieren. Ich halte das für eine Ablenkungsdebatte: Anstatt zu handeln, folgt man dem Prinzip Hoffnung - die Hoffnung auf eine Grundgesetzänderung, für die es nicht einmal in der Ampel im Bund eine Mehrheit gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Keller [SPD])

Wir müssen eine ehrliche Bestandsaufnahme durchführen und priorisieren. Wir brauchen eine Aufgabenkritik: Was können wir uns noch leisten? Die Alles-muss-kostenlos-sein-Mentalität kann es in Zukunft sicherlich nicht mehr geben.

(Lachen der Abgeordneten Dannenberg [Die Linke])

Vorrang für Investitionen im regulären Haushalt - das muss der Maßstab für die Zukunft sein.

(Zuruf des Abgeordneten Vida [BVB/FW Gruppe])

Es ist doch nicht fair, dass wir die Reparatur der Straßen und Brücken, die wir abnutzen und verschleißt, unseren Kindern in Rechnung stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Vida [BVB/FW Gruppe])

Und ja, bessere Bildung ist wichtig - jede Investition in bessere Bildung ist lohnenswert. Wenn man aber den Schülerinnen und Schülern gleichzeitig einen Schultschlüssel in den Ranzen steckt - das ist unfair, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU - Zuruf der Abgeordneten Dannenberg [Die Linke])

Wir alle haben eine gute Bildung genossen. Wir konnten Schulen und Universitäten besuchen. Unsere Eltern haben uns dies finanziert - mit den Steuern, die sie damals gezahlt haben. Warum sollten wir es künftig anders handhaben?

(Beifall des Abgeordneten Dr. Berndt [AfD])

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Gestatten Sie noch einmal eine Zwischenfrage?

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Ja.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter Domres, bitte.

(Zuruf der Abgeordneten Dannenberg [Die Linke])

Herr Abg. Domres (Die Linke):

Frau Präsidentin! Herr Kollege Redmann, eben haben Sie Ihre Position zur Schuldenbremse dargelegt. Nun wurde vorhin darauf abgehoben - das war der Kollege Keller, glaube ich, und meine Fraktion -, dass sich Ministerpräsident Kretschmer und auch der Regierende Bürgermeister Wegner für eine Reform der Schuldenbremse aussprechen. Können Sie mir erklären, warum sich die beiden CDU-Regierungschefs dafür aussprechen und Sie explizit dagegen sind?

(Walter [Die Linke]: Weil die regieren!)

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Sie reißen die Äußerungen der beiden Regierungschefs aus dem Zusammenhang.

(Lachen der Abgeordneten Johlige und Walter [Die Linke])

Wenn Sie es sich ganz genau ansehen, finden Sie bei all den Äußerungen immer den Hinweis, dass es zuerst einer Aufgabenkritik bedarf - dass wir mehr auf Investitionen statt auf Konsumtion setzen sollen. Dieser Maßstab gilt in allen Bundesländern.

(Beifall CDU - Walter [Die Linke]: Was?!)

Meine Damen und Herren, das Urteil des Verfassungsgerichts steht nicht nur für eine Korrektur des Brandenburg-Pakets - es ist für die Haushaltspolitik dieses Landes zugleich ein Wendepunkt. Alle Fraktionen in diesem und im kommenden Landtag müssen sich darauf einstellen: Künftige Haushalte werden unter anderen Vorzeichen als in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten aufgestellt. Es geht nicht mehr allein darum, Haushaltsüberschüsse zu verteilen. Wir brauchen Priorisierung und Konzentration auf das Wesentliche - und das ist Wirtschaftswachstum. - Vielen Dank.

(Beifall CDU sowie vereinzelt SPD)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Herr Abgeordneter Vida hat für die Gruppe BVB / FREIE WÄHLER das Wort. Bitte.

Herr Abg. Vida (BVB/FW Gruppe):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Man mag sich die Frage stellen: Warum stehen wir eigentlich hier - weil eine Sondersitzung einberufen wurde? Weil das Landesverfassungsgericht eine Entscheidung über das Brandenburg-Paket getroffen hat? Weil die AfD geklagt hat?

(Heiterkeit des Abgeordneten Hohloch [AfD])

All das ist nicht der eigentliche Grund. Wir stehen hier, weil die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen nicht dazulernen können, nicht dazulernen wollen und immer wieder dieselben Fehler machen.

(Beifall BVB/FW Gruppe sowie der Abgeordneten Spring-Räumschüssel und Dr. Zeschmann [AfD])

Meine Damen und Herren, bereits im Herbst 2022, als der Doppelhaushalt 2023/2024 beraten wurde, haben nicht nur wir, sondern auch andere darauf hingewiesen, dass die im Zusammenhang mit dem Brandenburg-Paket vorgesehene Kreditaufnahme und die damit einhergehenden Ausgaben rechtlich höchst fragwürdig sind.

Im Dezember 2022 haben wir hier in diesem Saal über die aus unserer Sicht rechtswidrige Umgehung der Schuldenbremse und den vorgelegten Haushaltsgesetzentwurf debattiert. Auch der Landesrechnungshof hat Ihnen mehr als einmal ins Stammbuch geschrieben, wie ein Haushalt ordentlich aufzustellen ist - mit konkreten Hinweisen, die Sie alle in den Wind geschlagen haben.

(Beifall BVB/FW Gruppe)

Insofern ist es wohlfeil, heute Entschließungsanträge einzubringen und zu sagen, wie respektvoll, ehrfürchtig und andächtig man angesichts der Rechtsprechung des Landesverfassungsgerichts ist. All das hätte man schon vorher haben können - und man hätte dementsprechend etwas demütiger an die Sache herangehen können.

So stehen wir nun knapp zwei Jahre später hier, weil Sie, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung und der sehr verehrten

Kenia-Fraktionen, nicht zuhören wollen und diesen verfassungswidrigen Doppelhaushalt mit Ihrer Mehrheit gegen jede Vernunft beschlossen haben.

Sie wollten Ihr Ausgabeverhalten nicht ändern und nicht mäßigen. Die Umsetzung der Wunschprojekte Ihrer Koalition war Ihnen wichtiger als ein verfassungskonformer Haushalt. Das ist nicht meine Meinung - das ist ein Befund.

(Beifall BVB/FW Gruppe)

Daher brauchen Sie heute auch nicht so zu tun, als käme das alles total überraschend und als wären Sie angesichts der Rechtsprechung andächtig und erstarrt. Die mahnenden Stimmen des Landesrechnungshofs und der Opposition haben Sie alle nicht ernst genommen - das war ja noch vorhersehbar. So neu sind wir nicht auf der Welt, dass wir damit nicht rechnen.

Doch Sie haben nicht einmal auf das höchste Gericht, das Bundesverfassungsgericht, gehört. Nach seinem Urteil haben Sie verkündet: Das ist nicht auf uns anwendbar. - Mit einer angeblichen Notlage begründeten Sie die Kreditaufnahme - für Dinge, die mit der Notlage nichts zu tun haben. Auf gut Deutsch ist das nichts anderes als ein offensichtlicher Vorwand zur Umgehung der Schuldenbremse oder - noch deutlicher - eine Trickserei auf Kosten der derzeitigen und zukünftigen Steuerzahler.

(Beifall BVB/FW Gruppe)

Nachdem das Bundesverfassungsgericht gesprochen hatte, gab es hier die nächste Debatte - über die Auswirkungen des Urteils auf Brandenburg. Der erste Reflex war: Das ist auf uns nicht anwendbar. - Sie haben nicht gesagt, dass wir eine Exklave sind und das Grundgesetz hier nicht anwendbar ist. So weit ging es nicht. Aber es hieß: Das Urteil betrifft uns überhaupt nicht. Hier gibt es nichts zu sehen, bitte weitergehen!

(Zuruf von Ministerin Lange)

Die angebotene Lösung war dann, alles für 2024 eben doch zu beschließen oder noch einmal zu beschließen. Wieder hörten Sie nicht auf die konstruktiven Hinweise und Warnungen der Opposition.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter?

Herr Abg. Vida (BVB/FW Gruppe):

Bitte schön.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Bitte schön, Herr Abgeordneter Bretz.

Herr Abg. Bretz (CDU):

Danke, Herr Kollege Vida, dass Sie die Frage zulassen. Ich war bei den Gesprächen und Debatten hier im Landtag anwesend,

und ich kann mich erinnern, dass alle Redner der Koalitionsfraktionen - unter anderem auch ich - gesagt haben, dass wir selbstverständlich die Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts berücksichtigen müssen und dass sich daraus Handlungsbedarf ergibt. Dieser Handlungsbedarf hat sich dann auch in einem Nachtragshaushaltsgesetz niedergeschlagen.

Meine Frage lautet: Würden Sie bitte so aufrichtig sein und hier nicht das Gegenteil behaupten? Uns war klar, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichts Auswirkungen hat - deshalb haben wir ja diese Handlungen vorgenommen. Insofern stimmt die von Ihnen getätigte Aussage nicht.

(Vereinzelt Beifall SPD und B90/GRÜNE)

Herr Abg. Vida (BVB/FW Gruppe):

Sie bekommen selten Applaus für Fragen, aber in der Koalition geht sogar das.

(Lachen des Abgeordneten Walter [Die Linke] - Dr. Berndt [AfD]: Das war doch keine Frage!)

Nageln Sie mich da nicht fest - ich glaube, nach Jesaja, Kapitel 5, Vers 7 heißt es:

„Er hoffte auf Rechtsspruch - doch siehe da: Rechtsbruch, und auf Gerechtigkeit - doch siehe da: Der Rechtlose schreit.“

Sie haben damals keine Demut vor dem Urteil gezeigt. Die Ministerin hat sich hingestellt und erklärt: Das trifft uns erst einmal nicht; das muss man nicht so hektisch sehen; das kriegen wir alles geregelt. - Wenn Sie jetzt Demut gezeigt hätten, wüssten Sie: Genau das steht als Nächstes drin, was wir damals gesagt haben und was wir auch mit vorgeschlagen haben.

Die einzige Person, die sich immer selbst zitiert, ist nicht mehr Abgeordnete, sondern Polizeibeauftragte. Insofern möchte ich mich zurückhalten und komme gerne zur inhaltlichen Beantwortung.

(Heiterkeit der Abgeordneten Wernicke [BVB/FW Gruppe])

Gerade in Reaktion darauf, dass man das alles nicht so locker und leicht nehmen kann, haben wir gesagt, dass man vorausschauend handeln und den Nachtragshaushalt auf den Weg bringen muss. Aber was muss man beim Nachtragshaushalt machen? - Man muss die grünen Traumprojekte, die Sie zähneknirschend auf den Parteitagen und bei den Stammtischen Ihrer Partei immer wieder kritisieren und die Sie hier - olympiareife Ruderkünste zeigend - dann doch mitbeschließen, einfach einmal ad acta legen.

(Heiterkeit des Abgeordneten Kubitzki [AfD])

Diese Projekte bringen uns nicht nur in eine politische Notlage, sondern auch in eine wirtschaftliche und moralische Notlage. Sie müssen diese überwinden und endlich einmal politische Konsequenzen daraus ziehen.

(Beifall BVB/FW Gruppe - Lachen des Abgeordneten Raschke [B90/GRÜNE] sowie Zuruf: Péter!)

Es reicht nicht, das nur festzustellen; da sind wir sogar beisammen. Vielmehr muss man Konsequenzen daraus ziehen, die weit darüber hinausgehen.

Deswegen sehen wir die Verantwortung für diesen ganzen Schlamassel nicht nur bei der Finanzministerin - wir machen hier kein Finger Pointing. Sie ist sicherlich mitverantwortlich, keine Frage - das kann sie auch ab. Doch auch Ministerpräsident Woidke trägt hier Mitschuld und Mitverantwortung. Auch alle Landtagsabgeordneten von SPD, CDU und Grünen, die seinerzeit nicht zuhören wollten und diese rechtswidrige Kreditaufnahme beschlossen haben, sind ebenfalls mitverantwortlich.

(Beifall BVB/FW Gruppe sowie des Abgeordneten Münschke [AfD])

Daher werden wir auch dem Entschließungsantrag der AfD nicht zustimmen, der die Finanzministerin zum alleinigen Sündenbock für den verfassungswidrigen Haushalt machen soll - zumal die Neubesetzung dieser Stelle angesichts der kommenden Wahlen ohnehin nicht sinnvoll ist. Wir werden dem Antrag auch deswegen nicht zustimmen, weil die AfD ganz deutlich macht, dass sie nur einen beliebigen, selektiven Respekt vor Verfassungsorganen zeigt.

(Abgeordneter Bretz [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Herr Abg. Vida (BVB/FW Gruppe):

Nein, danke, ich denke, wir haben uns ausgetauscht.

Ich kann mich noch an den Dezember 2023 erinnern, als das Verfassungsgericht zu einer Entscheidung gekommen ist, die der AfD nicht geschmeckt hat. Damals hieß es: Das ist alles Teil der Kaste, Teil des Systems.

(Stefke [BVB/FW Gruppe]: Genau!)

Das sind alles keine unabhängigen Richter.

(Dr. Berndt [AfD]: Stimmt!)

Jetzt heißt es: Siehe da, was wir erkämpft haben! - Genau das ist der Unterschied, meine Damen und Herren. Wir haben wahrlich auch einige Entscheidungen vom Verfassungsgericht kassiert, die uns nicht gefallen haben - bei Gott. Aber es gibt einen Unterschied zwischen einer juristischen Kritik, dem Vertreten von Interessen und dem Respekt vor der Institution.

(Beifall BVB/FW Gruppe sowie vereinzelt SPD und CDU - Zuruf des Abgeordneten Münschke [AfD])

Das ist der Unterschied zwischen politischer Auseinandersetzung und rechtsstaatlichem Konsens, dem Sie sich entziehen. Deshalb kann man diesem Antrag nicht ernsthaft zustimmen - schon aufgrund Ihres eigenen Verhaltens, auch wenn man Ihre Maßstäbe ansetzen würde, was wir nicht tun. Dies zeigt nämlich: Selektiver Respekt vor einem Gericht ist Heuchelei, und da kann

keiner mitmachen, der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit hochhalten will.

(Beifall BVB/FW Gruppe sowie vereinzelt SPD, CDU und B90/GRÜNE - Dr. Berndt [AfD]: Sie trauen sich einfach nicht!)

Meine Damen und Herren, die Verantwortung müssen stattdessen alle tragen, die dabei mitgemacht haben. Das war kein Alleingang einer einzelnen Person. SPD, CDU und Grüne haben das so beschlossen, und es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass der Rechtsbruch beendet und der Schaden begrenzt wird.

Im September, nicht einmal in drei Monaten, haben dann die Wähler in Brandenburg die Chance, die Verantwortlichen politisch zur Rechenschaft zu ziehen

(Münschke [AfD]: Machen sie!)

und entsprechend zu wählen. Sie müssen, meine Damen und Herren, niemanden wählen, der seit Jahren oder seit Jahrzehnten nicht zuhört, nicht lernt und der nicht in der Lage ist, aus Urteilen im Bund oder in anderen Bundesländern Schlüsse auf die Rechtmäßigkeit eigenen Verhaltens zu ziehen.

Sich heute hinzustellen und zu sagen, für welche Investitionen man Geld brauche, während in der Koalition mindestens ein Partner dabei ist, der schon am Anfang erklärt hat, dass wir keine neuen Straßen oder Brücken in Brandenburg bräuchten - der die Brücke in Brandenburg an der Havel torpediert -, und der Ortsumgehungsstraßen und andere Straßen nicht will, weil man damit nur Verkehr ernten würde ... - Machen Sie sich frei, SPD und CDU, und machen Sie sich ehrlich! Der Blockierer für infrastrukturelle Maßnahmen sitzt in Ihrer Koalition und nimmt Sie in Geiselhaft. So ist das.

(Beifall BVB/FW Gruppe)

Genau deswegen haben wir als BVB / FREIE WÄHLER uns immer auf die Seite der Verfassung und der betroffenen Bürger gestellt. Deswegen erhielten wir entgegen aller Vorhersagen und Unkenrufe bei den Wahlen vor zwei, drei Wochen auch deutlich mehr Stimmen als im Jahr 2019 - im Gegensatz zu den Parteien, die am stärksten dem grünen Zeitgeist hinterherrennen und die damit das Land spalten und auch schwächen.

(Beifall des Abgeordneten Stefke [BVB/FW Gruppe])

Mir fällt dazu der Spruch ein: Für doppelt oft moralisch hält, wer doppelter Moral verfällt. - Ihre Doppelstandards sind inzwischen nur noch schwer erträglich, und wenn es nicht so traurig wäre, wäre es zum Lachen legendär. Einerseits rennen Sie dem grünen Zeitgeist hinterher, für den Deutschland weltweit meistens belächelt wird, der nachweislich die eigenen Industrieinteressen, die eigenen Infrastrukturinteressen mehr und mehr kaputt macht und der das Leben der Bürger verteuert. Andererseits zerstören Sie Ihre eigene Glaubwürdigkeit, indem Sie sehenden Auges verfassungswidrige Haushalte beschließen und damit die Axt an das Vertrauen in Rechtsstaat und Demokratie legen.

Wenn sich dann die Bürger scharnweise von Ihnen abwenden, tun Sie überrascht, verstehen es nicht und - jetzt kommt das

i-Tüpfelchen - geben anderen die Schuld für die von Ihnen verursachte Misere. Und wenn das nicht passt, meine Damen und Herren - wir kennen das hier -, schreien Sie „Populismus!“ hier, „Populismus!“ da.

Doch wenn man sich des ursprünglichen Sinnes dieses Wortes entsinnt und den Urkern als das Edelste der Demokratie, nämlich das Volk, begreift, dann können Sie uns gerne so brandmarken. Denn dann sehen wir uns im ursprünglichen Sinne des Wortes gerne als Mitte-Populisten. Wir arbeiten sachlich und solide für die Mitte der hart arbeitenden Bevölkerung

(Beifall BVB/FW Gruppe - Oh! bei SPD und CDU)

und haben kein Problem damit, uns dabei gut zu verkaufen und auch einmal deutlich zu werden - auch wenn es der Regierung oder Ihnen nicht passt, meine Damen und Herren.

Wenn wir schon dabei sind, über Populismus zu reden und Ihre Populismusanwürfe zu thematisieren,

(Zuruf des Abgeordneten Hohloch [AfD])

dann muss man auch nicht weit schauen, sondern dieser Tage in den Barnim und dort nach Panketal schauen. Dort hat sich ein SPD-Genosse in der Zeitung darüber aufgeregt, dass die Bürger nicht die SPD gewählt haben, und erklärt: Obwohl wir seit 30 Jahren Demokratieerziehung betreiben,

(Lachen des Abgeordneten Dr. Zeschmann [AfD])

haben die Menschen anders gewählt. Das kann man nur schwer ertragen.

(Lachen und Beifall BVB/FW Gruppe und AfD)

Wer so respektlos über den Wähler spricht, zeigt einmal mehr, wes Geistes Kind er ist. Das ist ein paternalistischer Politikansatz nach dem Motto „Wir wissen, was gut für die Menschen ist, auch wenn sie selbst zu doof sind, es zu erkennen“. - Unerträglich ist das, meine Damen und Herren.

(Beifall BVB/FW Gruppe und AfD)

Und wenn wir schon dabei sind - wir haben heute auch die Rituale gesehen -: Die vielbeschworene Brandmauer zur AfD gilt bei der SPD immer nur dann, wenn sie anderen schadet. Wenn man sich aber, wie vorgestern geschehen, als SPD-Kandidat mit entscheidungserheblichen Stimmen der AfD zum Vorsitz in der Gemeindevertretung wählen lassen kann,

(Zurufe von der AfD: Ach! Nein!)

es billigend in Kauf nimmt und sich bedankt und sich revanchiert, es also goutiert, und der SPD-Bürgermeister dies dann auch noch rechtfertigt, während sich dann die „Märkische Oderzeitung“ lieber an BVB abarbeitet ...

(Oh! bei der SPD)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter, würden Sie vielleicht beim Thema bleiben? - Sie schweifen sehr weit ab, muss ich sagen.

(Lachen bei der AfD)

Herr Abg. Vida (BVB/FW Gruppe):

Ja, ich glaube, dass das sehr gut zum Thema passt.

(Raschke [B90/GRÜNE]: Ist das der Kurs für die nächsten Wochen?)

Sie haben so geredet und anders gehandelt. Sie haben Einzelnes eingefordert, was immer nur für andere und nie für Sie selbst gilt. Das ist, ehrlich gesagt, unbegreiflich und auch unmoralisch.

(Beifall BVB/FW Gruppe)

Meine Damen und Herren, dieses Beispiel zeigt einmal mehr: Brandenburg braucht einen Wandel, nicht nur für den Haushalt, sondern auch für den Respekt vor der Verfassung. In Landtag und Regierung muss endlich wieder Respekt nicht nur vor der Verfassung, sondern auch vor dem Bürgerwillen einziehen. Genauso deswegen haben Sie in drei Monaten nicht einfach nur eine Wahl, sondern eine Auswahl - zwischen nicht lernfähigem faulem Obst und frischem kräftigem Orange.

(Frau Dannenberg [Die Linke]: Ey, ist das hier eine Wahlkampfveranstaltung? - Zuruf von der SPD)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Jetzt wird es wirklich Wahlkampf, Herr Abgeordneter Vida. Das ist nicht fair und entspricht nicht dem Thema dieses Tagesordnungspunktes.

Herr Abg. Vida (BVB/FW Gruppe):

Denn für uns zählt der Bürgerwille ebenso wie die Verfassung. - Vielen Dank.

(Beifall BVB/FW Gruppe)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Das Wort geht an Herrn Abgeordneten Raschke für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall B90/GRÜNE)

Herr Abg. Raschke (B90/GRÜNE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Gäste! Werte Abgeordnete! Der Angriff Putins

(Drenske [AfD]: Au!)

auf die Ukraine hat Leid und Tod über die Ukraine gebracht, die Weltordnung angegriffen und hat auch Auswirkungen auf unser aller Leben. Der Angriff hat eine Notlage in Brandenburg verursacht, und diese Landesregierung, dieser Landtag hat ein großes Paket geschnürt, um die Notlage abzumildern, um die Auswirkungen auf unser aller Leben abzumildern: das Brandenburg-Paket.

Letzte Woche Freitag hat das Landesverfassungsgericht auf Antrag der AfD über das Brandenburg-Paket geurteilt, es klar für nichtig erklärt und dies auch begründet. Das Zauberwort heißt Veranlassungszusammenhang.

(Hohloch [AfD]: Das „Zauberwort“!)

Das Gericht hat - aus meiner Sicht auch zu Recht; großer Respekt gegenüber dem Gericht - verlangt: Ein Gesetzgeber muss, wenn er in einer Notlage Kredite aufnimmt, genau darlegen, welche Maßnahmen er ergreift, warum diese Maßnahmen ergriffen werden und wie sie geeignet sind, die Notlage zu bewältigen und künftigen Notlagen vorzubeugen. Je später man die Kredite aufnimmt, umso größer sind die Nachweispflichten, weil man als Parlament Zeit hatte, dies genau zu begründen.

Genau hier liegt der Fehler. Genau hier waren wir als Gesetzgeber in unseren Ausführungen nicht detailliert genug. Wir haben im Gesetzestext nicht ausreichend begründet, wie das Gesamtpaket der Maßnahmen wirkt, um die Krise in Brandenburg abzumildern. Diesen Fehler haben wir gemacht. Diesen Fehler muss man zugestehen, und diesen Fehler gestehen wir auch zu.

Was hat das Gericht noch festgestellt? - Ich möchte Ihr Augenmerk auf drei Dinge lenken:

Erstens. Das Gericht hat festgestellt, dass keine Rückabwicklungspläne bestehen. Alles, was 2023 an Hilfsmaßnahmen beschlossen wurde, wofür Geld ausgegeben wurde und was das Land unterstützt hat, ist ausgegeben und beschlossen. Nichts davon muss zurückgezahlt werden.

Zweitens. Es war richtig, die Notlage zu erklären, auch die Summe war richtig. Das Verfassungsgericht sagt, diese 2 Milliarden Euro seien nicht unplausibel gewesen. Ich sage das deswegen, weil es hier im Raum auch den lauten Ruf nach 3 oder 5 Milliarden Euro gegeben hat. Wir haben dieser Versuchung widerstanden und gesagt: 2 Milliarden Euro sind das Maß, welches wir als Höchstes ansetzen. Das Gericht sagt, dies sei nicht unplausibel. Es war also richtig so.

(Beifall B90/GRÜNE sowie der Abgeordneten Hildebrandt [SPD])

Drittens. Das Landesverfassungsgericht hat festgestellt, dass das Märchen der AfD ein Märchen ist. Die AfD hat hier wahlweise behauptet, dass es die Notlage entweder nicht gegeben habe oder dass diese Notlage durch die Landesregierung verursacht worden sei. - Nein, Ursache für die Notlage auch in Brandenburg ist der Angriff von Putin. Das Märchen der AfD wurde entlarvt.

(Beifall B90/GRÜNE)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter?

Herr Abg. Raschke (B90/GRÜNE):

Vielen Dank, nein.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Zeschmann [AfD] - Zuruf des Abgeordneten Münschke [AfD])

War es richtig, das Paket zu schnüren - unabhängig von den juristischen Hausaufgaben, die wir haben, und den Dingen, die wir daraus lernen müssen? - Ja! Die Maßnahmen haben den Menschen in Brandenburg dabei geholfen, die Krisen besser zu überstehen.

Es war aus meiner Sicht richtig, die Kitabeiträge zu senken, weil damit Familien um Hunderte Euro entlastet wurden, was sie bei steigenden Preisen für Miete und Lebensmittel jeden Monat merken.

(Beifall B90/GRÜNE sowie der Abgeordneten Hildebrandt [SPD])

Es war richtig, und es hat dabei geholfen, eine große Anzahl von Geflüchteten unterzubringen und zu versorgen. Wir haben das Modellprojekt Spurwechsel und die Migrationssozialarbeit in Brandenburg vorangebracht. Das ist richtig. Hier werden wir nicht nachlassen, sondern in Zukunft noch ambitionierter für Integration in Brandenburg kämpfen.

(Beifall B90/GRÜNE sowie der Abgeordneten Hildebrandt und Lüttmann [SPD])

Es war richtig, und es hat geholfen - der Landkreistag und der Städte- und Gemeindebund haben sich dafür bei uns auch bedankt -, die Kommunen zu unterstützen, um den staatlichen Zusammenbruch auf allen Ebenen zu verhindern. Es war richtig, dass das Schwimmbad um die Ecke geöffnet bleibt - auch so etwas muss in der Krise bezahlbar bleiben.

Es war richtig, Energie einzusparen. Mit jeder Kilowattstunde, mit jeder LED-Lampe, mit jedem Solarpaneel machen wir uns auch unabhängiger von russischem Gas und von russischen Energien - jetzt und in Zukunft, vorbeugend vor anderen Krisen. Die Kostenersparnisse, die wir damit erzielen, fließen in den nächsten Monaten und Jahren zurück in unseren Haushalt. Diese Anstrengung haben alle gemeinsam unternommen: Universitäten, Forschung, das Bildungsministerium, studentische Wohnheime, Landesliegenschaften, Gebäude der Justiz, Krankenhäuser, Rehakliniken - sie alle haben mitgeholfen, Energie zu sparen. Sie alle haben energetische Maßnahmen durchgeführt, und auch das war richtig so.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD)

Das Brandenburg-Paket hat geholfen, die finanziell Schwächsten zu unterstützen: Tafeln, Tierschutz, Energieagentur - all diese Institutionen wurden in der Krise noch einmal gestärkt, damit wir niemanden hängen lassen müssen. Die Strukturen im Kulturbereich, im Bildungsbereich wurden geschützt. All das wäre zusammengebrochen. All das hätten wir jahrelang wieder aufbauen müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Galau [AfD])

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal darauf hinweisen: Die AfD, die das Brandenburg-Paket beklagt hat, hat eine klare Agenda - das haben wir in der letzten Debatte hier schon ordentlich diskutiert. Die Agenda lautet: Steuern für Reiche runter, Sozialstaat kürzen!

Wir anderen, wir alle, wollen aber einen Staat, der gerade in der Krise für alle, die Not leiden, da ist:

(Zuruf des Abgeordneten Galau [AfD])

Kita, Mobilität, Bildung, Kultur - all das muss in der Krise für alle bezahlbar und erreichbar sein.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD)

Welche Konsequenzen ziehen wir nun aus dem Urteil? - Erstens. Natürlich müssen wir daraus lernen, dass in Zukunft bei der Aufnahme von Krediten besser dokumentiert und begründet wird, wie das Gesamtpaket hilft, um die Notlage abzuwenden.

Richtig ist auch - Jan Redmann hat es gesagt -, dass diese Regeln zum Teil gerade neu geschrieben werden und wir uns daran orientieren müssen.

Zweitens: Was passiert mit den Maßnahmen, die jetzt, da vom Landesverfassungsgericht so ausgeurteilt, nicht mehr aus dem Brandenburg-Paket bezahlt werden können? Dazu haben wir insbesondere von Sebastian Walter gehört: Alle sind jetzt in Bedrängnis und wir müssen etwas tun.

Wir als Koalition stehen zu diesen Maßnahmen. Diese Maßnahmen sind richtig, und alle diese Maßnahmen werden kommen. Um es konkret zu machen: Sebastian Walter hat das Beispiel der Tafeln genannt. Ich habe gerade nachgefragt: 2023 - nur, um die Zahlen auf den Tisch zu packen - wurden 165 000 Euro von den Tafeln beantragt und 165 000 Euro ausgezahlt.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD und CDU - Stefke [BVB/FW Gruppe]: Sehr ungeeignetes Beispiel mit den Tafeln!)

- Das Tafel-Beispiel kam von Sebastian Walter; ich will es nicht unwidersprochen stehen lassen.

2024 wurden 150 000 Euro beantragt. Schon bisher, obwohl erst die Hälfte des Jahres vorbei ist, sind 112 000 Euro ausgezahlt. Und alles andere wird auch ausgezahlt; denn es wird einen Nachtragshaushalt geben und alle Maßnahmen - ich betone: alle Maßnahmen - aus dem Brandenburg-Paket werden finanziert. Niemand muss Sorge haben; wir lassen niemanden hängen.

(Beifall B90/GRÜNE und SPD)

Dritter Punkt: Was lernen wir daraus in Bezug auf die Verschuldungsregeln? Aus unserer Sicht ist ganz klar - diese Position vertreten wir schon lange -: Die Schuldenbremse muss reformiert werden.

(Beifall B90/GRÜNE)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Herr Abg. Raschke (B90/GRÜNE):

Gern.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Bitte, Herr Abgeordneter Domres.

Herr Abg. Domres (Die Linke):

Danke, Frau Präsidentin. - Herr Kollege Raschke, Sie haben eben ausgeführt, dass die Mittel, auf die die Tafeln Anträge gestellt haben, ausgezahlt werden. Wie verhält es sich mit dem Sachverhalt, dass Tafeln, die erst jetzt Anträge gestellt haben, die also unter dieses haushaltswirtschaftliche Rundschreiben fallen, im Moment in Unsicherheit sind? Darum geht es. Es geht nicht darum, was bis zum 21.06. schon beantragt war, sondern um die Anträge, die jetzt kommen.

Herr Abg. Raschke (B90/GRÜNE):

Herr Domres, vielen Dank für die Frage. Wir alle hatten uns darauf geeinigt, dass der Ausschuss für Haushalt und Finanzen in der letzten oder der vorletzten Woche das letzte Mal tagt. Das war das faktische Ende der Beantragung von Maßnahmen - unabhängig von einem Urteil des Landesverfassungsgerichts -, daran hat sich nichts geändert. Alles, was durch den letzten Ausschuss für Haushalt und Finanzen ging, ist bewilligt und kann finanziert werden.

(Domres [Die Linke]: Ja!)

Zur Schuldenbremse: Aus unserer Sicht - daraus machen wir Grünen keinen Hehl - muss die Schuldenbremse überarbeitet werden. Ehrlich gesagt, ich schöpfe aus dieser Debatte neue Hoffnung. Frau Finanzministerin hat noch einmal sehr deutlich gemacht, dass auch sie vehement die Einschätzung unterstützt, dass die Schuldenbremse so nicht geeignet ist, und meine Hoffnung wächst, dass auch die CDU das teilt. Die Ministerpräsidenten wurden schon aufgezählt. Jan Redmann, du hast bzw. Sie haben gerade noch einmal gesagt, dass den Kindern kein Schuldschein in den Bildungsranzen gesteckt werden sollte.

Da sind wir aber längst nicht mehr! Wir haben nur noch die Wahl, welche Art von Schulden wir unseren Kindern hinterlassen: Hinterlassen wir sie mit guter Bildung in guten Schulgebäuden mit guten Fachkräften, aber einem Minus auf dem Konto, oder hinterlassen wir sie mit einem Plus auf dem Konto und dafür mit schlechter Bildung, ohne Fachkräfte in Schulgebäuden, die wir nicht saniert haben? Der Investitionsstau der letzten Jahrzehnte, auch unter den Regeln, die wir uns gegeben hatten, war falsch, und davon müssen wir weg.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Gestatten Sie nochmals eine Zwischenfrage?

Herr Abg. Raschke (B90/GRÜNE):

Vielen Dank, nein. - Ich möchte zum Schluss kommen.

Klar geworden ist aber auch: Die Schuldenbremse kann nur auf Bundesebene verändert werden. Dafür brauchen wir alle Kräfte, auch die der CDU. Ich bin da voller Hoffnung.

Aber auch wir im Land können direkt etwas machen; das möchte ich Frau Lange nach der starken Begründung für eine Reform noch mitgeben: Wir können in Brandenburg die Konjunkturkomponente anpassen. Unser Fachgespräch letzte Woche hat es noch einmal deutlich illustriert: ein kleiner Schritt mit großer Wirkung. Das könnten wir sofort machen. Wir als Fraktion werden uns weiterhin für eine krisengerechte und zukunftssichere Ausgestaltung der Schuldenbremse einsetzen. - Vielen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Frau Ministerin Lange könnte noch einmal das Wort nehmen. - Nein, möchte sie nicht. - Dann kommen wir zu den Abstimmungen.

Zuerst darf ich um Abstimmung über den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 7/9856 bitten. Wer ihm zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit wurde dem Entschließungsantrag mehrheitlich zugestimmt; es gab Enthaltungen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 7/9858. Wer ihm zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag ohne Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

(Vida [BVB/FW Gruppe] in Richtung der Fraktion Die Linke: Respekt kann man nicht beschließen - das sollte die Linke wissen!)

Wir kommen zur Abstimmung über den selbstständigen Entschließungsantrag der AfD-Fraktion, Drucksache 7/9850, „Konsequenzen aus der verfassungswidrigen Politik von Landesregierung und Koalition ziehen - Finanzministerium neu besetzen“. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe, bitte! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag ohne Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Abgeordneter Hohloch, Sie haben eine persönliche Erklärung abzugeben? - Bitte schön.

Herr Abg. Hohloch (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich weiß, dass die Debatte für Sie vielleicht sehr lästig ist; aber wie mir vorhin auf Nachfrage mitgeteilt wurde, hat die Landesregierung ihre Redezeit um über zehn Minuten überzogen. Mich wundert es, dass wir diesmal keine zweite Rederunde haben oder wenigstens gefragt werden, ob wir die restliche Redezeit noch nehmen wollen. Ich kann jetzt nur erahnen, was die Gründe dafür sind. Aber mich interessiert, wie viel Redezeit wir noch gehabt hätten.

(Beifall AfD)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Das kann ich Ihnen jetzt gar nicht mehr sagen; wir haben auch schon abgestimmt.

(Hohloch [AfD]: Unfassbar! Die Landtagsverwaltung hat Sie gerade darauf hingewiesen, aber es war Ihnen egal! Machen Sie, solange Sie noch können!)

Meine Damen und Herren, Tagesordnungspunkt 1 ist damit beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf.

TOP 2: Aussprache des Landtages über die Ergebnisse der Beratungen der Regierungschefs der Länder vom 20. Juni 2024 und der Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder vom 19. bis zum 21. Juni 2024

Entschließungsantrag
der AfD-Fraktion

[Drucksache 7/9859](#)

Ich eröffne die Aussprache. Es beginnt Herr Ministerpräsident Dr. Woidke. Bitte schön.

Ministerpräsident Dr. Woidke:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten haben auf ihrer Konferenz am 20. Juni im Länderkreis und anschließend mit dem Bundeskanzler und der Bundesregierung über eine ganze Reihe von wichtigen Themen gesprochen und auch entsprechende Beschlüsse gefasst. Unmittelbar im Anschluss daran erfolgte eine umfangreiche Presseberichterstattung. Die Beschlüsse sind allesamt auf der Website des MPK-Vorsitzlandes Hessen abruf- und nachlesbar.

Schwerpunkte der Konferenz waren Sicherheit und Verteidigung, die weitere Eindämmung illegaler Migration und auch der Bürokratieabbau. Ich kann hier schon aufgrund der Zeit nicht auf alle Beschlüsse eingehen und werde mich auf die genannten Schwerpunkte konzentrieren; denn das sind auch die Themen, die den Menschen in Brandenburg am wichtigsten sind.

Sicherheit und Stabilität - das ist ein Thema, das auch beim ersten Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung eine wichtige Rolle gespielt hat. Deshalb freue ich mich, das sei vorweggesagt, dass wir zu den einzelnen Punkten zu gemeinsamen, das heißt parteiübergreifenden Entscheidungen kommen könnten.

Zu Punkt 1: Rolle der Bundeswehr. Brandenburg steht fest an der Seite der Bundeswehr und unterstützt nach Kräften die strukturelle Neuorientierung, auch durch Unterstützung der Umsetzung von Investitionen, beispielsweise am Standort Strausberg, oder den Aus- bzw. Aufbau des Fliegerhorstes Schönwalde/Holzdorf. Dafür wurde eine Taskforce unter Leitung von Katrin Lange eingerichtet. Die Arbeiten gehen gemeinsam mit der Bundeswehr intensiv und schnell voran.

(Beifall SPD)

Wir haben auf der Ministerpräsidentenkonferenz allerdings auch deutlich gemacht, dass die Neuorientierung der Bundeswehr die territoriale Organisation unserer Landeskommmandos nicht beeinträchtigen darf. Wir brauchen dieses Netzwerk für die Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen, aber eben auch beim Zivilschutz, zum Beispiel bei Waldbränden und Hochwasserereignissen. Das Landeskommmando Brandenburg war und ist uns immer ein wichtiger Partner, gerade beim Katastrophenschutz in allen Regionen unseres Landes. Deswegen haben wir den Beschluss initiiert - es gab dazu einen einstimmigen Beschluss aller 16 Bundesländer -, dass die Landeskommmandos in der jetzigen Form erhalten bleiben sollen.

(Beifall SPD)

Ein weiteres wichtiges Thema für die Länder und den Bund ist die Begrenzung der irregulären Migration. Die bereits eingeleiteten Maßnahmen - auf der Ministerpräsidentenkonferenz im Oktober letzten Jahres in Hessen sowie auf den gemeinsamen Konferenzen der Ministerpräsidenten mit der Bundesregierung am 6. November 2023 und am 6. März 2024 - werden weiterhin umgesetzt. Was das Gute ist: Sie werden nicht nur umgesetzt, sondern zeigen auch Wirkung.

(Frau Barthel [AfD]: Wann?)

Die Zugangszahlen im Zeitraum Januar bis Mai 2024 haben sich gegenüber dem Vorjahr um ca. ein Drittel reduziert. Durch die mobilen Grenzkontrollen sind der Polizei auch viele Schleuser ins Netz gegangen. Dennoch sind die Belastungen der Kommunen durch die Unterbringung und die Integration von Geflüchteten weiterhin sehr hoch. Deshalb müssen wir die Maßnahmen intensiv fortsetzen und verstärken.

Damit kommt eine große Herausforderung vor allen Dingen auf die Bundesebene zu. Das GEAS-Abkommen - GEAS steht für „Gemeinsames Europäisches Asylsystem“ - muss umgesetzt werden, damit der Schutz der europäischen Außengrenzen besser funktioniert. Die Länder haben die Bundesregierung gebeten, konkrete Modelle für die Durchführung von Asylverfahren in Dritt- und Transitstaaten zu entwickeln.

Der Bund muss weiterhin an Migrations- und Rückführungsabkommen mit anderen Ländern arbeiten; einige Abkommen sind momentan in der intensiven Bearbeitung. Menschen, die in unserem Land schwere Straftaten begehen, müssen abgeschoben werden. Niemand kann in einem Land Schutz beanspruchen, wenn er für die Menschen in diesem Land eine Gefahr darstellt.

(Beifall SPD)

Die Länder werden ihren Beitrag zur Begrenzung der illegalen Migration leisten. Dazu gehört die - möglichst bundeseinheitliche - Einführung der Bezahlkarte. Die Bundesländer haben sich auf der Ministerpräsidentenkonferenz darauf verständigt, nach Einführung der Bezahlkarte die Barauszahlung auf den einheitlichen Betrag von 50 Euro für Erwachsene zu begrenzen. Für Brandenburg, meine sehr verehrten Damen und Herren, stand dieser Betrag schon länger fest. Wie Sie wissen, habe ich bereits im Mai mit unseren Kommunen eine Vereinbarung unterschrieben, in der genau dieser Betrag - 50 Euro - vereinbart worden ist.

(Frau Johlige [Die Linke]: Darauf sind Sie stolz?)

Es ist gut, dass sich alle Bundesländer hinter diese Summe gestellt haben.

(Frau Johlige [Die Linke]: 20 Euro für Kinder und 50 Euro für Erwachsene - das ist menschenunwürdige Scheiße!)

- Frau Johlige, Sie dürfen es nicht so verkürzt darstellen, wie Sie es immer wieder tun. Das ärgert mich auch. Dieses Geld ist der Teil, der bar abgehoben werden kann. Es geht darum, den Missbrauch bzw. den Abfluss aus unserem Land zu begrenzen. Deshalb ist das Ganze gerechtfertigt.

(Beifall SPD und CDU)

Der dritte Schwerpunkt bezieht sich auf den Bürokratie...

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Ministerpräsident?

Ministerpräsident Dr. Woidke:

Sie können die Frage gern stellen, Frau Johlige.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Bitte schön, Frau Abgeordnete Johlige.

Frau Abg. Johlige (Die Linke):

Herr Ministerpräsident, mich würde erstens interessieren, wie hoch denn die Geldzahlungen sind, die Migrantinnen und Migranten angeblich in ihre Heimatländer senden. Meines Wissens liegen weder der Bundesregierung noch der Landesregierung Zahlen vor, wie viel Geld von den Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in ihre Heimatländer geschickt wird.

Das Zweite ist: Ich möchte wirklich einmal wissen, wie man mit 50 Euro Bargeld - 20 Euro für Kinder - bei einer Tafel oder auf einem Flohmarkt einkaufen soll bzw. wie man damit Bestellungen auf Kleinanzeigen bezahlen soll. Überall dort kann man nämlich nicht mit der Karte bezahlen.

Das Problem ist auch, wie von dem Regelsatz Kinderkleidung oder Ähnliches bezahlt werden soll. Ich weiß noch, was Kinderkleidung kostet, und weiß damit auch, dass man sich von diesem Regelsatz keine Kinderkleidung leisten kann. Sie verhindern aber gerade, dass diese Menschen das Zeug gebraucht kaufen können. Mich würde schon einmal interessieren, wie das funktionieren soll. Am Ende wird es die Sozialverbände weiter belasten, weil sie das wegtragen müssen, was Ihre Landesregierung da anrichtet.

(Beifall Die Linke)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Ministerpräsident, darf ich eine zweite Zwischenfrage anschließen?

Ministerpräsident Dr. Woidke:

Bitte.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Frau Abgeordnete Bessin, bitte schön.

Frau Abg. Bessin (AfD):

Herr Ministerpräsident, Sie haben gerade erklärt, dass Ihnen sehr wohl bewusst sei, dass Missbrauch des Bargelds von den sogenannten Asylbewerbern betrieben wird. Wir haben mittlerweile das Jahr 2024; seit fast zehn Jahren verzeichnen wir eine Massenmigration. Warum fällt Ihnen das erst jetzt auf, und warum haben Sie die ganzen letzten Jahre die Augen davor verschlossen?

Zweite Frage: Sie haben ... Oder belassen wir es erst einmal bei dieser einen Frage.

(Bretz [CDU]: Wir sind hier nicht in der Fragestunde! - Hohl [AfD]: Das war eine sehr einfache Frage!)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Bitte schön.

Ministerpräsident Dr. Woidke:

Ganz kurz und knapp: Frau Johlige, es geht darum, Missbrauch zu verhindern. Das Geld soll den Menschen, den Familien, den Kindern zur Verfügung stehen. Es gilt, von vornherein zu verhindern, dass dieses Geld in Kanäle abfließt, wo es nicht hingehört.

(Frau Johlige [Die Linke]: Die Kinder sind Ihnen egal!)

Ich komme auf meine Ausführungen zu dem vorherigen Punkt zurück. Wir haben es, was die Schleuserkriminalität betrifft, mit international organisierter Kriminalität zu tun. Das sind Menschen, die andere Menschen um die halbe Welt transportieren, aber nicht für einen Gotteslohn oder ein Dankeschön, sondern sie wollen dafür hinterher Geld bekommen. Diese Tatsache stellt sich für mich nicht als Frage dar, und Missbrauch muss von vornherein verhindert werden. Ich glaube, die gefundene Regelung ist im Sinne der Menschen. Die Menschen haben das Geld zur Verfügung, das ihnen zusteht.

(Beifall SPD)

Da wir alle ohnehin den größten Teil unserer täglichen Zahlungen, die wir früher bar abgewickelt haben, heute mit der Karte begleichen, stellt die Bezahlkarte für mich überhaupt keine Diskriminierung dar. Wir reden schon lange über Migration. Und dass wir die entsprechenden Maßnahmen dann treffen, wenn sie getroffen werden müssen, ist auch seit Langem so. Ich glaube, die Bezahlkarte stellt wirklich einen großen Fortschritt dar.

Der dritte Schwerpunkt der Beschlüsse bezieht sich auf den Bürokratieabbau. Die MPK hat einen Beschluss zur Deregulierung

auf EU-Ebene gefasst. Bund und Länder haben ein umfassendes Paket zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung auf den Weg gebracht. Es ist wichtig, dass alle Beteiligten an einem Strang ziehen und nicht auf eingefahrenen Positionen beharren. Ich habe dazu mit dem Landesbauernverband und den Wirtschaftsverbänden unseres Landes klare Verabredungen getroffen. Zudem schlage ich vor, nach der Wahl in unserem Brandenburger Landtag erneut einen Sonderausschuss zum Abbau von Normen und Standards einzurichten.

(Beifall SPD)

Einen Sonderausschuss zur Überprüfung von Normen und Standards gab es in diesem Landtag bereits in der Legislaturperiode von 2004 bis 2009. Dessen Arbeit hat sich ausgezahlt, übrigens auch für die Landesverwaltung, weil jede Regulierung zusätzliches Geld kostet.

Ich habe heute dem Bundeslandwirtschaftsminister vorgeschlagen, einen ähnlichen Ausschuss auf der Bundesebene ins Auge zu fassen; denn ich glaube, auch dort gibt es viel zu tun und viele Diskussionen. Diese sollten transparent, zielführend und konstruktiv geführt werden. - Herzlichen Dank; ich habe schon zu lange geredet.

(Beifall SPD sowie vereinzelt CDU)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Minister Stübgen hat das Wort für die Landesregierung. Bitte schön.

Minister des Innern und für Kommunales Stübgen:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der vergangenen Woche tagte die Ständige Konferenz der Innenminister und Innensenatoren hier in Potsdam. Die Tagesordnung war die umfangreichste seit Bestehen dieses Gremiums, also seit immerhin 70 Jahren. Es standen 104 Themen zur Diskussion. Im Folgenden will ich auf die wichtigsten Tagesordnungspunkte genauer eingehen.

Erstens. Das Thema Asyl- und Migrationspolitik hat die Tagesordnung der IMK dominiert. Meine Kollegen und ich sind uns einig: Die Länder müssen bei der Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems - GEAS - frühzeitig einbezogen werden. Dazu gehört auch, dass wir umfassend in die voraussichtlichen Rechtssetzungsbedarfe des Bundes und der Länder eingebunden werden.

Einig sind wir uns auch darüber, dass die Fluchtmigration nach Deutschland nachhaltig eingedämmt werden muss.

(Einzelbeifall AfD)

Die Kommunen sind an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen.

(Beifall CDU)

Fest steht, dass Straftäter und islamistische Gefährder konsequent auch nach Afghanistan und Syrien abgeschoben werden

müssen. Ich begrüße es deshalb, dass die Bundesinnenministerin damit begonnen hat, Rückführungen nach Afghanistan vorzubereiten.

(Zuruf von der AfD: Wie viele denn?)

Es wird dringend Zeit, dass an die Entwicklungshilfe, die die Taliban nur zu gern von der Bundesregierung in Empfang nimmt, auch Bedingungen geknüpft werden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass der Bund seinem Prüfauftrag nachkommt und eine aktuelle Lagebewertung zu der Situation in Syrien vornimmt. Die letzte Lagebewertung der Bundesaußenministerin

(Zuruf von der AfD: Nein!)

zu Syrien stammt aus dem März 2023; das ist eindeutig zu lange her.

(Frau Kotré [AfD]: Ja!)

Zweitens haben wir uns auch mit den Themen Cybermobbing und Vorratsdatenspeicherung beschäftigt. Mir selbst ist die Einführung des Straftatbestandes Cybermobbing ein wesentliches Anliegen; deshalb habe ich das Thema in die IMK eingebracht. Wir haben es beim Cybermobbing mit einem Phänomen zu tun, das nach meiner Einschätzung bisher unterschätzt wird. Dieses Delikt hinterlässt ganz reale Opfer und führt zu massiven Auswirkungen in vielen Lebensbereichen. Die Hauptbetroffenen sind Kinder, Jugendliche und Frauen.

Ein damit verwandtes Thema ist die Speicherung von IP-Adressen. Meine Kollegen und ich sind uns darüber einig, dass wir dringend mit der Vorratsdatenspeicherung beginnen müssen. Der Europäische Gerichtshof hat in seinem Urteil vom 30. April 2024 festgestellt, dass nationale Regelungen zur Speicherung von IP-Adressen zur Bekämpfung jeglicher Art von Straftaten unionsrechtlich grundsätzlich zulässig sind. Das von der Bundesregierung bevorzugte Quick-Freeze-Verfahren im Zusammenhang mit Telekommunikationsdaten ist absolut unzureichend.

Wir sind es den Opfern von Terror, sexuellem Missbrauch und anderen Formen von Hass und Gewalt schuldig, dass wir alles dafür tun, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen und Wiederholungstaten zu verhindern.

(Zuruf des Abgeordneten Hünich [AfD])

Schließlich und drittens: Ich bin nach wie vor stolz darauf, dass wir in Brandenburg beim Schutz vor häuslicher Gewalt und dem Schutz von Frauen vor Gewalt eine bundesweite Vorreiterrolle einnehmen.

(Frau Bessin [AfD]: Genau deswegen brauchen wir mehr Frauenhausplätze, was?)

Als Innenministerkonferenz waren wir uns darüber einig, das Bundesinnenministerium aufzufordern, sich innerhalb der Bundesregierung für eine bundeseinheitliche Regelung zum Einsatz von Fußfesseln einzusetzen. Denn wenn eine Frau in Brandenburg verfolgt wird, darf ihr Schutz nicht beispielsweise an der Landesgrenze zu Berlin aufhören.

(Vereinzelt Beifall SPD sowie der Abgeordneten Walter-Mundt [CDU])

Ich bin der Bundesinnenministerin deshalb dankbar, dass sie dem Brandenburger Weg folgt und sich für Fußfesseln, Anti-aggressionstrainings und verpflichtende Fallkonferenzen stark macht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meiner begrenzten Redezeit ist es geschuldet, dass ich nicht auf noch mehr Punkte der zurückliegenden IMK eingehen kann.

(Domres [Die Linke]: Dann hätten Sie mehr anmelden müssen!)

Ich kann Ihnen aber versichern, dass wir uns der drängenden Fragen unserer Zeit bewusst sind und mit Hochdruck an Lösungen arbeiten. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU sowie vereinzelt SPD)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Vielen Dank. - Herr Abgeordneter Dr. Berndt hat das Wort. Bitte sehr.

(Beifall AfD)

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir reden schon lange über Migration. - Das sagte der Ministerpräsident. Ja, das tun wir. Aber Sie reden über Migration vor allem gern vor Wahlen.

(Heiterkeit und Beifall AfD)

Passiert ist so gut wie nichts! - Lassen Sie mich zunächst einmal eine Zahl in Erinnerung rufen, die ich hier seit zwei Jahren vortrage, der nie widersprochen wurde und die alle kennen müssen, um das Thema richtig einordnen zu können: Angaben der hessischen und der brandenburgischen Kommunalverbände zu den Kosten der Flüchtlinge besagen, dass 75 Euro pro Person und Tag für Unterbringung, Verpflegung und Betriebskosten aufgebracht werden müssen, 25 Euro für psychosoziale Betreuung, 15 Euro für Sozialarbeit und 10 Euro für Sicherheitsdienst. Das macht in Summe 125 Euro pro Tag und 45 625 Euro pro Jahr je Flüchtling. Davon entfallen, wie gesagt, 40 Euro auf psychologische Betreuung und Sozialarbeit. Das macht allein für das Jahr 2023, in dem wir 26 000 Migranten aufgenommen haben - so gut wie keinen mehr aus der Ukraine -, 380 Millionen Euro für die Psycho- und Sozialarbeit dieser Migranten. Das geht nun schon seit zehn Jahren so und kann so nicht weitergehen - ganz abgesehen davon, dass diese Psychosozialarbeit offensichtlich nicht funktioniert, wenn wir ständig Messerattacken haben, wenn wir zwei Gruppenvergewaltigungen pro Tag haben.

(Beifall AfD)

Und diese Entwicklung, die wir jetzt seit zehn Jahren erleben, geht immer weiter! Sie wird von CDU, SPD und Grünen vorangetrieben, und die mit ihnen verbündeten Splitterparteien Die Linke und FDP machen mit.

(Heiterkeit AfD - Beifall des Abgeordneten Dr. Zeschmann [AfD])

Sehr geehrte Damen und Herren, so geht es nicht weiter, denn es ist - erstens - nicht mehr zu bezahlen. Zweitens geht es so nicht weiter, weil wir die nötige Infrastruktur nicht haben. Nach Brandenburg sind in den letzten drei Jahren 79 000 Migranten gekommen - ohne den Familiennachzug eingerechnet! Wo sind die Wohnungen gebaut worden, wo sind die Polizeistellen gebaut worden, die Gefängnisse, die Schulen?

Was ist mit Kultur und Sicherheit? Es ist nicht mehr auszuhalten im Land! Wir hatten am letzten Wochenende in Berlin zwei Tote durch Messerattacken. Philipp Tsanis ist in Bad Oeynhausen von Migranten totgeschlagen worden. Wir haben den Mordfall von Mannheim. Wir haben den Mordfall von Potsdam, wo ein südafrikanischer Transmann einen syrischen Wachmann umgebracht hat. Wir haben Mord und Totschlag, wohin man schaut! Wie soll das weitergehen?

(Beifall AfD)

Wir haben die Fälle aus Cottbus, die Fälle aus Altena, wo Migranten Einheimische terrorisieren, Schüler terrorisieren, Frauen terrorisieren. Wollen Sie, dass das so weitergeht? Sie reden und reden und reden - und machen nichts.

Wir verfallen auch kulturell. Der Deutsche Lehrerverband sagt, dass das Bildungssystem so nicht weitergeht. Wir haben so viele migrantische Kinder an den Schulen, dass kein ordentlicher Unterricht mehr gemacht werden kann. So, sehr geehrte Damen und Herren, kann es nicht weitergehen.

(Beifall AfD)

Ihr Bundeskanzler Scholz, Herr Woidke, hat Ende letzten Jahres eine große Abschiebeoffensive angekündigt - eine große Abschiebeoffensive!

(Lachen des Abgeordneten Hohloch [AfD])

Was ist passiert? Ich sage es Ihnen - Sie haben es auch gerade dargestellt -, auch wenn ich mein iPad vergessen habe:

(Domres [Die Linke]: Daran sind auch die Flüchtlinge schuld, was?)

Ihre fünf Punkte der Ministerpräsidentenkonferenz erschöpfen sich im Ankündigen, Prüfen und Bitten. Ankündigen, prüfen und bitten; ankündigen, prüfen und bitten, Punkt für Punkt - sonst nichts. Das Einzige, was passiert ist - wo die illegale Einwanderung gesunken ist -, verdanken wir den Nachbarländern, Herr Woidke; das verdanken wir nicht etwa unseren eigenen Grenzkontrollen.

(Beifall AfD)

Es tut mir leid, dass ich mich in Rage rede. Sie können vielleicht gelassen bleiben, wenn das Land vor die Hunde geht - aber ich nicht und wir nicht!

(Beifall AfD)

Ich will nicht mit ansehen, wie den jungen Leuten die Zukunft genommen wird.

(Beifall AfD - Unmut bei der Fraktion Die Linke)

Ihre Politik, Herr Woidke, nimmt der Jugend die Zukunft. Das ist das Schlimmste, was Sie einem Land antun können.

Sie grummeln, bitten und prüfen - und machen nichts. So kennen wir Sie. So kennen wir Sie vom Heizungsgesetz: Vor den Wahlen irgendwelche Ankündigungen machen, damit es populär ist - hinterher alles laufen lassen! Die richtigen Schlepper - das gebe ich zu - sind bei den Linken: Ihre Freundin Rackete - heißt die Carola Rackete? -, die Ihnen das phänomenal gute Ergebnis bei der EU-Wahl eingebracht hat. Herzlichen Glückwunsch auch noch dazu - weiter so!

(Lachen und Beifall AfD - Hohloch [AfD]: Die Rakete war ein Fehlstart!)

Und natürlich die Grünen! Die Grünen begnügen sich nicht mit Kandidaten, die 2,7 % der Wähler herbeischaffen. Die Grünen machen es auf höchster Ebene: Im Außenministerium sitzen die Förderer der Schlepper.

(Hohloch [AfD]: Zwei Staatsanwaltschaften!)

Die sitzen nicht nur im Wirtschaftsministerium. - Ja, Staatsanwaltschaften in Berlin und Cottbus arbeiten gegen Mitarbeiter des Baerbock-Ministeriums.

(Hünich [AfD]: Nee!?)

Sie sollen Botschaften und Konsulate angewiesen haben, Personen mit falschen Dokumenten nach Deutschland einreisen zu lassen.

(Zurufe von der AfD: Nee?! - Doch!)

Es geht um Tausende Personen!

Ihnen reicht es also nicht, Ortskräfte einzufliegen, die es in dieser Zahl überhaupt nicht gab - Sie fliegen auch noch Leute mit falschen Pässen ein, die Sie dann möglichst schnell einbürgern wollen. Sie müssen das deutsche Volk und unser Land unglaublich hassen!

(Beifall AfD - Zuruf des Abgeordneten Drenske [AfD])

Aber auch die CDU gehört zum Kartell. Wir sehen es in Nordrhein-Westfalen: Da steckt die CDU in den Untersuchungen zu gefälschten Aufenthaltstiteln mit drin.

(Hohloch [AfD]: Sieht ganz schön wüst aus!)

Und hier im Landtag, sehr geehrte Damen und Herren, Herr Redmann, haben wir in dieser Wahlperiode mindestens 15 Anträge zur Grenzsicherung, zu Grenzkontrollen,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Redmann [CDU])

zum Stopp der illegalen Migration eingebracht - wir haben auch heute einen Entschließungsantrag vorgelegt. Sie haben alle diese Anträge abgelehnt, und Sie werden auch diesen Antrag ablehnen. Da zeigt sich, Herr Redmann, was für eine Heuchelei die CDU hier betreibt.

(Beifall AfD)

Ich will noch auf zwei Punkte zur Konferenz der Innenminister eingehen, damit Herr Stübgen nicht ganz unkommentiert bleibt.

(Lachen des Abgeordneten Münschke [AfD])

Auf zwei Punkte, Herr Stübgen, sind Sie nicht eingegangen, aber es sind zwei Punkte, die meines Erachtens sehr viel über die Position des Landes Brandenburg sagen - und auch sehr viel, Herr Stübgen, über Sie ganz persönlich. Das werde ich dann auch kommentieren.

Zum einen geht es um den Tagesordnungspunkt 29: „Effektive Ausgestaltung der Regelungen zum Erlass von Aufdeckungsanordnungen“ - ein schwieriges Wort, das mir nicht über die Lippen kommen will - „in der CSA-VO“, also im Rahmen des Cyber Security Acts.

Es geht also um die Kontrolle von Chats und Internet. Da hat das Land Schleswig-Holstein eine Protokollnotiz abgegeben - ich lese diese einmal vor -:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag lehnt eine anlasslose Telekommunikationsüberwachung ab und hat die Landesregierung aufgefordert, sich sowohl im Bund als auch auf europäischer Ebene gegen eine anlasslose Telekommunikationsüberwachung beziehungsweise sogenannte ‚Chatkontrolle‘ einzusetzen. Vor diesem Hintergrund weist [Schleswig-Holstein] [...] darauf hin, dass insbesondere der Schutz durchgehender Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen gewahrt bleiben sollte.“

(Vereinzelt Beifall AfD - Hünich [AfD]: Sehr gut!)

- Das kommt von Schleswig-Holstein, das ist den Applaus wert. - Haben Sie sich dieser Protokollnotiz angeschlossen, Herr Stübgen? Sie haben sich dieser Protokollnotiz nicht angeschlossen. Und warum sind wir nicht überrascht? Weil wir Ihr Auftreten hier kennen.

Damit komme ich zu Tagesordnungspunkt 55 Ihrer Innenministerkonferenz: „Gemeinsam die Abwehrkräfte der Demokratie gegen Verfassungsfeinde stärken“. Das ist Ihr Metier, da fühlen Sie sich zu Hause. Wenn es schlechte Wahlergebnisse gibt, dann geht es für Sie nicht darum, die Politik zu ändern, sondern darum, diejenigen, die Ihre Konkurrenz sind, mit polizeilichen und staatlichen - repressiven - Mitteln von der Wahl abzuhalten,

(Beifall AfD)

gegebenenfalls das Wahlrecht zu ändern, eine Erststimmenkampagne zu starten oder den Konkurrenten - wie schreiben Sie? - die Wahlmöglichkeit zu nehmen; es geht um eine Ausweitung des Wählbarkeitsausschlusses. Das wollen Sie. Sie möchten konstruierte Anklagen, zum Beispiel wegen - wie nennen Sie das? - „einfacher Fälle von Volksverhetzung“ auf Oppositionspolitiker anwenden. Sie konstruieren Fälle von Volksverhetzung, Sie konstruieren Fälle von Straftaten, und dann nehmen Sie den Leuten die Wählbarkeit. Das ist die Strategie, die Sie verfolgen. Sie verfolgen nicht die Strategie, Ihre Politik zu ändern. Sie verfolgen die Strategie der Bekämpfung der Opposition. Sie sind auch noch stolz darauf, Herr Stübgen. Und die Schande, dass ich die Protokollnotiz des Landes Brandenburg zu diesem Punkt verlese, erspare ich Ihnen nicht. Protokollnotiz:

„Brandenburg verweist als beispielhafte Konsequenz für den unbedingten Willen einer wehrhaften Demokratie zum Schutz ihrer Verwaltung [...] auf das am 26.04.24 beschlossene Gesetz zur Verbesserung des Schutzes des Berufsbeamtenstums in Brandenburg vor Verfassungsgegnern (sog. „Verfassungstreuecheck“, GVBI. I Nr. 21), mit dem anhende Beamten und Beamte künftig einer Regelanfrage bei der Verfassungsschutzbehörde unterzogen werden.“

Sie sind stolz darauf?

(Minister Stübgen: Ja!)

- Ich würde mich für so etwas schämen.

(Beifall AfD)

Herr Stübgen, ich habe es Ihnen schon einmal gesagt: Sie genau wie Ihr Ministerpräsident verdanken Ihre politische Karriere der Friedlichen Revolution des Jahres 1989 und der Demokratie, die dann im Land eingezogen ist.

(Keller [SPD]: Damit haben Sie doch nichts zu tun! - Ministerpräsident Dr. Woidke: Sie haben nichts damit zu tun!)

Und Ihr Dank dafür besteht darin, dass Sie diese Demokratie abbauen und einschränken. Das ist eine riesige Schande, Herr Stübgen! Ich bin froh, dass Sie nicht wieder kandidieren.

(Beifall AfD)

Ich kann nur hoffen, dass Brandenburg demnächst einen anderen Innenminister hat, einen, dem es wirklich um die Verteidigung der Freiheit geht, dem es um die eigenen Bürger geht, nicht aber darum, das Regime der Altparteien mit Repressionsmaßnahmen zu sichern.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter, ich habe bei Ihrem Vorgänger auch schon den Wahlkampf abgebrochen, und ich tue das auch hier. - Als nächste Rednerin spricht Frau Abgeordnete Fischer für die SPD-Fraktion. Bitte sehr.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Frau Abg. Fischer (SPD):*

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn eine persönliche Vorbemerkung abgeben: Ich denke, bei den Themen Flucht und Asyl, bei dem Thema irreguläre Migration haben wir Diskussionen teilweise zu spät geführt, teilweise etwas falsch angesetzt. Ich sage hier ganz deutlich: Das müssen und das werden wir besser machen.

(Beifall SPD - Hünich [AfD]: Ha, ha, ha! - Hohloch [AfD]: Das besser machen?! Der war gut!)

Genau dieser Anspruch, dieses Bessermachen unterscheidet uns von der AfD.

(Lachen bei der AfD - Galau [AfD]: Da sind Sie ja etwas ganz Großem auf der Spur!)

Denn Sie benennen die Probleme nicht, um Dinge besser zu machen,

(Hohloch [AfD]: Nee, nee, nee!)

sondern um Menschen gegeneinander aufzuhetzen.

(Beifall SPD und B90/GRÜNE - Oh! bei der AfD)

Und, Herr Berndt, Sie haben zu Beginn Ihrer Rede in der Ihnen typischen Art und Weise wieder Ihre Hassiraden losgelassen

(Lachen bei der AfD)

und Menschen gegeneinander aufgebracht.

Es geht Ihnen nicht um gemeinsame Lösungen; es geht Ihnen nur um sich selbst. Und wie wir alle mittlerweile wissen, ist Ihnen und Ihrem Spitzenpersonal der russische Rubel ja wohl etwas näher als die deutschen Interessen.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen die Debatten, den Diskurs, auch den Streit um diese wichtigen Themen sehr ordentlich und sehr sorgfältig miteinander führen.

(Dr. Berndt [AfD]: So, wie Sie es gerade machen?)

Das eine oder andere Statement auf Bundesebene erinnert mich gerade stark an Coronazeiten. Wenn die Kollegen von CDU/CSU teilweise in Mikrofone beißen und mit süffigen Ansagen Schlagzeilen machen,

(Lachen des Abgeordneten Hünich [AfD])

habe ich das Gefühl, da ist schon wieder ein Überbietungswettbewerb im Gange und die nächste Bundestagswahl lässt grüßen. Deswegen sage ich hier zu meinen Kollegen in Brandenburg:

(Zuruf des Abgeordneten Bretz [CDU])

Lassen Sie uns die Debatte ordentlich miteinander führen. Denn wenn man alles tut, um an die Macht zu kommen, besteht die Gefahr, seinen Wertekompass zu verlieren.

(Vereinzelt Beifall SPD und B90/GRÜNE)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Frau Abg. Fischer (SPD):*

Nein. - Meine sehr geehrten Damen und Herren, um es besser zu machen, wie ich gerade gesagt habe, gehört Ehrlichkeit dazu. Ich möchte einen Punkt ansprechen, der hier auch gerade diskutiert wurde: In der aktuellen Debatte zu Asylverfahren in Drittstaaten - Stichwort Ruanda - müssen wir bei allen Diskussionen, die gerade geführt werden und hier auch angesprochen werden

sind, zur Kenntnis nehmen: Das ist ein langer und komplizierter Weg, und er ist nicht unbedingt dazu geeignet, jetzt schnell Wirksamkeit und schnell Sichtbarkeit zu entfalten. Ich glaube, das sind die Punkte, die die Bürger hier bei uns erwarten.

Herr Berndt, Sie haben gesagt, es werde geprüft und geprüft; Sie haben das dreimal oder viermal gesagt, aber das macht es nicht besser. Es wird gar nichts geprüft; denn Sachen sind beschlossen:

Erster Anstrich: Europäischer Asylkompromiss mit Deutschland - wir waren dabei. Im April hat das EU-Parlament zugestimmt und am 14. Mai der EU-Ministerrat den finalen Beschluss gefasst. Es geht bei dem Punkt um wirksamen Grenzschutz, um striktere Kontrolle und um die Registrierung an den EU-Außengrenzen. Es ist ganz klar: Wer geringe Aussicht auf Schutz hat, bekommt - und das ist wichtig - ein rechtsstaatliches Asylverfahren, aber eben an der Außengrenze.

Zweiter Anstrich: Rückführungsverbesserungsgesetz - auch beschlossen! Der Bundeskanzler, die Bundesregierung hat die Kriterien für Rückführungen erweitert. Jetzt gilt zusätzlich: Unsägliche Hetze in sozialen Medien und öffentliche Unterstützung von Terrorakten bei Demonstrationen sind nun Gründe dafür, dass ein Asylbewerber oder ein bereits anerkannter Flüchtling seinen Status verwirken kann. Und zur freundlichen Kenntnisnahme für diejenigen, die vielleicht kein Kurzzeitgedächtnis haben: Gerade diese Woche ist im Bundeskabinett auch das entsprechende Ausweisungsrecht angepasst worden.

Dritter Anstrich - wir brauchen keine Prüfung, Herr Berndt -: Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren. Auf der MPK im Oktober hatte Ministerpräsident Dietmar Woidke schnelle Verfahren gefordert. Und: Brandenburg hat den Worten auch Taten folgen lassen und geliefert. Die Asylverfahren sind jetzt je nach den - häufigsten - Herkunftsländern bei bestimmten Verwaltungsgerichten konzentriert. Nur noch ein Standort, ein Richter hat sich in die Fälle mit den jeweiligen Herkunftsländern einzuarbeiten, Literatur und Rechtsprechung dazu bereitzuhalten

(Dr. Berndt [AfD]: Was haben Sie damit erreicht?)

- das ist nicht profan; denn wir leben in einem Rechtsstaat, Herr Berndt, was Sie ja nicht wahrhaben wollen - und Klagen von Mitgliedern derselben Familie zu verhandeln. Wir haben damit Sorge dafür getragen, dass die Richter bei komplizierten, sorgfältig zu prüfenden Einzelfällen - um diese geht es ja auch - schnell entscheiden können und auch zu Experten werden können, weil es eben ums Detail geht.

Vierter Anstrich: Es ist wichtig und richtig, dass sich die Länder auf den einheitlichen Betrag in Höhe von 50 Euro geeinigt haben; denn die Unterstützung durch das Asylbewerberleistungsgesetz wird unseren gemeinsamen Sozialkassen entnommen, und dieses Geld soll eben hier, vor Ort, den Lebensunterhalt abdecken. Wir brauchen keine Geldströme irgendwohin, wo schon der nächste Schlepper auf die harte Währung wartet. Und: Es war auch die SPD-Fraktion hier in Brandenburg - und darum geht es -, die sich ganz früh zu diesem Schritt entschieden hat.

(Zuruf von der AfD: Ganz früh?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Menschen in unserem Land müssen sich darauf verlassen können, dass Sicherheit und Ordnung ein Anspruch sind, der sich an alle richtet - an alle.

(Beifall SPD)

Als Rechtspolitikerin sage ich Ihnen: Recht ist nicht statisch, nicht in Stein gemeißelt, sondern muss weiterentwickelt und manchmal auch zu neuer Rechtsprechung geführt werden. Unsere Aufgabe als Gesetzgeber ist es, Rechtsthemen den Realitäten anzupassen. Und es ist die Aufgabe der unabhängigen Justiz - ich erinnere an den heutigen Tagesordnungspunkt 1 -, uns dabei gegebenenfalls zu korrigieren oder eben zu präzisieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht um die Akzeptanz des Gewaltmonopols unseres demokratischen Rechtsstaates. Es geht nicht um das Gesetz des Stärkeren. Ich wiederhole es für die AfD - denn sie hat damit ja massive Probleme -: Es geht um die Akzeptanz des demokratischen Rechtsstaates; es geht nicht um das Gesetz des Stärkeren - ich sage nur „Hashtag Milzriss“.

(Lachen des Abgeordneten Hünich [AfD])

Es geht übrigens auch nicht darum, wer hier immer am lautesten dazwischenbrüllt.

(Beifall SPD und B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU und Die Linke)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe eingangs gesagt, dass wir manche Diskussion zu spät geführt haben. Deswegen bin ich meinem Kollegen Björn Lüttmann dankbar, dass er hier immer wieder für unsere Fraktion die Dinge zum Thema Ukraine und auch zum Thema Integration in den Arbeitsmarkt frühzeitig klargestellt hat.

(Hohloch [AfD]: Genau wie bei Corona!)

Wir sind uns darin einig - das zeigen auch die Zahlen -, dass bis heute zu wenige Ukrainerinnen und Ukrainer eine Arbeit aufgenommen haben, und auch die Integration verläuft zu schleppend. Ein Blick in die Niederlande und nach Polen zeigt uns allerdings, dass es möglich ist, Geflüchtete im Allgemeinen und Ukrainerinnen und Ukrainer im Speziellen schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Der Blick über den Tellerrand schadet nicht.

Die Frage ist: Was machen diese Länder anders? Es gibt zwei gravierende Unterschiede:

Der erste Unterschied ist, dass viele Länder - anders als wir - den Anspruch haben: Arbeit sofort und zuerst! Spracherwerb sowie Fortbildung und Qualifizierung finden - wie in Frankreich und Spanien - begleitend statt. In Polen gibt es nach sechs Monaten keinen nennenswerten Sozialtransfer mehr. Und das liberale Holland - da sind wir uns hoffentlich einig; Sie schauen schon so kritisch, Herr Walter - verpflichtet jeden Sozialhilfeempfänger zu täglich acht Stunden sozialer Arbeit.

Der Gedanke dahinter ist nicht - ich will das hier klarstellen, damit es nicht zu Missverständnissen kommt -, billige Arbeitskräfte zu bekommen, sondern, ganz im Gegenteil, Menschen zu ermöglichen, teilzuhaben, Strukturen zu haben, gebraucht zu werden und in diesem Umfeld auch geschätzt zu werden.

(Beifall SPD und CDU)

Ich sage für meine Fraktion in aller Deutlichkeit - vielleicht sind das Unterschiede, die wir haben; das kann sein -: Arbeit per se ist keine Zumutung. Der Anspruch, den Lebensunterhalt durch

eigene Hände Arbeit zu verdienen, sollte nach meinem Dafürhalten nach wie vor eine Selbstverständlichkeit sein.

(Beifall SPD, CDU und BVB/FW Gruppe)

Es ist auch unstrittig, dass Brandenburg viele helfende Hände und Köpfe braucht, und zwar in der gesamten Breite des Arbeitsmarkts. Nur so gelingt es, dass Sozialsysteme bezahlbar und stabil bleiben; ich denke, dass unsere Gesellschaft zu Recht diesen Anspruch hat. Hier müssen wir nachsteuern, und dazu werden wir in der Fraktion, mit dem Jobcenter und auch mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales weiterhin klare und harte Gespräche führen.

Ich sage auch in aller Deutlichkeit - ich mache das nicht vom Pass oder von der Herkunft abhängig, und es geht hier auch nicht um Sozialheit oder Diskriminierung -: Jeder hat sich, sofern er kann, in unsere Gesellschaft einzubringen. Das erwarten unsere Bürger zu Recht, und dazu stehen wir Sozialdemokraten hier in Brandenburg. Denn darum geht es: um Brandenburg.

(Beifall SPD)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Vielen Dank. - Herr Abgeordneter Hohloch hat eine Kurzintervention angemeldet. Bitte schön.

(Beifall AfD - Unmut des Abgeordneten Walter [Die Linke])

Herr Abg. Hohloch (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Kollegin Fischer, wenn die SPD von Sicherheit und Ordnung spricht, ist entweder Aschermittwoch, oder es ist Wahlkampf.

(Beifall AfD - Heiterkeit des Abgeordneten Dr. Zeschmann [AfD])

Dass Sie sich nicht schämen, nach fünf Jahren des Totalversagens und nach dem Totalversagen Ihrer Kollegen und Genossen in der Bundesregierung hier noch von Sicherheit und Ordnung zu sprechen, sagt viel über Sie aus, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Und wenn Sie dann im gleichen Atemzug darauf hinweisen, dass die Lösungen der AfD angeblich nicht schnell genug umgesetzt werden könnten, frage ich Sie das Gleiche, was Herr Dr. Berndt Sie schon gefragt hat: Warum haben Sie unseren Anträgen in den letzten fünf Jahren nicht zugestimmt? Dann wären die Dinge schon umgesetzt.

(Beifall AfD)

Es ist übrigens genauso absurd, sich darüber aufzuregen, dass es - aus Ihrer Perspektive - angeblich keine schnellen Lösungen gibt, während heute der Tag ist, an dem das neue Einbürgerungsrecht in Kraft tritt, durch das all diejenigen, die vor neun Jahren im Zuge der Massenmigration in unser Land kamen, jetzt

Deutsche werden bzw. die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall des Abgeordneten von Gifycki [B90/GRÜNE] - Zuruf des Abgeordneten Domres [Die Linke])

Da hat man auf einmal die Zeit gehabt.

Sie hatten neun Jahre Zeit, dafür zu sorgen, dass in unserem Land nicht jeden Tag Leute abgestochen oder Mädchen vergewaltigt werden, meine Damen und Herren.

(Domres [Die Linke]: Hetzer! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Berndt [AfD])

Und wer in Bezug auf diese Aussage von „Hetz“ spricht, blendet die Realität nicht nur aus,

(Beifall AfD - Zuruf des Abgeordneten Walter [Die Linke])

sondern will sie nicht mehr erkennen - und hat es auch verdient, nicht mehr in diesen Landtag einzuziehen, meine Damen und Herren von der Linken.

(Beifall AfD)

Ganz zum Schluss, Frau Fischer: Sie machen immer alles so unfaßbar kompliziert. Genauso wie Herr Klemp, der beim letzten Mal gesagt hat, das Volk sei eigentlich zu dämlich, um zu verstehen, was Sie tun, sagen Sie jetzt, das sei ja alles zu kompliziert.

(Zuruf des Abgeordneten Rostock [B90/GRÜNE])

Es ist nicht kompliziert: Reden Sie mit Ihren Genossen! Die SPD regiert im Bund. Sie stellen den Bundeskanzler; er hat das Recht, das Außenministerium neu zu besetzen. Erklären Sie Afghanistan und Syrien endlich zu sicheren Herkunftsländern!

(Beifall AfD)

Schieben Sie die Leute endlich ab! Und führen Sie endlich Grenzkontrollen ein, meine Damen und Herren!

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Sie müssen bitte zum Ende kommen, Herr Abgeordneter.

Herr Abg. Hohloch (AfD):

Das könnten Sie als SPD tun, aber Sie tun es nicht. Und Sie schwadronieren von Sicherheit und Ordnung? Sie lügen den Leuten ins Gesicht, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Frau Abgeordnete Fischer, Sie möchten gern erwidern? - Bitte sehr.

(Zuruf der Abgeordneten Kotré [AfD])

Frau Abg. Fischer (SPD):*

Wissen Sie, Herr Hohloch, wenn hier eine Sache wirklich absurd ist, sind das - erstens - Ihre kruden Vorstellungen und Ihre ganzen Pläne.

(Dr. Berndt [AfD]: Welche?!)

Und das Zweite, was absurd ist, ist, dass Sie hier versuchen, Ihre geistigen Einflüsterer wie Martin Sellner und Jürgen Elsässer als Friedenscorps und Glücksfall für das Land Brandenburg darzustellen.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE - Zuruf und Lachen des Abgeordneten Hohloch [AfD] - Zurufe des Abgeordneten Dr. Berndt [AfD])

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter Walter hat das Wort für die Fraktion Die Linke. - Ich darf Sie herzlich um Ruhe bitten; wir möchten gern die Aussprache fortsetzen. Sicher kann man noch vieles zu den Redebeiträgen sagen, aber jetzt ist Herr Abgeordneter Walter an der Reihe. - Bitte schön.

Herr Abg. Walter (Die Linke):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Bretz [CDU]: Herr Walter, ich finde es unmöglich, dass die AfD den Raum verlässt, obwohl es der von denen beantragte Punkt ist! Was ist das für ein Benehmen? - Hünich [AfD]: Meine Fresse! - Unruhe)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir müssen ein bisschen warten, bis sich alle wieder beruhigt haben.

(Hünich [AfD]: Wir haben uns beruhigt! - Weitere Zurufe)

Bitte.

Herr Abg. Walter (Die Linke):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach den Reden des Ministerpräsidenten und der Kollegin Fischer - von Herrn Stübgen erwarte ich nichts anderes - frage ich mich gerade: Wie viele Wahlen wollen Sie eigentlich noch erleben, bei denen Sie glauben, dass Sie den Rechtsruck bekämpfen, indem Sie rechte Politik machen?

(Beifall Die Linke und B90/GRÜNE - Teichner [AfD]: Zwei, drei!)

Wie oft wollen Sie das noch erleben?

Herr Woidke, Sie haben 2019 auf Ihren Wahlplakaten Willy Brandt zitiert. Willy Brandt! Ich sage Ihnen: Wenn Willy Brandt - als Mensch,

(Zurufe von der AfD)

der vor der Diktatur fliehen musste, der vor Verbrechern fliehen musste - Ihre heutige Rede und auch Ihre Reden der letzten Wochen gehört hätte, wenn er von den von Ihnen geplanten Maßnahmen hören würde, würde er sich mehr als einmal im Grabe umdrehen, Herr Ministerpräsident. Es wäre ihm zu Recht peinlich,

(Beifall Die Linke)

dass die Sozialdemokratie - mit ihrer Geschichte - jetzt in diesem Land nichts anderes macht - und faktisch ist es so, dass Sie mit ein paar Abstrichen nichts anderes tun - als das, was die AfD falscherweise jahrelang gefordert hat.

(Beifall Die Linke - Unruhe)

- Das ist kein Quatsch; wir können es nachweisen.

(Keller [SPD]: Völlig undifferenziert!)

- Ich komme gleich dazu; wir können das alles im Detail diskutieren. - Schon bevor 2015 und 2016 viele Menschen zu uns gekommen sind, hatten die Menschen in Brandenburg die gleichen Sorgen wie heutzutage: steigende Mieten, zu geringe Löhne, zu geringe Renten,

(Zuruf von der AfD: Zu wenig Schulden?)

zu wenige Kitaplätze. Und natürlich ist es so - das bestreitet auch niemand -, dass die Herausforderungen größer werden, wenn mehr Menschen zu uns kommen. Keine Frage!

(Zuruf der Abgeordneten Fischer [SPD])

- Frau Fischer, auf Sie komme ich noch gesondert zurück. - Aber wissen Sie was? Statt sich um diese Herausforderungen zu kümmern, tun Sie so, als ob die Menschen hierherkämen, weil sie faulenzen wollten, als ob sie wegen 250 Euro Kindergeld oder 480 Euro Bürgergeld hierherkämen.

(Keller [SPD]: Hat keiner gesagt! - Zuruf der Abgeordneten Fischer [SPD])

Das ist die Wahrheit! So tun Sie. Sie übernehmen rechte Propaganda und rechte Argumente.

(Beifall Die Linke - Zurufe von der AfD)

Wenn Sie es tatsächlich ernst meinen, wenn Sie erzählen, dass alle vollständig überlastet seien, frage ich Sie, Herr Innenminister: Warum waren dann letztes Jahr in den Gemeinschaftsunterkünften in Brandenburg zwischenzeitlich 7 000 bis 9 000 Plätze frei? Erklären Sie das mal! Und wenn die Kommunen - angeblich - überlastet waren, wo sind dann Ihre Investitionsmaßnahmen für sie geblieben?

(Zuruf des Abgeordneten Eichelbaum [CDU] - Unruhe)

Wo sind Ihre Investitionsmaßnahmen für die Schulen und Kitas geblieben? Nirgends! Sie schieben die Schuld für Ihre verfehlte Politik den Menschen zu, die vor Krieg und Terror zu uns fliehen - weil sie ihr Leben retten wollen, verdammt noch mal! Sie schieben diesen Menschen die Schuld für Ihre verfehlte Politik und

Ihre fehlenden Lösungen zu, und das finde ich falsch und schändlich, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall Die Linke)

Wir sind uns doch in einem einig: Natürlich ist es nicht so, dass Deutschland bzw. Brandenburg alle 110 Millionen Menschen aufnehmen soll, die sich gerade auf der Flucht befinden;

(Zuruf der Abgeordneten Fischer [SPD])

das verlangt auch niemand, ohne Frage. Aber, Frau Fischer, ich erwarte von einer sozialdemokratischen Partei, dass sie wenigstens darüber redet, dass wir Fluchtursachen bekämpfen müssen. Wenn wir wissen, dass Menschen vor Krieg und Terror zu uns fliehen, müssen wir endlich Ernst machen mit einer ordentlichen Friedenspolitik. Das bedeutet, dass wir Rüstungsexporte beenden und verbieten,

(Keller [SPD]: Dass Sie die Ukraine nicht beschützen wollen!)

dass wir Kriege beenden

(Beifall Die Linke - Unruhe)

und nicht mit ständiger Aufrüstung und Eskalation weitermachen. Das würde dazu führen, dass weniger Menschen zu uns kommen; denn niemand auf dieser Welt flieht freiwillig, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall Die Linke)

Sie als Landesregierung haben aber nichts anderes zu tun - auch die Grünen machen mit -, als jetzt auch noch ganz traurig zu sein, weil Heckler & Koch doch nicht nach Brandenburg kommt. Ja, darüber sind Sie ganz traurig.

(Zuruf des Abgeordneten Keller [SPD])

Ich sage Ihnen, worum es geht: Wenn wir Fluchtursachen bekämpfen wollen, bedeutet das auch, dass wir keine Rüstungsfabriken in Brandenburg haben wollen, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall Die Linke - Unruhe)

Sie werden spätestens in ein paar Jahren erleben - auch Sie, Herr Ministerpräsident -, dass all Ihre Lösungen, die Sie hier gerade vorgeschlagen haben, nichts, gar nichts bringen, sondern nur die AfD noch stärker machen werden. Sie können die Grenzen noch so oft kontrollieren, Sie können einen Grenzschutzbeamten an jede Laterne stellen, Sie können die Mauern 30 Meter hochziehen - die Menschen werden trotzdem zu uns kommen. Und sie werden trotzdem zu uns kommen müssen, solange wir nicht die Fluchtursachen bekämpfen, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall Die Linke - Zurufe der Abgeordneten Fischer [SPD] und Hünich [AfD])

Es ist so: Da Sie die Fluchtursachen nicht bekämpfen, kommen die Menschen zu uns - was natürlich eine große Herausforderung für die Gesellschaft darstellt, für Lehrerinnen und Lehrer, für Kitaerzieherinnen und -erzieher, aber auch für die Wohnungsbaununternehmen. Diese Einschätzung teilen wir doch; wir wissen, dass es hier nicht wie im Wolkenkuckucksheim funktioniert. Aber ich frage Sie: Wo sind denn Ihre Initiativen für einen starken Sozialstaat, der den Menschen in Brandenburg die Sicherheit gibt, dass ihnen nichts weggenommen wird, wenn andere Menschen zu uns kommen, sondern dass sie trotzdem gute Löhne und gute Renten bekommen?

Das ist doch der Punkt: Für die unsoziale Politik hat doch nicht „der Flüchtling“ die Verantwortung,

(Zuruf des Abgeordneten Hünich [AfD])

sondern für weniger Lohn in diesem Land haben Sie als Kenia-Koalition die Verantwortung, aber nicht die Flüchtlinge.

(Beifall Die Linke)

Statt deutlich mehr in Wohnungsbau zu investieren, statt tatsächlich etwas für gleiche Löhne in Ost und West oder endlich gleiche Renten in Ost und West zu tun, machen Sie Folgendes: Sie diskutieren über Bezahlkarten.

(Zuruf des Abgeordneten Keller [SPD])

Und da, Herr Ministerpräsident: Sie stellen sich wieder hier hin und sagen: Ja, wir müssen die Gefahr bannen, bevor sie auftritt. - Nein, nein, nein, Herr Woidke! Sie haben gesagt: Wir brauchen die Bezahlkarte, weil wir wissen - weil wir wissen! -, dass Ausländer bzw. Geflüchtete von dem Bargeld, das sie haben, viel überweisen. - Und wenn Ihnen - auch heute wieder - die Frage gestellt wird: „Herr Ministerpräsident, wie viel ist es denn? Sagen Sie doch mal!“, stellen Sie sich hin und sagen: „Na ja, das wissen wir nicht - also, es ja geht darum, die Gefahr von Anfang an zu bannen.“

Entschuldigen Sie, zeigen Sie mir bitte - selbst wenn man das glauben würde - einen Schleuser, der auf Kredit arbeitet! Zeigen Sie mir das tatsächlich einmal! Deswegen sage ich: Diese Bezahlkarte wird kein Problem lösen, sondern viele neue Probleme schaffen, weil sie Integration verhindert.

(Beifall Die Linke)

Wer davon profitieren wird, ist einzig und allein das Unternehmen Mastercard,

(Keller [SPD]: Oh Gott!)

das sich mit unserem Steuergeld jetzt seine Gebühren finanzieren lässt. Versuchen Sie einmal, bei einer normalen Bank mit einer Mastercard Geld abzuheben - dann zahlen Sie gleich fünf Euro Gebühren, und das führt dazu, dass in Märkisch-Oderland gesagt wird: Ja, liebe Geflüchtete, das wissen wir. Bitte hebt die 50 Euro bei der Tankstelle oder bei Edeka ab.

Wo sind wir denn hingekommen? Wo sind wir denn hingekommen, wenn diese Bezahlkarte immer mehr Bürokratie verursacht

- wenn damit zum Beispiel keine Mobilfunkverträge mehr bezahlt werden können, weswegen die Kreisverwaltung Märkisch-Oderland jetzt jeden Geflüchteten fragen muss: Bei wem haben Sie denn Ihren Mobilfunkvertrag? - Das wird dann handschriftlich festgehalten, und dann muss die Kreisverwaltung die jeweiligen Mobilfunkanbieter anrufen und die Daten durchgeben. Das ist Bürokratieabbau? Da können Sie sich jeden Ausschuss zum Bürokratieabbau sparen,

(Beifall Die Linke)

wenn Sie gleichzeitig die Bezahlkarte einführen.

Und genauso ist es bei den Grenzkontrollen: Es sind nicht die Linken und nicht die Grünen - die Grünen tragen es ja mit -, sondern es ist die Gewerkschaft der Polizei, die Ihnen seit Monaten sagt, dass Grenzkontrollen an der Oder nichts bringen. Es sind diejenigen, die jeden Tag mit dort stehen und mitkontrollieren, die Ihnen sagen: Das bringt nichts. - Aber dem Ministerpräsidenten ist das egal - der schwebt über den Dingen und stellt sich hin und sagt: Die Grenzkontrollen haben Wirkung. - Entschuldigen Sie bitte, was machen Sie hier für eine Politik?

Ebenso bei den Abschiebungen: Wirklich, Herr Stürgen, dass Sie bei den Abschiebungen jetzt Deals mit Afghanistan und den Taliban machen wollen, stecke ich in den Skat. Aber dass Sie als Mensch, der Theologie studiert hat und in der DDR sicherlich auch in der Antikriegsbewegung aktiv war - so habe ich es zumindest im Internet gelesen -, in der Ukrainedebatte nichts anderes zu tun haben, als sich hinzustellen und zu sagen: Wir müssen die Ukraine nicht nur mit Waffen unterstützen, sondern sollten auch die jungen Männer abschieben, die an die Front müssen - da frage ich Sie: Wo sind eigentlich Ihr humanistisches Menschenbild und Ihr Verständnis für Menschenrechte geblieben? Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht

(Beifall Die Linke)

und deshalb haben Kriegsdienstverweigerer in Brandenburg Platz, egal ob aus Russland oder der Ukraine, sehr geehrte Damen und Herren!

(Zuruf des Abgeordneten Hünich [AfD])

All das, was Sie hier vorstellen, sind keinerlei Lösungen der konkreten Probleme. Gleichzeitig reden Sie aber darüber, dass wir - ganz, ganz dringend - Fachkräfte brauchen, und da sage ich Ihnen: Ja, auch für die Lösung dieses Problems müsste man einmal aufhören, irgendwelche rechten Argumentationen zu übernehmen, sondern anfangen, sich tatsächlich einmal zu kümmern.

Es ist einfach Fakt, dass es nicht um billigen Applaus von rechts geht, sondern dass Sie vielleicht nur die Hälfte der Energie, die Sie in den vergangenen Monaten verwendet haben, um Bezahlkarten zu planen, Grenzkontrollen durchzusetzen und Pressemitteilungen zu schreiben, hoffend, dass vielleicht doch zwei, drei AfD-Wähler zu Ihnen zurückkommen, wenn Sie irgendwie den härtesten Flüchtlingsgegner geben, hätten aufwenden müssen, um einmal darüber zu reden, wie wir es eigentlich schaffen, Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

(Beifall Die Linke)

Warum schaffen wir es nicht, dass wir Menschen, die zu uns kommen, am ersten Tag sagen können: „Ihr könnten sofort arbeiten gehen“?

Ja, der Bund, die Ampel, hat gehandelt, das Problem ist nur: Die Umsetzung machen die Ausländerbehörden vor Ort in den Landkreisen und da - das sage ich Ihnen ganz ehrlich - ist das Problem. Da ist Berlin zum Beispiel deutlich weiter, weil man die Frage der Berufsanerkennung und auch der Arbeitserlaubnisse dort zentralisiert hat.

Es ist doch gar nicht so, dass die Menschen hierherkommen, weil sie faul sein wollen, Wenn die Menschen hierhergekommen sind, wollen sie arbeiten gehen, weil niemand freiwillig den ganzen Tag in der Gemeinschaftsunterkunft rumsitzt. Die Menschen wollen sich integrieren, sie wollen hier arbeiten - und wir verhindern es. Während Sie Arbeitspflichten fordern, geht es darum, Arbeitsrechte zu schaffen. Darum geht es, und das wäre eine Lösung.

(Beifall Die Linke)

Das Gleiche bei den Unternehmen - reden Sie doch mal mit denen -, die immer wieder gegen Mauern laufen, wenn es um Integration, um Spracherwerb und darum geht, zu erklären, warum ein Auszubildender ein B2-Niveau vorweisen muss. Das würde nicht einmal die Hälfte der AfD-Fraktion erreichen, aber ein Flüchtlings, der eine Ausbildung beginnen will, soll unbedingt das B2-Niveau vorweisen. Das kann man doch niemandem mehr erklären. Das wären konkrete Lösungen.

(Beifall Die Linke)

Es ist so: Integration ist keine Einbahnstraße und darf auch keine sein - das stimmt -, aber dann lassen Sie uns dafür sorgen, dass die Menschen, die sich hier integrieren wollen, nicht ständig gegen Mauern laufen - denn das tun sie.

Und als letzter Punkt - weil das angesprochen worden ist - die Ukraine.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Ich möchte Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Herr Abg. Walter (Die Linke):

Ich glaube, ich habe noch eine Minute mehr, Frau Präsidentin,

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Sie haben den Ausgleich für die Zeitüberschreitung der Landesregierung schon dazubekommen.

Herr Abg. Walter (Die Linke):

Dann sage ich, weil die Ukraine angesprochen wurde, als letzten Satz - ich will Ihnen nur diese eine Zahl nennen -: Die Mehrheit der ukrainischen Geflüchteten in Brandenburg

(Hünich [AfD]: Das ist keine Zahl!)

ist nicht arbeitslos, sondern arbeitet oder ist in Integrationskursen. Das ist ein Fakt. Hören Sie also damit auf - übernehmen Sie nicht ständig diese Propaganda, denn das wird keine Lösung sein - und beschäftigen Sie sich endlich mit den Zahlen und Fakten. Darum geht es. - Vielen Dank!

(Beifall Die Linke)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag des Herrn Abgeordneten Dr. Redmann für die CDU-Fraktion fort. Bitte sehr.

(Hünich [AfD]: Scharlatan!)

- Für das Wort „Scharlatan“ bekommen Sie jetzt einen Ordnungsruf!

(Gelächter des Abgeordneten Hünich [AfD] - Frau Kotré [AfD]: Das darf doch nicht wahr sein!)

„Das kann nicht wahr sein“ - das hatten wir schon, das ist ein Wiederholungsfall, und Sie kriegen jetzt einen Ordnungsruf dafür.

(Beifall CDU - Hünich [AfD]: Ja, gerne! - Abgeordnete Kotré zum Abgeordneten Hünich [AfD]: Musst Du das nächste Mal „Armleuchter“ sagen! Echt!)

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Walter, es tut mir leid, aber ich muss Ihnen an zwei Stellen wirklich fundamental widersprechen. Sie leugnen jegliche Existenz von Grenzen der Integrationskapazitäten.

(Walter [Die Linke]: Nein!)

Wir haben eine begrenzte Anzahl von Wohnungen, wir haben eine begrenzte Anzahl von Sprachkursen, und wir haben eine begrenzte Menge Geld - wir haben begrenzte Mittel.

Und Sie stellen sich hier hin und sagen: Hier muss man investieren, da muss man investieren, und da muss man auch noch Geld ausgeben. - Dieses Geld steht nicht zur Verfügung! Wir haben doch wohl gerade eine Haushaltsdiskussion geführt. Sie sehen doch, in welcher finanziellen Situation sich das Land Brandenburg befindet. Man kann doch nicht unbegrenzt Mittel ausgeben und sagen: Es können alle kommen.

Der zweite Punkt ist, dass das Asylsystem, das Sie gerade verteidigt haben, zutiefst unfair ist, weil es den Stärksten belohnt, der es schafft, sich durchzukämpfen, einen Schlepper zu bezahlen und sich vielleicht auch in ein Schlauchboot zu setzen. Die Mutter mit Kindern, die beispielsweise in Jordanien oder sonst wo in einem Lager der UNO sitzt, macht sich gar nicht auf den Weg, weil sie dafür nicht stark genug ist.

(Frau Johlige [Die Linke]: Deshalb haben Sie auch das Landesaufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge abgeschafft! - Zuruf der Abgeordneten Dannenberg [Die Linke])

Deshalb ist der Ansatz, mit Kontingenzen zu arbeiten - sich also die, die bedürftig sind, herauszusuchen -, den beispielsweise Länder wie Australien oder Kanada verfolgen, ein viel besserer Ansatz. Aber das setzt voraus, dass die Europäische Union die Außengrenzen schützt und sich im Innern über einen Verteilungsmechanismus verständigt - und das ist genau das Gegen teil von dem, was Sie gerade gesagt haben, Herr Walter.

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter Dr. Redmann?

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Ja.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Bitte, Herr Abgeordneter Walter.

Herr Abg. Walter (Die Linke):

Ich will kurz betonen, dass ich sehr bewusst gesagt habe, dass hier niemand fordert, dass alle 110 Millionen geflüchtete Menschen nach Brandenburg oder Deutschland kommen sollen. Das habe ich nicht behauptet, das will ich richtigstellen.

Aber meine Frage, Herr Redmann: Wenn das jetzige Asylsystem ungerecht ist, wie Sie gerade behauptet haben - ich glaube im Übrigen eher, dass die Grenzkontrollen und das, was da an den europäischen Grenzen passiert, dazu führt, dass es ungerecht ist, weil Menschen dort weggepusht bzw. sogar erschossen werden ...

Aber die Frage ist: Wenn ich Ihrer Argumentation folge, dann erklären Sie mir bitte, warum im Land Brandenburg verschiedene Landesaufnahmeprogramme für genau solche Menschen, die Sie angesprochen haben - also zum Beispiel für Mütter mit Kindern und andere Schwächere - von Ihrem Innenminister schlichtweg abgeschafft worden sind. Sind Sie also dafür, insbesondere für Mütter mit Kindern sichere Fluchtwege aus den unterschiedlichen Ländern zu schaffen, die Sie gerade angesprochen haben? Denn sonst ist das, was Sie hier gerade erzählt haben, wenig glaubwürdig. Das sind meine beiden Fragen. - Vielen Dank.

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Herr Walter, ich sage Ihnen ganz ehrlich: Der Stopp der Aufnahmeprogramme ist dem Innenminister und uns keinesfalls leicht gefallen. Aber er war erforderlich, weil die Kapazitäten des Landes durch andere Wege der Zuwanderung bereits erschöpft waren und wir in eine äußerst schwierige Situation gekommen sind, in der die Kommunen nicht mehr ein und nicht mehr aus wussten.

(Beifall CDU - Frau Johlige [Die Linke]: So ein Blödsinn! - Domres [Die Linke]: Du weißt es besser!)

Das ist die Wahrheit!

Herr Walter, ich werde jetzt mit Ihnen keinen Dialog führen - das können wir gerne später nachholen. Ich sage Ihnen aber eines: Die von Ihnen genannten 7 000 freien Plätze stehen zu bestimmten Jahreszeiten zur Verfügung - weil Migration auch jahreszeitenabhängig ist. Sie können nicht erwarten, dass der Innenminister und die Landesregierung die vorhandenen Kapazitäten ständig bis unters Dach ausweiten, obwohl wir wissen, dass es saisonale Schwankungen gibt,

(Domres [Die Linke]: Stimmt doch gar nicht!)

und das Land da überhaupt nicht mehr handlungsfähig ist. Was ist denn das für ein Vorschlag, den Sie hier unterbreiten!

Ich bin mit der Art und Weise, wie das Asylsystem gegenwärtig funktioniert, sehr unzufrieden - nicht weil die Rechtslage schwierig ist, sondern weil sie kaum Anwendung findet: Es macht wenig aus, ob jemand eine Bleibeperspektive bescheinigt wird. Abschiebungen sind dann trotzdem - aus verschiedensten Gründen - nicht möglich, und am Ende bleibt derjenige dann.

Das passiert viel zu oft, und darum bin ich mit den Ergebnissen der Treffen der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler unzufrieden. Die Sitzungen - das ist ja schon ein eingebütes Ritual - dauern lange, und danach gibt es in aller Regel wenig zu verkünden.

(Beifall des Abgeordneten Stefke [BVB/FW Gruppe])

Da ist das Thema Migration ein besonders offenkundiges Beispiel. Ein Fakt: Schon im Dezember wurde zugesagt, zu prüfen, wie man Asylverfahren auch in Staaten außerhalb der Europäischen Union durchführen könnte. Seitdem ist wenig passiert. Jetzt gibt es irgendwie einen Gutachterauftrag. Wir können doch bei solchen Themen nicht mit Gutachteraufträgen stehen bleiben!

Auf dem Tisch liegen konkrete Vorschläge: Sofortarrest für ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder, bis sie freiwillig in ihr Heimatland zurückkehren, Kürzungen von Leistungen auf das Existenzminimum für Straftäter und Ausreisepflichtige, Einrichtung von Ausreisezentren, kein Schutzstatus für Gefährder oder nach schweren Straftaten - auch nicht bei Herkunft aus Afghanistan oder Syrien - und Fortführung von Grenzkontrollen innerhalb der Europäischen Union, bis die EU-Außengrenzen nachhaltig gesichert werden.

Auch beim Folgenden bin ich anderer Meinung als Sie, Herr Walter: Was Polen gerade an der EU-Außengrenze macht, verdient Respekt - wir sollten dankbar sein, dass es für uns diese Aufgabe übernimmt. Das ist eine schwierige Aufgabe, denn Polen hat es dort mit organisierter staatlicher Schleusung über Belarus zu tun, wo mit hybrider Kriegsführung Menschen, die in schwierigsten Situationen sind und fast gar nichts mehr am Leibe haben, auch noch benutzt werden, um die EU zu destabilisieren. Ich bin dankbar, dass Polen die Aufgabe entschlossen wahrnimmt.

(Beifall CDU sowie der Abgeordneten Fischer und Kellner [SPD])

Die Bundesländer werden nach meinem Eindruck von diesem Bundeskanzler nicht ernst genommen. Er sitzt die Probleme aus und zieht seinen Stiefel durch. Brandenburgs Stimme braucht im Bund mehr Gewicht! - Rücksichtnahme auf den Parteigenossen

Scholz ist in dieser Situation der falsche Weg, Herr Ministerpräsident. Sie selbst haben ausgeführt, dass die Politik der Ampel da demokratiegefährdend ist.

(Lachen des Abgeordneten Walter [Die Linke])

Das ist richtig! Das ist eine demokratiegefährdende Politik, weil sie den Glauben der Menschen in die Handlungsfähigkeit des Staates unterminiert - mit den falschen Gesetzen, wie zum Beispiel dem Heizungsgesetz, dem Bürgergeldgesetz, der Cannabis-Freigabe und dem Düngemittelgesetz. Das alles wurde mit den Stimmen der SPD Brandenburg im Deutschen Bundestag beschlossen!

(Zuruf der Abgeordneten Wernicke [BVB/FW Gruppe] - Vida [BVB/FW Gruppe]: Zum Thema!)

Das darf man nicht nur kommentieren - das muss man korrigieren! Dass man mit Beharrlichkeit auch konkret etwas erreichen kann, hat doch Michael Stübgen beim Thema Grenzkontrollen gezeigt. Die Bundesinnenministerin hat lange blockiert, die SPD-Landtagsfraktion hat lange blockiert. Am Ende kam es doch so - und mit Erfolg: Gerade musste die Bundesinnenministerin zugeben, dass mit den Grenzkontrollen tausendfach Fahndungstreffen erzielt wurden. Hier kann man sagen: Brandenburg wirkt - und davon brauchen wir mehr! - Vielen Dank.

(Beifall CDU - Zuruf des Abgeordneten Walter [Die Linke])

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Abgeordneter Stefke spricht für die Gruppe BVB / FREIE WÄHLER. Bitte.

(Frau Dannenberg [Die Linke]: Brüning klatscht bei allen!)

Herr Abg. Stefke (BVB/FW Gruppe):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Herr Kollege Redmann, ich glaube, der Ministerpräsident sagte nicht nur „demokratiegefährdend“, sondern sogar „demokratiezerstörend“. So habe ich es in Erinnerung.

Die Schwerpunkte der Frühjahrskonferenz der Innenminister der Länder in der vergangenen Woche hier in Brandenburg waren gemäß der nach der Tagung herausgegebenen Mitteilung der Pressestelle des MIK die Themen Asyl und Abschiebungen, Schutz vor häuslicher Gewalt, Strafverfolgung bei Cybermobbing und Stärkung des Zivilschutzes. Man habe sich, so ist in der Pressemitteilung zu lesen, „auf zahlreiche Beschlüsse geeinigt“.

Die Überschrift der Pressemitteilung lautete demzufolge selbstbewusst:

„Frühjahrs-IMK fasst Beschlüsse zu Asyl und Abschiebung, Schutz vor häuslicher Gewalt und Zivilschutz. IMK-Vorsitzender Stübgen: Intensive Beratungen mit guten Ergebnissen für Deutschland.“

Die Beschlüsse - auf 102 Seiten - wurden erst gestern um 17.36 Uhr veröffentlicht. Ich habe sie trotzdem studiert. Ich habe gelesen, dass man vorhandene Berichte des Bundesinnenministeriums zur Kenntnis nimmt, Arbeitskreise bittet, zur Herbstta-

gung vorzutragen, den Vorsitzenden der IMK bittet, die Ministerpräsidentenkonferenz über die Beschlüsse und Prüfergebnisse zu informieren, Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz unterstützt, das Bundesinnenministerium bittet, Entwürfe von Konzepten für Sonderlagen vorzulegen und weiterhin im engen Austausch mit den Ländern und Kommunen kontinuierlich weitere Maßnahmen zu identifizieren und voranzutreiben - und so weiter, und so weiter. - Herr Innenminister Stübgen, sind das die Beschlüsse mit guten Ergebnissen für Deutschland, die Sie meinen?

Zu dem Thema, das nicht allein, aber maßgeblich für erdrutschartige Verschiebungen in der politischen Tektonik Deutschlands verantwortlich ist, findet sich in Ihrer Pressemitteilung lediglich ein einziger Satz von Ihnen:

„Auf der Konferenz haben wir ausführlich über Maßnahmen im Bereich Asyl und Abschiebung gesprochen.“

Bundesinnenministerin Faeser wird mit dem bemerkenswerten Satz zitiert:

„Wir haben gute und klare Beschlüsse erreicht.“

Das haben wir ja eben gehört.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn man das alles so liest, fragt man sich, ob die Innenminister von Bund und Ländern verstanden haben, was in unserem Land gerade abläuft.

(Beifall BVB/FW Gruppe)

Man muss daran - berechtigte - Zweifel haben. Bundeskanzler Scholz hat in seiner gestrigen Regierungserklärung völlig zutreffend von einer Vertrauenskrise gesprochen, in der sich unser Land befindet. Sein Fazit war demzufolge richtigerweise:

„[...] dem müssen wir uns stellen.“

Nur, wer ist mit „uns“ gemeint und wann wird das sein? Gemeint sein können nur diejenigen, die Regierungsverantwortung tragen. Das sind auf Bundesebene die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP und auf Landesebene hier in Brandenburg die Keniakoalition aus SPD, CDU und Grünen. Angesichts der Wahlergebnisse - und hier meine ich längst nicht nur die der Europawahlen und Kommunalwahlen am 9. Juni 2024 -, aber auch der Umfrageergebnisse zu den drei Landtagswahlen im Herbst dieses Jahres und zur Bundestagswahl im kommenden Jahr fragt man sich: Wann fangen Sie endlich damit an? Worauf warten Sie eigentlich noch?

(Beifall BVB/FW Gruppe)

Deutschland droht nach und nach von den politisch extremen Rändern regiert zu werden. Da kann man doch nicht zusehen!

Wenn ich mir aber die Webseite der IMK ansehe, muss ich feststellen, dass heute offenbar immer noch nach der gleichen Struktur gearbeitet wird wie nach ihrer Gründung im Jahr 1954. Man tagt regulär zweimal im Jahr, nämlich im Frühjahr und im Herbst, und es gibt sechs Arbeitskreise. Wie oft gab es eigentlich Sonderitzungen der IMK aufgrund aktueller Ereignisse? - Die letzten und einzige, die ich im Netz finden konnte, war die vom 7. Mai dieses Jahres zu Maßnahmen, die Mandatsträger und politisch

Aktive vor demokratiefeindlichen Angriffen schützen sollen - drei Tage nach der Prügelattacke auf den SPD-Spitzenkandidaten zur Europawahl Matthias Ecke. Auch nach dieser Sitzung, die ich keinesfalls als unnötig bezeichne, gab es eine Pressemitteilung - wieder mit einer vielversprechenden Überschrift:

„Gremium einigt sich auf Beschluss.“

Auch in den sieben Punkten dieses Beschlusses finden sich wieder wohlfeile Allgemeinplätze wie: die IMK verurteilt, die IMK begrüßt, die IMK stellt fest, die IMK bittet das BMI, sich dafür einzusetzen, oder bittet die Justizministerkonferenz, zeitnah zu prüfen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sind solche wachsweichen Beschlüsse und Reaktionen das, was politisch Verantwortliche auf allen Ebenen als notwendig erachten, unter wehrhafter Demokratie oder wehrhaftem Staat verstehen und landauf, landab reflexartig nach jedem Anschlag auf unseren demokratischen Rechtsstaat im Brustton der Überzeugung in jedes Mikrofon oder in jeder Talkshow zum Besten geben?

Der Aufstieg der AfD begann vor zehn Jahren, als sie erstmals in das Europaparlament, danach in alle Landtage und 2017 auch in den Bundestag einzog.

(Einzelbeifall AfD - Zuruf des Abgeordneten Hünich [AfD])

Die anfangs eurokritische Kraft, die eine konservativer CDU sein wollte, radikalierte sich nach 2015 immer mehr, und maßgebliche Funktionäre, Mandatsträger schockieren heute mit provokativen, unsäglichen Äußerungen und Vorstellungen, die über Jahrzehnte als unsagbar galten

(Vereinzt Beifall SPD)

und sich dank der Meinungsfreiheit über den Äther und das Internet verbreiten können und die politischen Mehrheiten ins Rutschen bringen.

(Zuruf des Abgeordneten Hünich [AfD])

Das ist jedoch nicht nur auf ihre subtilen Kurzspots in den sozialen Netzwerken zurückzuführen, die offenbar ihre beabsichtigte Wirkung entfalten - nein, daran allein liegt es nicht.

Die Gründe sind vielfältig. Zwei halte ich jedoch für maßgeblich. Erstens: die mangelhafte Bildungspolitik in unserem Land, mit Hilfe der es nicht im notwendigen Maß gelingen konnte und kann, noch?

(Zuruf des Abgeordneten Teichner [AfD])

insbesondere junge Menschen gegen Populismus und Extremismus resilient zu machen.

(Zurufe der Abgeordneten Teichner und Hünich [AfD])

Zweitens: fehlende Bereitschaft der Politik, entschlossen und konsequent denen gegenüber klare Kante zu zeigen, die - egal welcher Herkunft und aus welchen Gründen - wissentlich und absichtlich gegen Recht und Gesetz verstößen.

(Beifall des Abgeordneten Vida [BVB/FW Gruppe])

Beides liefert Erklärungen dafür, warum einfache politische Parolen auf fruchtbaren Boden fallen können. Da helfen dann auch keine markigen Pressemitteilungen - beispielsweise zu einer Taskforce zur Abschiebung ausreisepflichtiger ausländischer Straftäter, zu Tischabschiebungsideen, zu Abschiebezentren, beispielsweise auf einer Oder-Insel, oder zur Bezahlkarte und der Höhe des Taschengeldes -, wenn sie ewig auf sich warten lassen, ihre Inhalte rechtlich und moralisch fragwürdig sind, die Umsetzung gefühlte Ewigkeiten dauert oder die Inhalte gar nicht in Umsetzung gebracht werden.

Da schließt sich der Kreis zum Beginn meiner Rede, zu der erwähnten, vom Bundeskanzler beschriebenen Vertrauenskrise und der Frage, wer dafür Verantwortung trägt.

Wer Abschiebung „im großen Stil“ und schnellere Abschiebungen fordert und konstatiert, dass der deutsche Sozialstaat bei unbegrenzter Zuwanderung bald nicht mehr aufrechterhalten werden könne - hat Scholz gesagt -, den Worten aber keine Taten folgen lässt, ist höchstselbst mitverantwortlich für diese Vertrauenskrise. Ich hoffe, die Entscheidungsträger beim Bund und in den Ländern haben den letzten Weckruf vom 9. Juni gehört und verstanden und werden daraus Konsequenzen ziehen. Andernfalls gibt es kein Gerichtsurteil wie zum Brandenburg-Paket, sondern das Urteil der Wählerinnen und Wähler - und das wird sicher nicht milder ausfallen.

Zu Zeiten der Coronapandemie war die Politik in der Lage, sehr kurzfristig Entscheidungen zu treffen und Maßnahmen in Umsetzung zu bringen. Das ist auch jetzt, in der Phase, in der sich unser Land befindet, dringender denn je notwendig. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BVB/FW Gruppe - Zurufe des Abgeordneten Hünich [AfD] - Keller [SPD]: Mein Gott, der Hünich plappert!)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Vielen Dank. - Nun spricht noch Frau Abgeordnete Schäffer für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall B90/GRÜNE)

Frau Abg. Schäffer (B90/GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Fortgesetzte Zurufe des Abgeordneten Hünich [AfD] - Gruß des Abgeordneten Vida [BVB/FW Gruppe])

- Dürfte ich bitten?

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Hünich, Sie wollen wahrscheinlich noch einen Ordnungsruf, oder wie sehe ich das? Ich möchte Sie um Aufmerksamkeit bitten. - Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Frau Abg. Schäffer (B90/GRÜNE):

Danke schön. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vergangene Woche trafen sich die Minister-

präsidentinnen und -präsidenten bei der MPK sowie die Innenministerinnen und Innenminister bei der IMK. So weit, so unspektakulär. Beide Runden finden regelmäßig statt, beides sind informelle Austauschgremien ohne Gesetzgebungskompetenz oder sonstige Befugnisse. Sie bilden jeweils die Meinungen der teilnehmenden Amtsträger ab, nicht die abgestimmten Positionen der jeweiligen Regierungen. Bei beiden Konferenzen gab es Dutzende Tagesordnungspunkte, aus denen für dieses Parlament größtenteils wenig folgen wird, da aufgrund des nahenden Endes der Legislaturperiode in Brandenburg nicht mit Gesetzesänderungen zu rechnen ist, die auf diese aufbauen.

Warum also diese Aussprache? Man konnte im Vorfeld nur spekulieren. Für das Schreiben von Reden wäre es durchaus hilfreich, wenn die AfD ihre Tagesordnungspunkte zukünftig tatsächlich nach dem Thema benennen würde, um das es letztlich gehen wird. Aber gut, man kann spekulieren, und wir kennen die AfD.

(Heiterkeit B90/GRÜNE und SPD)

Daher wussten, glaube ich, alle vorher schon, dass es um das Thema Migration und Asyl gehen soll.

(Frau Kotré [AfD]: Na dann! Ist doch schön! - Zuruf des Abgeordneten Hünich [AfD] - Bretz [CDU]: Sie sind halt sehr durchschaubar!)

Meine Damen und Herren, die abscheuliche Attacke in Mannheim, bei der ein junger Polizist ermordet wurde, hat zu Recht eine öffentliche Debatte ausgelöst, unter anderem auch über den Umgang mit ausländischen Straftätern. Dementsprechend wundert einen die öffentliche Aufmerksamkeit für die Beschlüsse der IMK und MPK in diesem Bereich nicht. Allerdings: Nicht immer ist eine auf den ersten Blick logisch erscheinende Maßnahme auch tatsächlich zielführend oder mit unserer Rechtsordnung vereinbar. Für Islamismus darf es in unserem Land keinen Platz geben. Straftaten müssen rechtsstaatlich abgeurteilt und die Täter bestraft werden. Sie müssen sich auf laufende Asylverfahren auswirken - und auch das tun sie bereits.

(Beifall B90/GRÜNE und SPD)

Um Straftäter nach Syrien und Afghanistan abzuschieben, mit dem Terrorregime von Assad und den Taliban zu verhandeln, ist allerdings das Gegenteil einer zielführenden Reaktion.

(Beifall B90/GRÜNE und Die Linke)

Wo früher versucht wurde, die weitere Radikalisierung von Personen zu verhindern, indem wir Reisen in diese Länder unterbinden, sollen diese Personen diesen Netzwerken nun quasi zuführt werden, anstatt dass sie hier ihre gerechte Strafe bekommen. Insofern ist schon zu hinterfragen, ob hier im Namen von Recht und Ordnung gefordert wird, ein islamistisches Terrorregime auf der Weltbühne zu unterstützen.

Nach wie vor wird auch nach der Durchführung von Asylverfahren in Drittstaaten gerufen. Die Anhörung von zahlreichen Sachverständigen durch das BMI hat die erheblichen Zweifel an einer grundrechtskonformen Umsetzung dieser Forderung bestärkt. Wir sehen auch in Großbritannien, wie sehr dort Recht gebeugt werden muss bzw. gegen die Europäischen Menschenrechtscharta verstößen wird, um das mit aller Gewalt durchzusetzen.

Ich finde es schade, dass unter dem Eindruck einer durch die AfD angeheizten Stimmung die Ministerpräsidenten lieber in den Chor des Aktionismus einstimmen, wo stattdessen Nachdenklichkeit und nüchterne Lösungssuche anzeigen würden.

(Beifall B90/GRÜNE und Die Linke)

Mit der vor Kurzem beschlossenen Neuordnung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, GEAS, werden in den nächsten Monaten und Jahren weitreichende Änderungen im Umgang mit Flucht und Migration kommen. Diese Vereinbarung halte ich in einigen Punkten für ziemlich problematisch. Aber egal, wie man dazu steht: Wir sollten uns hier in Brandenburg vor allem auf die Stellschrauben konzentrieren, mithilfe derer wir unser Land konkret voranbringen können, und das ist an allererster Stelle eine gelungene Integration.

(Beifall B90/GRÜNE und Die Linke)

Auch wenn wir hier im Parlament - in einem Landesparlament wohlgerne - noch so sehr über Asylverfahren in Drittstaaten diskutieren: Was wir in Brandenburg tatsächlich ändern können, ist, die Menschen, die hier sind - und aus welchem Grund auch immer noch einige Zeit bleiben werden -, schnellstmöglich in Arbeit zu bringen. Niemand hat etwas davon, wenn Menschen, die einen Asylantrag stellen, hier herumsitzen und ihre Integration und Arbeitsaufnahme verschoben werden, bis alle Verfahren durch sind.

Meine Damen und Herren, Brandenburg ist eine Wachstumsregion. Brandenburgs Wirtschaft steht gut da und hat gute Chancen, noch besser in die nächsten Jahre und Jahrzehnte zu gehen. Der ganz große Wermutstropfen - und größtes Zukunftsrisiko - ist der Fach- und Arbeitskräftemangel. Wenn mir ein Bäcker erzählt, wie viel Zeit er damit verbringt, seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Problemen mit der Ausländerbehörde zu unterstützen, um sie überhaupt weiterbeschäftigen zu können, wenn Pflegekräfte von der Arbeit abgeschoben werden, wenn ausländische Studierende jeden Termin beim Amt als Zumutung erfahren, läuft etwas falsch.

(Beifall B90/GRÜNE und Die Linke)

In der laufenden Legislaturperiode haben wir an dieser Stelle schon einiges gemeinsam angeschoben. Ein Dolmetscherangebot hilft bei der Bewältigung zahlreicher Lebenssituationen, die Beratungsstelle bei der Integrationsbeauftragten des Landes, Diana González Olivo, unterstützt bei Fragen in den Bereichen des Asyl-, Aufenthalts-, Asylbewerberleistungs- und Sozialrechts.

(Zuruf des Abgeordneten Günther [AfD])

Das Sozialministerium, das wir auch zu einem Integrationsministerium gemacht haben, fördert und unterstützt mit Migrationssozialarbeit anerkannte Schutzberechtigte, um eine zügige, soziale und wirtschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD)

Mit der Spurwechsel-Billigkeitsrichtlinie fördert das Ministerium außerdem Menschen mit geringer Aussicht auf einen Aufenthaltsstitel durch sprachliche und fachliche Qualifizierung, um

ihnen mit Arbeit und Ausbildung ein selbstständiges Leben als Teil dieser Gesellschaft zu ermöglichen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Diese Errungenschaften müssen wir weiterentwickeln und ausbauen.

Unsere Integrationsministerin, Ursula Nonnemacher, ist erst in dieser Woche in das Kosovo gereist, um dort unsere Anwerbeoffensive für Jugendliche, die in Brandenburg eine Pflegeausbildung machen wollen, zu unterstützen. Es ist toll, dass junge Menschen Interesse daran haben. Aber auch dort wird durchaus registriert, wie hier im Land mit Einwanderern umgegangen wird. Wenn das gesellschaftliche Klima kippt und die Menschen, die wir für unsere Wirtschaft und unsere Zukunft brauchen, nicht mehr zu uns kommen wollen, kriegen wir in diesem Land ein Problem. Wer der AfD hinterherrennt, muss sich fragen lassen, wer die eigenen Eltern und Großeltern im Fall des Falles pflegen soll.

(Günther [AfD]: Was!?)

Unsere Ausländerbehörden müssen jetzt so aufgestellt werden, dass die nötige Bürokratie schnell abgearbeitet werden kann. Die Bundesregierung hat die nötigen Voraussetzungen dafür geschaffen - jetzt muss das auch in der Praxis umgesetzt werden. Von großen Anstrengungen in diesem Bereich habe ich bei der Ministerpräsidentenkonferenz und der IMK leider nichts gehört. Dabei haben die Menschen die Anerkennung ihrer Integrationsleistung verdient, und unsere Gesellschaft ist dringend auf sie angewiesen: auf dem leergefegten Fachkräftemarkt im Gesundheitssektor, in der Alten- und Krankenpflege, im Handwerk, im MINT-Bereich, zur Funktionsfähigkeit unserer Sozialversicherungen, auch - in unserer alternden Gesellschaft - des Rentensystems.

Ich hätte mir von der IMK und der MPK bzw. von unserem Innenminister und unserem Ministerpräsidenten ein klares Signal an alle gut integrierten Menschen gewünscht: Gut, dass ihr bei uns seid! Danke, dass ihr anpackt! Danke für eure Integrationsleistung! Bleibt hier, baut etwas auf, und wir tun alles, damit der notwendige Papierkram schnell erledigt ist! - Wo bleiben diese Signale?

(Beifall B90/GRÜNE)

Stattdessen sehen wir leider, dass auch in den demokratischen Parteien immer mehr bestimmte rechte Narrative übernommen werden.

(Günther [AfD]: Oh!)

Und ja, Herr Redmann, ich schließe mich an dieser Stelle ausdrücklich der Kollegin Fischer an: Wenn man bereit ist, alles zu tun, um die Wahl zu gewinnen, kann man am Ende sehr staunend aufwachen, was das ausgelöst hat.

Und wenn man immer wieder Dinge fordert, die auch unter einer CDU-geführten Bundesregierung nicht umgesetzt wurden - weil sie mit unserem Rechtssystem nicht vereinbar sind oder auch, weil sie schlicht und einfach nichts bringen und nur zusätzliche

Bürokratie schaffen würden -, den Menschen aber signalisiert, das löse die realen Probleme, die im Alltag wahrgenommen werden, wird man damit immer nur den rechten Rand stärken.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt Die Linke - Vida [BVB/FW Gruppe]: Ich dachte, man darf nicht zum Wahlkampf reden!)

Gerade jetzt gilt es, gemeinsam ein Land der Chancen aufzubauen, daran zu arbeiten, um die besten Lösungen zu streiten, wo man auch durchaus unterschiedlicher Meinung sein kann. Dafür stehen wir als Bündnisgrüne jetzt und in Zukunft bereit. Für einen Überbietungswettbewerb der nicht umsetzbaren Scheinlösungen, die nicht einer einzigen Person in Brandenburg tatsächlich ein besseres Leben geben werden, stehen wir nicht zur Verfügung.

(Beifall B90/GRÜNE)

Und der Menschenfeindlichkeit, die hier heute vonseiten der AfD leider schon wieder vorgetragen wurde, werden wir uns immer mit aller Kraft entgegenstellen. - Vielen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Es gibt Redemöglichkeiten für die AfD-Fraktion - 1:43 -, für die CDU-Fraktion - 8:48 -, für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - 2:42. Ich frage die AfD-Fraktion: Möchten Sie die Zeit nutzen? - Bitte schön, Herr Dr. Berndt.

(Beifall AfD)

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht bei der Massenmigration nicht um Menschen, die um ihr Leben fliehen, sondern um Menschen, die über ein halbes Dutzend oder ein Dutzend sicherer Staaten kommen, weil der Sozialstaat Deutschland sie anlockt. Offene Grenzen und Sozialstaat schließen einander aus.

(Beifall AfD)

Massenmigration, sehr geehrte Damen und Herren, ist kein Naturgesetz. Die Menschen kommen nicht, wenn man die Grenzen schützt; das zeigen Ungarn, Polen oder auch Dänemark. Man muss es nur wollen.

Sie, sehr geehrte Damen und Herren aller anderen Parteien jenseits der AfD, sehen seit zehn Jahren zu, wie Massenmigration zu Messermorden und Vergewaltigungen führt. Tut mir leid: Sie haben kein Herz für Deutschland.

Und vor allem, sehr geehrte Damen und Herren, haben Sie mit Ihrer Migrationspolitik eins erreicht: Sie haben Ihre Legitimation verloren. Das hat wenigstens ein Gutes: Ihre Herrschaft geht unweigerlich zu Ende. - Ich danke Ihnen.

(Beifall AfD)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Ich frage die CDU-Fraktion, ob sie ihre Redezeit noch in Anspruch nehmen möchte. - Das ist nicht der Fall. - Und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das auch nicht gewünscht.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der AfD-Fraktion unter dem Titel „Masseneinwanderung stoppen - Abschiebeoffensive starten - sozialen Frieden wieder herstellen“, Drucksache 7/9859. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe, bitte! - Stimmenthaltungen? - Damit wurde dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt; es gab keine Enthaltungen.

Meine Damen und Herren, Schlussworte gibt es, wenn wir uns wiedersehen, was vermutlich der Fall sein wird. Ich wünsche Ihnen dennoch schöne Sommertage.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 2 und beende die 109. Plenarsitzung. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Ende der Sitzung: 17.10 Uhr

Anlagen

Gefasster Beschluss¹

Auswertung des Urteils des Landesverfassungsgerichtes im Verfahren zum Brandenburg-Paket (VfGBbg 22/23)

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 109. (Sonder-) Sitzung am 27. Juni 2024 zum TOP 1 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag stellt fest:

Mit dem Urteil vom 21. Juni 2024 hat das Verfassungsgericht des Landes Brandenburg im Verfahren zum Brandenburg-Paket (VfGBbg 22/23) festgestellt, dass aufgrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine im Dezember 2022 tatsächlich eine außergewöhnliche Notsituation im Land Brandenburg vorgelegen habe und der Gesetzgeber auch in nicht zu beanstandender Weise davon ausgegangen sei, dass sich die Notsituation der Kontrolle des Staates entziehe und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtige. Zudem sei der Beschluss über die Feststellung einer außergewöhnlichen Notsituation im Sinne des Artikels 103 Absatz 2 Satz 2 der Verfassung des Landes Brandenburg kein zulässiger Gegenstand einer abstrakten Normenkontrolle. Darüber hinaus hat das Verfassungsgericht festgestellt, dass der vom Landesgesetzgeber angenommene Neuverschuldungsbedarf für die Jahre 2023 und 2024 in Höhe von insgesamt 2 000 000 000 Euro auch angesichts der Dimension der Herausforderungen für das Land Brandenburg im Rahmen der Krisenbewältigung nicht unplausibel erscheint.

Allerdings würden die angegriffenen haushaltrechtlichen Vorschriften nicht den an eine notlagenbedingte Kreditaufnahme zu stellenden Anforderungen genügen. Der Gesetzgeber habe den notwendigen Veranlassungszusammenhang zwischen der festgestellten außergewöhnlichen Notsituation und den geplanten Krisenbewältigungsmaßnahmen nicht in dem verfassungsrechtlich gebotenen Umfang dargelegt.

Das Verfassungsgericht hat deshalb § 2 Absatz 1 Nummer 3 und § 10 in der ursprünglichen Fassung des Haushaltsgesetzes 2023/2024 für nichtig erklärt. Zugleich hat das Verfassungsgericht darauf hingewiesen, dass das Nachtragshaushaltsgesetz 2024 nicht Gegenstand des Normenkontrollverfahrens gewesen ist, weshalb die durch das Nachtragshaushaltsgesetz geänderten rechtlichen Grundlagen des Brandenburg-Pakets von dem Urteil förmlich nicht erfasst sind und weiterhin gelten. Gleichwohl ist es vor diesem Hintergrund erforderlich, die Auswirkungen der Entscheidung auf den Haushalt 2024 in der Fassung des Nachtragshaushaltsgesetzes zu prüfen und die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen.

Der Landtag beschließt:

1. Der Landtag nimmt das Urteil des Verfassungsgerichtes des Landes Brandenburg vom 21. Juni 2024 im Verfahren zum Brandenburg-Paket (VfGBbg 22/23) mit Respekt zur Kenntnis.
2. Der Landtag begrüßt, dass die Ressorts auf Grundlage des Haushaltswirtschaftsrundschreiben des Ministeriums der Finanzen und für Europa vom 24. Juni 2024 umgehend die Bescheidung aus dem Brandenburg-Paket gestoppt haben. Das ist ein erster Schritt, um den Auswirkungen des Verfassungsgerichtsurteils auf den laufenden Haushalt 2024 Rechnung zu tragen.
3. Der Landtag bittet die Landesregierung, als Folge des Verfassungsgerichtsurteils unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Änderung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2024 (NTHG 2024) vom 26. Februar 2024 vorzulegen. Der Gesetzentwurf soll die Aufhebung von § 2 Absatz 1 Nummer 3 sowie § 10 NTHG 2024 vorsehen und somit auf jede notlagenbedingte Kreditfinanzierung des Brandenburg-Pakets für das Jahr 2024 verzichten. Zudem soll der Gesetzentwurf die Finanzierung der Maßnahmen des Brandenburg-Pakets für das Jahr 2024 aus der Allgemeinen Rücklage vorsehen, soweit für diese bis zum 20. Juni 2024 eine Einwilligung auf der Grundlage von § 10 NTHG 2024 vorgelegen hat.“

¹ Die Beschlüsse werden im unveränderten Wortlaut wiedergegeben.

Anwesenheitsliste

Frau Abg. Augustin (CDU)
Herr Abg. Baaske (SPD)
Herr Abg. Barthel (SPD)
Frau Abg. Barthel (AfD)
Herr Abg. Dr. Berndt (AfD)
Frau Abg. Bessin (AfD)
Herr Abg. Bischoff (SPD)
Herr Abg. Bommert (CDU)
Herr Abg. Bretz (CDU)
Herr Abg. Brüning (CDU)
Frau Abg. Petra Budke (B90/GRÜNE)
Frau Abg. Ricarda Budke (B90/GRÜNE)
Frau Abg. Dannenberg (Die Linke)
Herr Abg. Domres (Die Linke)
Herr Abg. Drenske (AfD)
Herr Abg. Eichelbaum (CDU)
Frau Abg. Fischer (SPD)
Frau Abg. Fortunato (Die Linke)
Herr Abg. Funke (SPD)
Herr Abg. Galau (AfD)
Herr Abg. Günther (AfD)
Herr Abg. von Gifycki (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Hanko (AfD)
Frau Abg. Hikel (B90/GRÜNE)
Frau Abg. Hildebrandt (SPD)
Herr Abg. Hoffmann (CDU)
Herr Abg. Hohloch (AfD)
Herr Abg. Hooge (AfD)
Herr Abg. Hünich (AfD)
Frau Abg. Johlige (Die Linke)
Herr Abg. John (AfD)
Herr Abg. Keller (SPD)
Herr Abg. Klemp (B90/GRÜNE)
Frau Abg. Kornmesser (SPD)
Frau Abg. Kotré (AfD)
Herr Abg. Kubitzki (AfD)
Herr Abg. Lakenmacher (CDU)
Frau Abg. Lange (SPD)
Frau Abg. Prof. Dr. Liedtke (SPD)
Herr Abg. Lüttmann (SPD)
Herr Abg. Lux (SPD)
Frau Abg. Mittelstädt (SPD)
Herr Abg. Möller (AfD)
Herr Abg. Münschke (AfD)
Herr Abg. Noack (SPD)
Herr Abg. Nothing (AfD)
Frau Abg. Dr. Oeynhausen (AfD)
Herr Abg. Philipp (SPD)
Herr Abg. Pohle (SPD)
Frau Abg. Poschmann (SPD)
Herr Abg. Preuß (Die Linke)
Herr Abg. Raschke (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Dr. Redmann (CDU)
Frau Abg. Richstein (CDU)
Herr Abg. Roick (SPD)
Herr Abg. Rostock (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Rüter (SPD)
Frau Abg. Schäffer (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Scheetz (SPD)
Frau Abg. Schier (CDU)
Frau Abg. Schwarzenberg (Die Linke)
Frau Abg. Spring-Räumschüssel (AfD)
Herr Abg. Stefke (BVB/FW Gruppe)
Herr Abg. Teichner (AfD)
Herr Abg. Vida (BVB/FW Gruppe)
Herr Abg. Vogelsänger (SPD)
Herr Abg. Walter (Die Linke)
Frau Abg. Walter-Mundt (CDU)
Frau Abg. Wernicke (BVB/FW Gruppe)
Herr Abg. Wernitz (SPD)
Herr Abg. Dr. Woidke (SPD)
Herr Abg. Dr. Zeschmann (AfD)